Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 241 | Mai 1990 | Preis S 10,-

Alle Triumphe der Reaktion können daran nichts ändern:

DER LENINISMUS LEBT ER IST UNBESIEGBAR UND UNVERZICHTBAR!

(Zum 120.Geburtstag Lenins)

Am 22.April 1870 wurde Lenin geboren. Sein 120.Geburtstag fällt in eine Zeit, in der von seinem revolutionären Werk scheinbar nichts mehr übrig geblieben ist. Selbst in Rußland, dem Geburtsland des Leninismus, wird Lenin vom "Sockel" gestoßen! Und in der ganzen "westlichen" Welt überschlagen sich Politiker und Boulevard-Zeitungen im Triumphgeheul, daß mit dem "Stalinismus" nun auch der Leninismus, ja der Marxismus-Leninismus überhaupt restlos verspielt habe, endgültig gescheitert und tot sei.

Ihr ganzer Trick besteht darin, gerade das **Entscheidende** zu ignorieren:

Der schändliche Bankrott der revisionistischen Regimes in der Sowjetunion, in Polen und Ungarn, in der DDR, der Tschechoslowakei usw. hat mit einem "Zusammenbruch" des Leninismus, des "Stalinismus" usw. bzw. des Marxismus-Leninismus **nicht das geringste zu tun**, einfach ***weil all diese Regimes mit dem Marxismus-Leninismus nicht das geringste zu tun hatten und haben!*** Vielmehr handelt es sich um die allseitige, skandalöse Pleite jener



"OFFENLEGUNG" LAUT § 25 DES MEDIENGESETZES:
Als Zentralorgan der MLPÖ ergibt sich die grundlegende Richtung der "Roten Fahne" aus den Feststellungen der Programmatischen Erklärung der MLPÖ:

Die MLPÖ legt ihrer gesamten Tätigkeit die von Marx, Engels, Lenin und Stalin erarbeiteten wissenschaftlichen Lehren des Marxismus-Leninismus zugrunde, deren Richtigkeit sich sowohl in der Geschichte der österreichischen als auch der internationalen revolutionären Bewegung täglich aufs neue beweist.

Die MLPÖ ist entschlossen, diese Lehren gegen alle Angriffe und Entstellungen zu verteidigen und diese Lehren schöpferisch auf die heutige Weltlage und die konkreten Bedingungen des eigenen Landes anzuwenden, um die revolutionäre Sache hier zum Triumph zu führen und um konsequent ihren Verpflichtungen als Abteilung der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung und des Lagers der proletarischen Weltrevolution gerecht zu werden.

IMPRESSUM:
Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ). Verleger und Hersteller: Franz Strobl. Beide 1150 Wien, Goldschlagstr.56/2. Adresse der Redaktion ebenda. Verlags- und Herstellungsort: Wien.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 242 | Jänner 1991 | Preis S 36,-

Erfahrungen und Lehren aus dem machtvollsten Klassenkampf des österreichischen Proletariats nach 1945

Der Oktoberstreik 1950



Mit den wichtigsten Streikdokumenten

Die hiermit vorgelegte umfassende Darstellung und Analyse des Oktoberstreiks von 1950 war für den 40.Jahrestag dieses mächtigsten Klassenkampfes in der bisherigen Geschichte der 2.Österreichischen Republik gedacht. Die Beschränktheit unserer technischen bzw. materiellen Mittel, aber auch die Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit ihrer Autoren hat eine bedauerliche Verspätung bewirkt.

Wir sind jedoch sicher, daß das die Wichtigkeit und bleibende Aktualität der vorliegenden Arbeit nicht im mindesten beeinträchtigt, nehmen es aber zum Anlaß zu zwei Bitten an alle Freunde, Leserinnen und Leser der "Roten Fahne":

1.) Verstärkt bitte die materielle Unterstützung der "Roten Fahne", damit sie neben ihren ohnehin viel zu unregelmäßig erscheinenden normalen Ausgaben auch öfter größere, umfassendere Arbeiten herausgeben kann, die sonst schon an materiellen Hürden scheitern würden!

2.) Begnügt Euch bitte nicht damit, die vorliegende Arbeit zu lesen, sondern schreibt uns Eure Meinung dazu, behandelt sie als Gegenstand einer möglichst fruchtbaren Diskussion. Die Redaktion der RF beantwortet alle solchen Beiträge umgehend und ist gerne bereit, sie in kommenden Nummern auch abzudrucken, wenn sie von allgemeinem Interesse sind.

DIE REDAKTION



Inhaltsverzeichnis

Einleitung

40 Jahre sind vergangen seit dem Oktoberstreik im Jahr 1950. Sich heute damit auseinanderzusetzen, ist keineswegs von einem bloß geschichtlichen Interesse. Denn:

* Die machtvolle Streikbewegung, die Ende September, Anfang Oktober 1950 nahezu ganz Österreich umfaßte, war die größte und wuchtigste Klassenaktion der österreichischen Arbeiterklasse in der bisherigen Geschichte der 2.Republik. Der Oktoberstreik zeigte eindrucksvoll, welche riesige Kraft die Arbeiterklasse hat, wenn sie die Fesseln der "Sozialpartnerschaft" durchbricht;

* Die Verteufelung des Oktoberstreiks hat eine nicht zu unterschätzende antikommunistische ideologische Funktion bis heute. Mehr als eine Generation ist aufgewachsen mit der Hetze, daß im Oktober 1950 die "Freiheit und Demokratie" Österreichs vor kommunistischen "Putschplänen" gerettet worden seien.

Unzweifelhaft ging es in den Herbstwochen 1950 **nicht** unmittelbar um die Entscheidung der Grundfrage, die Frage der politischen Macht. In vieler Hinsicht vergleichbar dem Jahr 1918/19, dem Juli 1927, dem Februar 1934 oder auch dem März 1938 gehört der Oktoberstreik aber zu jenen **Knotenpunkten** der Entwicklung, in denen auf längere Sicht die Weichen gestellt wurden für die gesamte weitere Entwicklung in diesem Land, und in erster Linie für die **Perspektive** der Arbeiterbewegung. Im Oktober 1950 war dies die Frage: "Sozialpartnerschaftliche" Lähmung, um die kapitalistische Profitwirtschaft ungestört aufzubauen und zu stabilisieren **oder** Entfaltung und Entwicklung des unversöhnlichen Klassenkampfs des Proletariats gegen seine Ausbeuter und Unterdrücker - als einzigem Weg zur Erfüllung der Tagesforderungen der Arbeiterklasse, aber auch als unabdingbare Voraussetzung, sie auch für die Erreichung ihrer Zukunftsforderungen fähig zu machen.

Der Massenstreik der österreichischen Arbeiterschaft hat im Oktober 1950 sein unmittelbares Ziel, den Fall des "4.Lohn-Preis-Abkommens", des Preistreiberpakts, **nicht** erreicht. Dies schmälert keineswegs die außerordentliche Bedeutung dieser großen Kampfbewegung, das Gewicht ihrer riesigen Erfahrungen und die Unverzichtbarkeit der Lehren, die wir aus diesem Kampf ziehen müssen.

Ereignisse wie der Oktoberstreik, der die entscheidenden Kernschichten des Industrieproletariats zutiefst bewegte, sind - positiv wie negativ - viel tiefer im Hirn und Herzen der Arbeiterschaft eingegraben, als es in den innenpolitisch sogenannten "normalen" Zeiten sichtbar wird (erst recht trifft dies zu für einen bewaffneten Kampf wie im Februar 1934). Dies gilt noch mehr für die angehäufte **Gesamtheit** der Kampftraditionen der Ausgebeuteten eines Landes, vor allem des Proletariats der Großindustrie, dessen politisches Verhalten maßgeblich ausstrahlt auf alle anderen Werktätigen, ja auf das "Klima" im ganzen Land.

Gerade auch deshalb erfordert das Ringen um die unumgängliche Wiederaufnahme des proletarischen Klassenkampfes "von unten" gegen den Klassenkampf "von oben" die **Bewußtmachung** dieses Erfahrungsschatzes und seiner Bedeutung. Wir können nicht siegreich sein, wenn wir nicht aus den begeisternden Erfahrungen des oftmals wahrhaft heroischen Kampfes zehntausender, ja hunderttausender Arbeiterinnen und Arbeiter von damals lernen. Und wir können nur siegen, wenn wir und die kommenden Generationen es in einem immer höheren Maße auch lernen, bewußt jene entscheidenden Fehler zu vermeiden und Schwächen zu überwinden, welche immer wieder zu schweren Rückschlägen und Niederlagen geführt, bzw. diese mitverursacht haben.

Der Oktoberstreik war ohne Zweifel der Kulminationspunkt des Klassenkampfes in der gesamten bisherigen Geschichte der Zweiten Republik. Er war allerdings durchaus kein einmaliges Ereignis, das lediglich oder vor allem mit den damaligen besonderen Zeitumständen zusammenhing, sondern Ausdruck der in Österreich auch heute bestehenden kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse, die nur durch die proletarische Revolution beseitigt werden können. Mit historischer Notwendigkeit wird es deshalb aufgrund der sich langfristig verschlechternden Lebensbedingungen und der verschärften Unterdrückung der Arbeiterinnen und Arbeiter erneut zu mächtigen Kampfbewegungen kommen, wird sich das Proletariat zum Kampf für seine Gegenwarts- und Zukunftsinteressen erheben. Deshalb ist die kritische Auswertung des Oktoberstreiks mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus unverzichtbar und besonders wichtig. Und deshalb ist es auch höchste Zeit, hier endlich eine der wesentlichsten Lücken in den bisherigen Analysen der ROTEN FAHNE bzw. der MLPÖ zu schließen.

Heute ist es offensichtlicher denn je, daß niemand anders als die Marxisten-Leninisten die **Verteidigung** des großen Oktoberkampfes sowie seine **kritische Auswertung** übernehmen kann. Ohne sie hätte die offen antikommunistische Hetze heute praktisch freie Bahn.

I. VORGESCHICHTE UND HINTERGRÜNDE

Das Wiedererstehen des alten, kapitalistischen Österreichs nach 1945

Die Niederlage des Faschismus, das Ende des nazistischen Raubkrieges bedeutete auch die Wiedergeburt eines eigenständigen österreichischen Staates. Was wiedererstand, war aber nicht ein neues, sondern das **alte** Österreich, das Österreich nicht des arbeitenden Volkes, sondern seiner **Ausbeuter**, **Blutsauger** und **Schmarotzer**, nicht ein soziales oder gar sozialistisches Österreich sondern das alte **kapitalistische!**

Die große Schwäche der antifaschistischen und kommunistischen Kräfte, welche durch den faschistischen Terror stark dezimiert waren, erleichterte es den sattsam bekannten alten Großunternehmern und ihren Sachwaltern, die Fäden der Macht wieder rasch und immer fester in die Hände zu nehmen, indem sie nicht nur die Wirtschaft restlos ihrer Kontrolle unterwarfen, sondern vor allem auch einen für sie absolut "verläßlichen" kapitalistischen Staatsapparat wiederherstellten. Zwar waren in der sogleich nach der Befreiung gebildeten Regierung die Kommunistinnen und Kommunisten stark vertreten (sie stellten den Vizekanzler, den Innenminister, den Unterrichtsminister sowie eine Reihe von Staatssekretären), doch war diese Regierung nicht nur viel zu kurz im Amte, sondern auch infolge ihrer widersprüchlichen Zusammensetzung unfähig, die Grundlagen für ein neues Österreich zu schaffen.

Immerhin setzte die Reaktion alles daran, diese Regierung durch raschestens durchgeführte, praktisch noch von der faschistischen Antisowjethetze geprägte Wahlen loszuwerden. Bei diesen Wahlen im November 1945 erhielt die KPÖ in ganz Österreich nur fünf Prozent der Stimmen. Stärkste Partei wurde die ÖVP, die Nachfolgerin der Dollfuß-Schuschnigg-Partei, welche 1934 die Arbeiterbewegung blutig niedergeschlagen und 1938 das Land dem Hitlerfaschismus ausgeliefert hatte. In der daraufhin gebildeten Konzentrationsregierung wurde die KPÖ mit dem neugeschaffenen Ressort für Energiewirtschaft und Elektrifizierung mit minimalsten Kompetenzen abgespeist.

Die verkündete Säuberung des Staatsapparats von allen faschistischen Elementen fand nicht statt, wurde von der österreichischen Reaktion und den westlichen Alliierten hintertrieben und sabotiert. Die wirklichen Antifaschisten wurden rasch beiseite gedrängt und ausgeschaltet. Der Staatsapparat wurde mit Hilfe der erzreaktionären Kräfte aus der Vergangenheit (Verwaltungsbeamte, Exekutive, Richter, Polizisten...) wiederaufgebaut. ÖVP und SPÖ buhlten um die Wette um die mehr als 600.000 österreichischen ehemaligen NSDAP-Mitglieder. Gegen die KPÖ wurde eine breite antikommunistische Kampagne in Gang gesetzt, die nahtlos an der Hetze erst des grünen, dann des braunen Faschismus ansetzte, die noch immer tief in den Köpfen einer großen Mehrheit des Volkes saß.

Während zunächst noch von der "Erneuerung Österreichs", von "Demokratie" und "Sozialisierung" gefaselt wurde, wurden im Kern von allem Anfang an die alten Macht- und Besitzverhältnisse wiederhergestellt.

"Herrenlose" Betriebe, welche 1945 mit den Händen der Arbeiterinnen und Arbeiter mühevoll instandgesetzt und in Gang gebracht worden waren, kamen wieder in den Besitz der Ausbeuter. Im Jänner 1946 wurden die Betriebe, die nach der Befreiung vom Faschismus unter öffentliche Verwaltung gestellt worden waren, wieder an private Kapitalgruppen zurückgegeben.

Gleichzeitig wurden mit dem Betriebsrätegesetz vom März 1947 die bis dahin vielfach de facto ausgeübten Rechte der Arbeiterschaft in den Betrieben gesetzlich abgeschafft.

Außerordentlich große Bedeutung für den Aufbau und die Stärkung der österreichischen kapitalistischen Profitwirtschaft hatten die **Verstaatlichungsmaßnahmen**, die keineswegs irgendeinen "sozialistischen" Charakter hatten. Die Erkenntnis der wirklichen Gründe und Absichten dieser Verstaatlichungen ist von besonderer Bedeutung für die Einschätzung des Oktoberstreiks, weil der Kampf gerade in den verstaatlichten Betrieben die schärfsten Formen annahm.

Die meisten Großbetriebe waren vor 1938 in ausländischem, insbesondere in deutschem Besitz gewesen. Unternehmen in deutscher Hand wie die Alpine waren wahre Brutstätten des Nazismus und direkte Finanziers des braunen Faschismus gewesen. Andere Großunternehmen, wie vor allem die damaligen "Hermann-Göring-Werke" in Linz, die heutigen VÖEST, waren überhaupt erst nach der Okkupation Österreichs für die Welteroberungspläne, für den Krieg des deutschen Imperialismus aufgebaut und ausgebaut worden.

Breite Kreise des österreichischen Volkes, besonders der Arbeiterschaft, forderten daher in zahllosen Versammlungen, Entschließungen und Manifestationen energisch, diese Betriebe unter keinen Umständen wieder in die Hände der in- oder ausländischen Monopolisten zurückgelangen zu lassen.

Die Kräfte des Kapitals waren unter diesen Umständen außerstande, sich **offen** über die Bestrebungen der Massen hinwegzusetzen. - Die Situation war auch in Österreich für die Bourgeoisie damals keineswegs einfach und frei von "Risiken", schon weil es in unmittelbaren Nachbarländern zu einschneidenden Maßnahmen gegen den Monopolbesitz der Bourgeoisie kam, wie in der Tschechoslowakei und in Ungarn, und im östlichen Teil Österreichs die Rote Armee stand.

Die führenden österreichischen Politiker erkannten, daß sie um Verstaatlichungsmaßnahmen nicht nur nicht herumkommen würden, sondern diese unter Umständen sogar ein wirksames Mittel zur Sicherung und Durchsetzung ihres Grundinteresses zum raschen Wiederaufbau ihrer Profitwirtschaft, zum Betrug an der Arbeiterklasse sein konnten. Und das gleich in mehrfacher Hinsicht:

Erstens waren die Verstaatlichungen für das österreichische Kapital unter den damaligen Bedingungen aus **ökonomischen** Gründen äußerst vorteilhaft, wenn nicht sogar unumgänglich. Die großen, nach 1938 in "deutsches Eigentum" übergegangenen bzw. unter der faschistischen Herrschaft nach der Okkupation erst gebauten Betriebe und Unternehmen konnten mit den Mitteln des darniederliegenden Privatkapitals kaum rasch in Gang gebracht werden. Das Kapital begriff sehr rasch, daß die Verstaatlichung unter bestimmten Bedingungen eine optimale Form darstellen konnte, um kriegsbeschädigte, bankrotte oder in ihrer technischen Ausrüstung zurückgebliebene Unternehmungen auf Kosten des arbeitenden Volkes aus dem Staatssäckel, nämlich aus dem Erträgnis von Massensteuern, wieder zu sanieren und hochzubringen.

Zweitens. Um den Massen die Opfer dieses Wiederaufbaus aufhalsen zu können, mußten die Ausbeuter den arbeitenden Menschen das Gefühl geben, daß sie für "ihre eigenen Betriebe", "für das neue Österreich", für den "neuen Staat", im Grunde "für sich selbst" und nicht für irgendwelche Monopolkapitalisten schufteten. Umfangreiche Verstaatlichngsmaßnahmen, die von der SPÖ als eine Art Enteignung des Kapitals, als Überführung der Betriebe in die Hände der "Allgemeinheit", wenn nicht sogar als Schritt zum Sozialismus hingestellt wurden, dienten diesem betrügerischen Zweck auf beste Weise.

Drittens. Der Großteil der besagten Betriebe war nach der Annexion Österreichs durch Hitler-

Zur Rolle der USIA-Betriebe

Die Betriebe aus deutschem Eigentum in Österreich wurden in der sowjetischen Besatzungszone unter sowjetische Verwaltung gestellt. Diese Maßnahme ergab sich aus den absolut legitimen und notwendigen Entschädigungsansprüchen der UdSSR aufgrund des Überfalls des deutschen Imperialismus auf die Sowjetunion.

Die USIA-Betriebe spielten in sozialökonomischen Fragen eine vorbildliche Rolle. In den USIA-Betrieben wurde auf kampfbereite Arbeiterinnen und Arbeiter keinerlei politischer Druck ausgeübt, auch wenn sowjetische Direktoren es bisweilen nicht gerne sahen, wenn die Belegschaften an den Streik- und Demonstrationsbewegungen teilnahmen und damit unter Umständen die Planerfüllung gefährdeten. Während des Oktoberstreiks konnten die Arbeiterinnen und Arbeiter auch Lastkraftwagen der USIA-Betriebe verwenden, z.B. um Kontakte mit anderen Betrieben aufzunehmen.

USIA-Arbeiterinnen und -arbeiter standen im Oktoberstreik in vielen Fällen an der vordersten Front. Allerdings waren von den 161 streikenden Betrieben in Wien und Niederösterreich nur 75 USIA-Betriebe, also nicht einmal 47% - eine Tatsache, die in der antikommunistischen Hetze nur zu gern vertuscht wurde.

deutschland **deutsches Eigentum** geworden und als solches gemäß den Potsdamer Beschlüssen in **sowjetische Verwaltung** gekommen. Mit ihrer "Verstaatlichung" hofften die Herrschenden, diese Betriebe der sowjetischen Verwaltung früher oder später zu entreißen, vorläufig zumindest aber eine wirkungsvolle **Provokation gegen die damalige sozialistische UdSSR** zu organisieren. - Die Hetze gegen die USIA-Betriebe, die "Russen"-Betriebe, die Betriebe in sowjetischer Verwaltung, spielte im Oktoberstreik dann auch eine sehr wichtige Rolle.

So war die relativ weitgehende Verstaatlichung in Österreich keineswegs eine antikapitalistische Maßnahme, sondern eine eigentümliche Form zum Schutz **kapitalistischer Interessen**.* Die entscheidende **politische Voraussetzung** dafür war die Existenz und zügige Festigung eines **bürgerlichen Staatsapparates unter uneingeschränkter Kontrolle des Großkapitals**, wie er nach der Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus rasch wieder in Aktion getreten war.


Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 228 — Ausgabe Dezember 1987 — S 30,-

ARBEITERKLASSE UND VERSTAATLICHUNG

- WELCHEN CHARAKTER HABEN VERSTAATLICHUNGEN IM KAPITALISMUS ?
- IST DIE VERSTAATLICHTE EINE BASTION DER NATIONALEN UNABHÄNGIGKEIT ?
- WIE UND MIT WELCHEM ZIEL GEGEN DIE ZERSCHLAGUNG DER VERSTAATLICHTEN UND GEGEN REPRIVATISIERUNGEN KÄMPFEN ?
- WAS BRINGEN VERSTAATLICHUNGEN DURCH EINE REVOLUTIONÄRE ARBEITERMACHT ?

STEYRER KONFERENZ • ÖGB-KONGRESS • SPÖ UND VERSTAATLICHTE • DIE FRECHHEIT DES STEYI-VORSTANDS • AMAG-KUNDGEBUNG AM BALLHAUSPLATZ • DEMONSTRATION AM 24.10.

Zunehmende Eingliederung Österreichs in das Lager des Weltimperialismus

Die Befreiung vom Faschismus erfolgte im wesentlichen **nicht** durch die eigenen Kräfte der österreichischen Arbeiterklasse und des übrigen Volkes. Praktisch nur die slowenische Bevölkerung Kärntens (die heute bezeichnenderweise besonders unterdrückt und zwangsassimiliert wird!) und einige isolierte, unter der Führung der österreichischen Kommunistinnen und Kommunisten stehende Abteilungen führten einen bewaffneten Kampf gegen die Hitlertruppen.

In der Moskauer Deklaration von 1943 war betont worden, daß Österreich *"unweigerlich die Verantwortung für die Teilnahme am Krieg auf seiten Hitler-Deutschlands zu tragen hat, und daß bei einer endgültigen Regelung unbedingt ins Gewicht fallen wird, wieviel es selbst zu seiner eigenen Befreiung beiträgt."*** Da der Beitrag zur eigenen Befreiung so gering war, wurde Österreich von den Armeen der 4 alliierten Mächte Sowjetunion, USA, Großbritannien und Frankreich besetzt.

In den Tagen kurz vor der Befreiung Wiens durch die Rote Armee hatte die Regierung der UdSSR das Ziel ihrer Politik gegenüber Österreich bekräftigt:

"Die Sowjetregierung hat nicht das Ziel, sich irgendeinen Teil des österreichischen Territoriums anzueignen oder die gesellschaftliche Ordnung Österreichs zu ändern. Die Sowjetregierung steht auf dem Boden der Moskauer Deklaration der verbündeten Mächte über die Unabhängigkeit Österreichs. Sie wird diese Deklaration in die Wirklichkeit umsetzen. Sie wird die Liquidierung des Regimes der deutsch-faschistischen Okkupanten und die Wiederherstellung demokratischer Zustände und Einrichtungen in Österreich unterstützen."
(Zitiert nach: UdSSR - Österreich, 1938-1979, S.22.)

Zu diesen demokratisch-antifaschistischen Zielen hatten sich auch die westlichen Alliierten durch ihre Unterschrift unter die Moskauer Erklärung von 1943 und das Potsdamer Abkommen 1945 verpflichtet.

---

* Vgl. dazu ausführlich RF 228: "Arbeiterklasse und Verstaatlichung" vom Dezember 1987.

** Dokumentensammlung "Sowjetpolitik gegenüber Österreich", Wien 1947, Verl."Österreichische Zeitung".

Doch während die von Stalin befehligte Rote Armee es nicht bei Worten beließ und alles in ihren Kräften Stehende tat, um die Überreste der faschistischen Herrschaft in Österreich auszurotten, eine demokratische Entwicklung in Österreich zu unterstützen, begannen die USA, Großbritannien und Frankreich schon sehr rasch nach dem militärischen Sieg über den deutschen Imperialismus die Durchführung dieser Beschlüsse zu verschleppen und zu sabotieren.

Das war auch kein Zufall, sondern erklärt sich aus dem imperialistischen Charakter der Westmächte sowie aus den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs.

Während Hitlerdeutschland und Japan eine totale Niederlage erlitten hatten, waren Großbritannien und Frankreich zwar "Siegermächte", aber durch die Kriegsfolgen außerordentlich geschwächt worden. Lediglich der US-Imperialismus war gestärkt aus dem 2.Weltkrieg hervorgegangen. Dieser übernahm nun die Führungsrolle im Kampf des imperialistischen Lagers gegen das antiimperialistisch-sozialistische Lager, an dessen Spitze damals klar die sozialistische UdSSR stand. Die Devise der internationalen Reaktion hieß nun "Roll back", Zurückeroberung des verlorenen Terrains. Das offizielle Ziel der am 12.März 1947 verkündeten "Truman-Doktrin" (Truman war damals amerikanischer Präsident) war die Zerschlagung des Sozialismus und der antiimperialistischen und revolutionären Bewegungen, und zwar mit allen Mitteln, bis hin zur Drohung mit dem Einsatz der Atombombe. Es war die Zeit, als die Imperialisten mit Churchill lamentierten "Wir haben das falsche Schwein geschlachtet" und daher alles daransetzten, um dem "richtigen" den Garaus zu machen.

Einige Beispiele:

- Die britischen Imperialisten intervenierten schon kurz nach Kriegsende in Griechenland,um die bewaffneten Volksbefreiungskräfte niederzumachen;

- Die US-Imperialisten führten 1950 bis 1953 den Korea-Krieg, um wenigstens einen Teil des Landes unter imperialistischer Dominanz zu behalten;

Zu den Ergebnissen des 2.Weltkriegs

Die westlichen, sogenannten "demokratischen Mächte", insbesondere Großbritannien und USA, waren ja keineswegs die Antihitler-Koalition mit der sozialistischen Sowjetunion eingegangen, um das faschistische System auszurotten. Ganz im Gegenteil, die Westmächte hatten nach dem 1.Weltkrieg das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus massiv gefördert, die deutsche Kriegsindustrie aufgerüstet und ausgerüstet. Als die Nazis bereits an der Macht waren, betrieben sie ihre berüchtigte "München"-Politik (genannt nach dem "Münchner Abkommen" von 1938 zwischen Hitler und Chamberlain und Daladier), um den Aggressor nach Osten abzulenken. Ihr Kalkül war, daß sich Hitlerdeutschland und die UdSSR gegenseitig maximal schwächen würden. Dann hätten sie als "lachende Dritte" auf der Bühne erscheinen können. Diese Rechnung ging allerdings nicht auf, einerseits weil Hitlerdeutschland sich zuerst im Westen den Rücken frei machen wollte, bevor es sich an den 'großen Brocken' der sozialistischen UdSSR heranwagte, und andererseits, weil die Sowjetunion nach dem Scheitern all ihrer Anstrengungen, gemeinsam mit den Westmächten ein wirksames System kollektiver Sicherheit gegen den faschistischen Aggressor aufzubauen, einem 1939 von Deutschland vorgeschlagenen Nichtangriffsvertrag **zustimmte**, um dem Aggressor keinen Vorwand für einen Angriff zu liefern und der UdSSR selbst noch eine gewisse Atempause zu sichern. So schlug Hitlerdeutschland nicht zuerst im Osten, sondern im Westen zu, was die imperialistischen Westmächte zwang, eine Wendung vorzunehmen und eine Antihitler-Koalition mit der UdSSR einzugehen.

Jedenfalls kam insgesamt im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs ganz und garnicht das heraus, was die Drahtzieher des Überfalls auf die UdSSR beabsichtigt hatten. Die Sowjetunion wurde durch den Überfall Hitlerdeutschlands militärisch keineswegs geschlagen, sondern errang den Sieg. Die Stalinsche Rote Armee rückte auf dem Weg der Vernichtung der faschistischen Bestie sogar bis nach Berlin, bis weit nach Deutschland und auch nach Österreich hinein vor. Viele vom Faschismus versklavte Völker schüttelten nach der Zerschlagung und Vertreibung der faschistischen Okkupanten auch das Joch der Herrschaft der eigenen reaktionären Klassen ab, die sich großteils mit den deutschen Besatzern verbündet hatten, und beschritten den Weg des Aufbaus von Volksdemokratien, den Weg in Richtung des Aufbaus des Sozialismus. Als Gesamtresultat ergab sich eine Schwächung des Weltimperialismus, aus dessen Front mehrere Länder herausbrachen.

(Vgl. dazu ausführlich RF 239: "STALIN - KONSEQUENTER FORTSETZER AUCH DER REVOLUTIONÄREN AUSSENPOLITIK LENINS")

- Die französischen Imperialisten begannen den Kolonialkrieg in Vietnam, der zur Teilung des Landes führte;

- Die westlichen Imperialisten, voran die USA, zerrissen das Potsdamer Abkommen und päppelten den westdeutschen Imperialismus zum "Vorposten gegen den Osten" auf. Im Bündnis mit den Westmächten spalteten die westdeutschen Revanchisten Deutschland mit dem Ziel, schließlich wieder "ganz Deutschland in den Grenzen von 1937" unter ihre Knute zu bekommen.

In Österreich sabotierten die westlichen Besatzungsmächte den Abschluß eines Staatsvertrags auf der Grundlage der Bestimmungen der Moskauer Erklärung und des Potsdamer Abkommens, weil sie befürchteten, daß ihnen Österreich dann nicht als militärisches Aufmarschgebiet, als "Bastion gegen die Sowjets" und als "Brücke" zwischen den künftigen Nato-Ländern Italien und Westdeutschland zur Verfügung stehen würde. Der amerikanische Oberkommandierende in Österreich, General Keyes, verkündete im Mai 1949, daß "*der Kampf gegen den Kommunismus und das sowjetische aggressive wirtschaftliche und politische Eindringen in Westeuropa*" der "*vorrangige Zweck*" der Präsenz der US-Truppen in Österreich sei."

Die österreichische großkapitalistische Reaktion hatte ein massives Klasseninteresse, sich auf die militärische Macht der westlichen Besatzer zu stützen, solange die Rote Armee im östlichen Teil des Landes stand und das inländische Monopolkapital noch zu schwach auf den Beinen war, noch nicht **selbst** die entscheidenden Machtmittel in der Hand hatte, um seine Ausbeuterdiktatur mit dem letztendlich ausschlaggebenden Gewaltmittel des bürgerlichen Staates sichern zu können: der eigenen bürgerlichen Armee, dem Bundesheer.

Zur politischen und militärischen Aggression und Reaktion kam die wirtschaftliche. Deren Klammer bildete der sogenannte "**Marshall-Plan**". Dieser war zunächst einmal ein Instrument des Vorherrschaftsstrebens des US-Imperialismus, um möglichst große Teile der Welt wirtschaftlich von sich abhängig zu machen, um der amerikanischen Wirtschaft Absatzmärkte und Einflußsphären zu sichern und andere kapitalistische Länder in die Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus einzubinden, um mittels wirtschaftlichem Druck und finanzieller Abhängigkeit alle reaktionären Kräfte gegen den kommunistischen Feind zusammenzufassen.

* Zitiert nach: G.Stourzh: Geschichte des Staatsvertrages 1945-1955. Graz-Wien-Köln. 1985. S.64.

Der Marshall-Plan war darüber hinaus aber auch ein Hilfsmittel für die Kapitalakkumulation der einheimischen Ausbeuter, um die in vielen Ländern darniederliegende Profitwirtschaft rasch wieder hochzubringen. Darauf deutet auch der Name der Marshallplan-Hilfe hin: "European Recovary Program (ERP)" = "Europäisches Wiederaufbauprogramm". Damit lag diese sogenannte "Hilfe" gerade nicht nur im Interesse des US-Imperialismus selbst, bedeutete keineswegs in jedem Fall einfach Schaffung und Festigung von kolonialer bzw. neokolonialer Abhängigkeit auf lange Zeit. Vielmehr wirkte der Marshall-Plan in vielen Fällen auch als Mittel, dem Großkapital europäischer Länder den Rücken gegen die "eigene" Arbeiterschaft zu stärken, die uneingeschränkte Macht des Kapitals wiederzuerrichten und zu sichern. Das aber hatte wieder zur zwangsläufigen Folge, daß es für hochindustrialisierte Länder wie Westdeutschland oder Frankreich erleichtert wurde, erneut einen "selbständigen Weg" zu beschreiten, in den Rang einer imperialistischen Großmacht zu gelangen, die in der Lage ist, auch mit dem US-Imperialismus zu rivalisieren. Dies zeigt sich am deutlichsten anhand des Wiederaufstiegs des westdeutschen Imperialismus.

Kein Wunder, daß auch die kapitalistischen Machthaber in **Österreich** gierig nach der "Hilfe" des Marshall-Plans griffen. Die führenden bürgerlichen Politiker und Regierungsvertreter, von Gruber bis Schärf, dienten sich zu diesem Zweck sogar unterwürfig den USA-Imperialisten an. Sie klammerten sich an diesen Rettungsring, weil die Positionen des österreichischen Monopolkapitals damals in vielen Bereichen noch sehr labil waren. Sie waren vorläufig noch stark darauf angewiesen, daß ihnen der amerikanische Verbündete unter die Arme griff, den Schärf schon Ende 1945 als den "natürlichen Bundesgenossen der Sozialisten" bezeichnet hatte.

Angeblich dienten die Mittel des Marshall-Plans dazu, die schwere Lebenslage breiter Bevölkerungsschichten zu erleichtern. Doch in Wirklichkeit setzten die Sachwalter des österreichischen Monopolkapitals diese Mittel als Hebel für die Kapitalakkumulation ein, die auf dem Rücken und auf Kosten der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen erfolgt. Dieser Kurs der verschärften Ausbeutung im Zusammenhang mit dem Marshallplan und der "Marshallisierung" in Österreich überhaupt war denn auch ein wesentliches auslösendes Moment des Oktoberstreiks 1950.

Die unmittelbaren ökonomischen Hintergründe und die ausbeuterische Rolle der "Lohn-Preis-Abkommen"

Auf dem SPÖ-Parteitag 1946 erklärte der führende Rechtssozialist Alfred Migsch: "*Für uns ergibt sich eine wichtige Erkenntnis. Wir haben praktisch kein kapitalistisches System mehr im Lande. In Wirklichkeit gilt es, aus Trümmern etwas neues zu bauen.*" (Protokoll, S.101)

In Wirklichkeit zeigte sich immer klarer, daß das Jahr 1945 zwar die Befreiung vom Hitlerfaschismus gebracht hatte, aber **nicht die Befreiung vom kapitalistischen System**, das erbarmungslose Ausbeutung und Unterdrückung der Massen und Riesenprofite für eine kleine Herrenschicht bedeutet, empörende und weiter zunehmende soziale Ungerechtigkeit bringt.

"Normalisierung der Marktwirtschaft" auf dem Rücken der Arbeiterschaft

Die "Normalisierung der Marktwirtschaft" war für die große Masse der arbeitenden Bevölkerung mit härtesten Entbehrungen verbunden. In den allerersten Jahren ließen sie sich noch vertrösten mit dem Hinweis auf die allgemeine Notlage nach dem Krieg. Doch spätestens ab 1948 war kaum mehr zu übersehen, daß die Unternehmer schon wieder fette Profite machten, während sich die Lebenslage der Arbeiterschaft und anderer Teile des Volkes nicht nur nicht verbesserte, sondern sogar verschlechterte.

Einige Fakten sollen dies illustrieren:

- Der Index der Industrieproduktion war 1949, wenn man 1937 gleich 100 nimmt, im Durchschnitt auf 118 gestiegen. Das Nationaleinkommen war zumindest gleich hoch wie 1937;

- Während 1937 der Anteil der produktiven Arbeiter und Angestellten am Nationaleinkommen 46 Prozent betrug, war dieser Anteil 1949 auf 39 Prozent gesunken. Dementsprechend war der Anteil der Kapitalisten am Nationaleinkommen von 44 Prozent im Jahre 1937 auf 51 Prozent im Jahre 1949 gestiegen (10 Prozent entfielen auf einfache Warenproduzenten).

- Die Mehrwertrate, d.h. das Verhältnis von kapitalistischem Gesamtprofit zu der Lohn- und Gehaltssumme, betrug also mehr als 130 Prozent.

- Die Reallöhne machten im Durchschnitt 1949 erst 50 bis 60 Prozent der Löhne des Jahres 1937 aus. *

* Vgl. ausführlich dazu:
- Arm und reich in Österreich, Weg und Ziel 9/1950.
- Wie lebt der Arbeiter? Weg und Ziel 7/8/1950.

Der Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft war verbunden mit Reallohnsenkung. Allerdings hatten die Herren der Wirtschaft und ihre "sozialistischen" Sachwalter sich die Theorie des der englischen Labour Party nahestehenden Ökonomen Keynes zu eigen gemacht. Dieser hat dargelegt, daß es "unmodern" geworden sei, den Arbeitern direkte Lohnsenkungen aufzuerlegen. Zielführender, da für die Massen verwirrender, seien andere Methoden, Z.B. eine massenfeindliche Steuerpolitik, vor allem aber eine systematische **Geldentwertung**, die in ständigem **Steigen des Preisniveaus** zum Ausdruck kommt.

Seit Kriegsende organisierten die Unternehmer eine ununterbrochene, unverschämte Preistreiberei, welche die Löhne entwertete, die kapitalistischen Profite aber enorm anwachsen ließ. Das Problem für die Ausbeuter war jedoch, daß die Inflation schließlich außer Kontrolle zu geraten, zu "galoppieren" drohte und der "soziale Friede" äußerst gefährdet schien.

Mit der **Währungsreform** vom November 1947 trat die Bourgeoisie den ärgsten Auswirkungen dieser bereits überbordenden Inflation entgegen, indem sie das Geldvolumen von 27 Milliarden Schilling auf 10 Milliarden Schilling reduzierte. Diese Maßnahme stabilisierte die kapitalistische Wirtschaft ganz offenkundig auf Kosten der Werktätigen: Der Umtausch der alten in die neuen Schillinge im Verhältnis eins zu drei entwertete die Konten der kleinen Sparer, ohne das in Anlagen oder Sachwerten steckende Vermögen der Kapitalisten anzutasten. Es war nur der Bargeldbesitz der Massen betroffen und Neukonten, die gerade die Nachkriegsgewinnler, Händler, Spekulanten und Schwarzhändler anlegen konnten, blieben unberührt.

Der räuberische Charakter der "Lohn-Preis-Abkommen"

Zum Zuge kamen nun die fünf "Lohn-Preis-Abkommen", die zwischen 1947 und 1951 zu einem Hauptmittel der kapitalistischen Sanierung und der weiteren Prellung des arbeitenden Volkes wurden. An die Stelle der ungeregelten Geldentwertung trat nun die geregelte, genau kalkulierte, staatlich gelenkte. In gewissen Abständen wurden ruckartig die Preise und Tarife einerseits und die Löhne, Gehälter und Pensionen andererseits auf ein neues Niveau gehoben. Auf der Lohnseite wurden jeweils zur Abgeltung der im "Lohn-Preis-

Abkommen" ("LPA") enthaltenen Preissteigerungen Kollektivverträge abgeschlossen - allerdings viel zu niedrig im Vergleich zu den gestiegenen Preisen und Tarifen. Diese Abkommen wurden "sozialpartnerschaftlich" zwischen den Wirtschaftskammern, der Arbeiterkammer und dem ÖGB vereinbart und von der Regierung bzw. dem Parlament beschlossen.

Selbst ein reaktionäres Blatt wie die "Vorarberger Nachrichten" sah sich damals genötigt, in einer Rückschau auf die ersten drei Lohn-Preis-Pakte deren Bilanz in folgender Weise zu ziehen:

> "Während das Abkommen von 1947 die Löhne um 35 Prozent und die Lebenshaltungskosten um 90 Prozent gesteigert hat, brachte das Abkommen von 1948 eine Steigerung von 7, beziehungsweise 20 Prozent, und das dritte Abkommen von 1949 eine solche von 11 und 20 Prozent." (Zitiert nach "Österreichische Zeitung", Zeitung der Sowjetarmee für die Bevölkerung Österreichs", 5.10.1950)

Das heißt also:

- Beim ersten Lohn-Preis-Pakt erreichte die Erhöhung der Lebenshaltungskosten selbst nach den vom zitierten Blatt verwendeten amtlichen Daten fast das Dreifache der damaligen nominellen Lohnerhöhung.

- Beim zweiten Lohn-Preis-Pakt ergab sich dasselbe Verhältnis.

- Beim dritten Lohn-Preis-Pakt schien sich eine neuerliche Verteuerung der Lebenshaltung um 'nur' das Doppelte der in diesem Pakt enthaltenen nominellen Lohnerhöhungen zu ergeben. Hier muß jedoch in Betracht gezogen werden, daß nach dem dritten Lohn-Preis-Pakt, im Zeichen der damals offiziell proklamierten "freien Wirtschaft" und in Auswirkung der wenige Monate später erfolgten Schillingabwertung, die Preise noch bedeutend höher stiegen, als in dem Pakt offiziell "vorgesehen" war.

Ein zusätzlicher Trick war die sogenannte "Nivellierung der Löhne" - nach unten! Das Institut für Wirtschaftsforschung schrieb dazu:

> "Durch die Nivellierung der Löhne und Gehälter... wurde der Verbrauch möglichst niedrig gehalten und die **Kapitalbildung der Wirtschaft maximiert.**" (Monatsberichte 3/49, S.11)

Die rechtssozialistische Gewerkschaftsführung und der von ihr dominierte Gewerkschaftsapparat als Hauptstütze bei der Durchsetzung der Lohnraub-Abkommen

Der ausbeuterische Mechanismus der "Lohn-Preis-Abkommen" konnte ohne tatkräftige Mitwirkung der Gewerkschaftsführung nicht funktionieren. Wenn, dann konnte nur mit ihrer Hilfe verhindert werden, daß diese Lohnraub-Abkommen von der Protestlawine einer mächtigen Kampfbewegung der Arbeiterschaft weggefegt wurden.

Und die "sozialistische" ÖGB-Führung mit Böhm an der Spitze betrachtete es tatsächlich als ihre vordringlichste Aufgabe, den aufbegehrenden Arbeitermassen die zur Durchführung der Operation erforderlichen Betäubungsspritzen zu verabreichen. Der gewerkschafts-offizielle Publizist Klenner äußerte sich 1953 befriedigt über die Wirkungsweise der Lohnraub-Abkommen:

> *"Was immer man gegen die Preis- und Lohnabkommen ins Treffen führen mag, fest steht, daß sie uns viele große Lohnkämpfe mit allen ihren wirtschaftlichen Nachteilen* ***erspart*** *haben und entscheidend dazu beitrugen, in kritischer Zeit Österreich den sozialen Frieden zu erhalten."*
> *(Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, Bd.II, S.1520)*

Zur Aufrechterhaltung des Ausbeuterfriedens wandten die ÖGB-Führer Praktiken an, die von der Beseitigung jeglichen Einflusses der Arbeiterinnen und Arbeiter und der unteren gewerkschaftlichen Ebenen bis zu unverschämten Täuschungsmanövern reichten.

Zunächst wurde die an sich schon straffe **bürokratische** Zentralisierung des ÖGB in dieser Zeit durch einige organisatorische Absicherungen für die Gewerkschaftsführung perfektioniert:

- Der Bundesvorstand wurde ermächtigt, **selbst** die Statuten ändern zu dürfen;

- Die Landessekretäre wurden **über** die Landesexekutive (die höchsten Vollzugsorgane auf Landesebene) gestellt, indem sie der ÖGB-Führung weisungsgebunden waren;

- Anträge an den Bundeskongreß, dem höchsten Organ des ÖGB, konnten nur mehr von den **Vorständen** der Fachgewerkschaften gestellt werden;

- Die Delegierten zum Bundeskongreß wurden zudem von den selben Vorständen bestimmt.

Offenkundig waren diese autokratischen Machtstrukturen das gerade Gegenteil von dem, was eine schlagkräftige Klassengewerkschaft braucht, wie z.B.: Wählbarkeit und Abwählbarkeit der Funktionäre von unten nach oben, Rechenschaftspflicht der Führung gegenüber der Basis, Möglichkeit von Beschlußanträgen der Basis an die höchsten Gremien (Bundeskongreß).

Die Führung des ÖGB mußte einkalkulieren, daß sie bei ihrer Lohnraubpolitik von Seiten der Arbeiterklasse immer stärker unter Druck kommen konnte. Deshalb versuchte sie, jegliche vorherige Kenntnis über den Gang der Verhandlungen auszuschalten. Die "Lohn-Preis-Abkommen" wurden daher streng geheim, sogar unter Ausschaltung der leitenden Gremien des ÖGB ausgehandelt. Die zentralen Fraktionen der SPÖ und ÖVP im ÖGB bestimmten jeweils ihre Leute, die ein Generalmandat für die Verhandlungen um ein neues Abkommen erhielten. Da im Bundesvorstand und im Präsidium die Öffentlichkeit in Gestalt der kommunistischen Gewerkschafter saß, wurde hier wohlweislich kein Bericht erstattet. Erst im letzten Moment wurden die "Verhandlungsergebnisse" dann überfallsartig bekanntgegeben.

Um den "sozialen Frieden" zu sichern, um die Arbeiterschaft vom Widerstand gegen die Lohnraubpolitik abzuhalten, verwendete die ÖGB-Spitze auch ein ganzes Arsenal von demagogischen Täuschungsmanövern. Dazu gehörten unter anderem:

- Der Lebenshaltungskosten-Index wurde schamlos manipuliert, um rein zahlenmäßig eine annähernd parallele Entwicklung von Tariflöhnen (Nominallöhnen!) und offiziellen Preisen vorzuspiegeln;

- Jedesmal, wenn Lohnforderungen aus den Betrieben kamen, behaupteten die ÖGB-Führer, Lohnerhöhungen seien der falsche Weg, denn sie würden die "Lohn-Preis-Spirale" ankurbeln und zur Inflation führen. Der umgekehrte Weg sei richtig. Nicht der Lohn sei zu niedrig, sondern die Preise seien zu hoch. Also müßten die Preise gesenkt werden. Damit sollte der Arbeiterklasse jegliche Initiative entrissen oder ihre Aktivität auf ein Gebiet gelenkt werden, auf dem sie nichts erreichen konnte (wie etwa mit den groß gepriesenen "Käuferstreiks"). Gab es tatsächlich da und dort einen Preisverfall, der seine wirklichen Ursachen in einer relativen Überproduktion und in der beschränkten Kaufkraft der Massen hatte, so stellte die Gewerkschaftsführung dies als ihren harterkämpften Sieg dar, als "Bestätigung", daß Streiks und dergleichen "überholte Mittel" wirklich nicht nötig seien;

- Hinzu kamen demagogische Aktivitäten auf der gesetzgebenden Ebene. "Preisregelungsgesetze" und "Preiskontrollen" aller Art, "Handelsspannenbegrenzungen" und "Kartellgesetz" sollten den Eindruck von "Gerechtigkeit" schaffen. In Wirklichkeit dienten diese Maßnahmen keineswegs zur Eindämmung der Ausplünderung der Massen. Ihr Zweck war einerseits Betrug und Beschwichtigung, andererseits wurde damit teilweise und zeitweilig ein gewisser Rahmen für die Verteilung des in der Produktion geschaffenen Mehrwerts unter den Kapitalisten (Anteile der Industriellen, der Groß- und Kleinhändler, der Banken usw.) festgelegt. Die von der SP und dem ÖGB groß herausgestellte "Anprangerung" einzelner "Preistreiber" paßt da nur ins Bild des systematischen Betrugs der Massen.

Wo es nötig erschien, ging die ÖGB-Führung aber noch weiter: Sie tischten die antikommunistische Putschlüge auf, worüber im Folgenden noch ausführlich die Rede sein wird.

Der zunehmende Widerstand der Arbeiterschaft

Mit dem Inkrafttreten der "Lohn-Preis-Abkommen" bekam die Arbeiterschaft sehr schmerzlich zu spüren, daß die Preiserhöhungen keineswegs durch entsprechende Lohnerhöhungen "voll abgegolten" wurden. Als die Unternehmer außerdem noch den Lohn-Preisstop, der im 1. LPA vereinbart worden war, einseitig brachen und die Preise in die Höhe gingen, nahm der Druck der Belegschaften in den Betrieben immer mehr zu. Lohnerhöhungen wurden gefordert, es kam zu einer Welle von Streiks.

So entwickelte sich, allen Betrugsmanövern und Repressalien der Gewerkschaftsführung und der Regierung zum Trotz schon lange vor dem Oktober 1950 in ganz Österreich eine Protestbewegung, in der die Kommunistinnen und Kommunisten die führende Kraft waren. Die Lage der Arbeiterschaft verschlechterte sich nämlich offenkundig. Jedes "Lohn-Preis-Abkommen" brachte neue Lohneinbußen.

Gegen das 3.Lohnraubabkommen entbrannte bereits eine breite Massenbewegung. Zwei Tage vor seiner Verabschiedung, am 17.Mai 1949, demonstrierten 170.000 Menschen vor dem Wiener Rathaus. Allerdings wurde vielfach noch nicht direkt die Kampfkraft der Arbeiterschaft in den Betrieben eingesetzt (Streiks), sondern sollte durch Delegationen aus den Betrieben Druck auf den ÖGB ausgeübt werden.

Danach erreichte die Bewegung für das Nachziehen der Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter noch größere Ausmaße. Im Oktober 1949 spitzte sich der Kampf zu auf die Forderung nach einer einmaligen Überbrückungshilfe in Höhe von ca. 4 Wochenlöhnen. Diese Forderung, die von der VÖEST Linz und Alpine-Montan Donawitz ausging, brachte hunderte Betriebe in ganz Österreich in Bewegung und hatte schließlich auch Teilerfolge. In vielen Betrieben konnte die vom ÖGB "erlaubte" Höhe der Überbrückungshilfe (höchstens **ein** Wochenlohn!) beträchtlich überschritten werden.

Der Kampf um eine Überbrückungshilfe war die erste erfolgreiche Kampfbewegung von österreichweitem Ausmaß gegen die Stillhaltepolitik des ÖGB. Ohne Zweifel waren die zahlreichen Kundgebungen, Streiks und Demonstrationen im Zuge dieser Bewegung eine wichtige Voraussetzung dafür, daß im September/Oktober 1950 der "soziale Friede" noch viel wuchtiger durchbrochen wurde und es zur mächtigsten Streikbewegung in der Geschichte der 2.Republik kam.

Das Märchen von der "Lohn-Preis-Spirale"

In der kapitalistischen Wirtschaft ist das Ziel der Produktion nicht die bestmögliche Befriedigung der Bedürfnisse der Volksmassen, sondern die Erzielung höchstmöglicher und immer weiter wachsender **Profite**. Das Kapital bedient sich dazu der verschiedensten Mittel und Methoden. Es kann den Ausbeutungsgrad der Arbeiter insbesondere erhöhen durch:

1) **direkte** Lohnsenkung
2) **Verlängerung** des Arbeitstages,
3) Erhöhung des **Tempos** und der **Produktivität** der Arbeit, während die Löhne nicht oder nicht im selben Ausmaß steigen,
4) **Preissteigerungen**, das heißt durch die **Abwertung** der ausbezahlten Löhne, die nominell nicht oder nicht im Ausmaß der Teuerung erhöht werden.

In der Frühzeit des Kapitalismus hatten die Methoden 1) und 2) große Bedeutung, doch die sich entwickelnde Arbeiterbewegung verschloß weitgehend diese Möglichkeiten. Das Schwergewicht verlagerte sich daher auf die Methode 3) und schließlich, als es zur weitgehenden Verschmelzung zwischen Staat und Monopolkapital gekommen war, auf die Methode 4), die von den Massen am schwersten zu durchschauen und zu bekämpfen ist.

Heute wird der Mehrwert, den die Arbeiterinnen und Arbeiter produzieren und den die gesamte Kapitalistenklasse einschließlich ihres Staates einsteckt, vor allem dadurch **erhöht**, daß nicht nur der Löwenanteil der Früchte der höheren Intensität, Effektivität und Produktivität der Arbeit in die Taschen des Kapitals fließt, sondern die Arbeitskraft selbst nach einer Art von "abgleitendem Lohnschema" bezahlt wird, das heißt nach Normen, die infolge der Geldentwertung immer weiter zurückbleiben, sodaß sogar bei einer Politik kontrollierter zeitweiliger Erhöhungen der **Nominal**löhne alle Möglichkeiten der Niedrighaltung, der relativen oder sogar absoluten Senkung der **Real**löhne bestehen.

Was können die Arbeiterinnen und Arbeiter dem entgegensetzen? Im Grunde **nur eines: den Kampf um höhere Löhne!** Wollen sie nicht ununterbrochen geprellt und betrogen werden, wollen sie ihren Lebensstandard auch nur **halten**, müssen sie zumindest Lohnerhöhungen im Ausmaß der **wirklichen** Teuerung (und nicht nur der amtlich zugegebenen!) durchsetzen. Wollen sie wenigstens einen gewissen **Anteil** an den Früchten der ständig steigenden Produktivität ihrer Arbeit, ihrer Mühe und ihres Fleißes haben, so müssen sie Lohnerhöhungen durchsetzen, die über das Ausmaß der wirklichen Teuerung **hinausgehen**! Tun sie das nicht, so heißt das tatenlos zuzuschauen, wie die Werktätigen von einem immer **größeren** Sozialprodukt, das sie selbst – und **ausschließlich** sie selbst - erzeugen, einen relativ oder absolut immer **kleineren** Teil erhalten; oder anders ausgedrückt, daß die schmarotzende Bande, die alle Kommandohöhen der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Staates in Händen hält, den Löwenanteil, den sie sich sowieso schon aneignet, relativ und absolut noch weiter vergrößern kann, sich also Ausmaß und Grad der Ausbeutung weiter verschärfen.

Die arbeitenden Menschen können nicht darauf warten, daß ihnen ihre Ausbeuter freiwillig mehr und immer mehr geben. Sie müssen sich **im Kampf, im Klassenkampf ertrotzen, was sie fordern** und worauf sie unbedingtes Anrecht haben. Die Arbeiter haben praktisch **keine** Möglichkeit, auf die Preise der Waren im allgemeinen Einfluß zu nehmen, sie können die Budget- und Steuerpolitik des kapitalistischen Staates, die Politik der Nationalbank, den Lauf der Notenpresse usw. nur **sehr schwer** und in engen Grenzen beeinflussen. **Aber es gibt *eine* Ware, deren Preis *unmittelbar* von den Arbeitern selbst beeinflußt werden kann, den sie weitgehend *selbst* bestimmen können: das ist der Preis jener Ware, die sie selber anzubieten haben, der Preis der "Ware Arbeitskraft", der *Lohn*! Erhöhen die Kapitalisten die Preise der Waren, die sie den Arbeitern verkaufen, erhöht der kapitalistische Staat die Steuern, Abgaben und Tarife – so haben die Arbeiter nicht nur das *Recht* (das haben sie sowieso!), sondern auch die verdammte *Pflicht*, die Pflicht gegenüber sich selbst, gegenüber ihrer Familie, gegenüber ihren Kindern, *auch den Preis ihrer Arbeitskraft* zumindest im gleichen Ausmaß und Tempo hinaufzusetzen und nicht "stillzuhalten", sondern sich dafür in einen energischen, bis zum Äußersten entschlossenen *Kampf* zu werfen!...**

Die Benya und Co., die ganze Gewerkschaftsbürokratie im ÖGB wagt heute eigentlich garnicht zu bestreiten, daß die Arbeiter durch entsprechende Kampfmaßnahmen in den Betrieben rasch sehr bedeutende Lohnerhöhungen durchsetzen könnten. Doch im Chor mit allen Advokaten des Großkapitals wenden sie ein, daß Lohnerhöhungen "leider" nur neue und noch größere Preisauftriebstendenzen auslösten, die Inflation "anheizten" und somit den Arbeitern nicht nur nichts nützen, sondern vielleicht sogar Schaden bringen würden. Dieses "Argument" ist so alt wie die kapitalistische Ausbeutung selbst und es ist

Fortsetzung auf S.15

Fortsetzung von Seite 14

durch und durch falsch. Schon vor rund 130 Jahren hatte der Bourgeois-"Sozialist" **Proudhon** in seinem Buch "Philosophie des Elends" behauptet, Lohnerhöhungen müßten zwangsläufig zu allgemeinen Preiserhöhungen führen - das sei ebenso sicher wie 2x2 vier ist. Karl **Marx** antwortete darauf in seiner Schrift "Das Elend der Philosophie", daß er alle solche Behauptungen bestreite, ausgenommen die, daß 2x2 vier ist. 1865 war es ein Mann namens John Weston, der den Arbeitern die Mär von der "Lohn-Preis-Spirale" aufschwatzen wollte. Marx reagierte darauf mit den beiden berühmten Vorträgen über "Lohn, Preis und Profit", in denen die ganze Unsinnigkeit und Verlogenheit einer solchen Behauptung von allen Seiten her bewiesen wird. Doch nicht nur die ökonomische Wissenschaft, sondern das Leben selbst hat in den seither vergangenen mehr als 100 Jahren tausendfach die Unhaltbarkeit der Behauptung von der "Lohn-Preis-Spirale" erwiesen. Bestünde nämlich zwischen Löhnen und Preisen ein direkter, starrer Zusammenhang, dann hätten sämtliche Lohnkämpfe dieser mehr als 100 Jahre keinerlei Sinn gehabt, dann wäre auch die gewerkschaftliche Bewegung zum Großteil unsinnig und ein grotesker Irrtum gewesen! Dann wäre es aber auch völlig überflüssig gewesen, daß sich die Unternehmer gegen jede Lohnforderung mit Händen und Füßen sträubten und weiter sträuben! **Löhne und Preise sind eben *nicht* direkt miteinander gekoppelt, sie hängen *nicht* unmittelbar zusammen, sondern es gibt etwas *zwischen ihnen*, von dem die Kapitalisten und ihre Helfershelfer zwar gerne schweigen, das aber dennoch eine zentrale Rolle spielt: den Mehrwert, den *Profit*!** Dieses wesentliche "Zwischenglied" zwischen Betrieb und Markt, zwischen Löhnen und Preisen, macht verständlich, daß sich Preisveränderungen durchaus nicht zwangsläufig in Lohnveränderungen, aber auch **Lohnveränderungen durchaus nicht zwangsläufig in Preisveränderungen niederschlagen.** Auch wenn es bei oberflächlicher Betrachtung anders scheinen mag, können die Kapialisten und ihr Staat mit den Preisen **keineswegs beliebig** umspringen, sondern diktiert das Wertgesetz, das sich auf dem Umweg über die innere und äußere Konkurrenz auch heutzutage immer wieder durchsetzt. Auch für die vom kapitalistischen Staat gelenkte Inflation gibt es Grenzen, über die er nicht hinauskann, wenn er nicht sein ganzes Ausbeutersystem gefährden will. **Lohnerhöhungen bedeuten daher nicht einfach weitere Teuerung, sondern unmittelbar *Schmälerung des Profits* der Kapitalisten! Selbstverständlich versuchen diese mit allen Mitteln, sich alles das, was sie durch Lohnerhöhungen an Profit eingebüßt haben - und womöglich noch mehr - schnellstens wieder zu holen, aber erstens ist das für sie durchaus nicht immer möglich und brauchen sie dazu zweitens zumindest einige Zeit.** Tatsächlich versuchen die Kapitalisten ja immer und überall, ein **Maximum** an Profiten für sich herauszuholen, ob die Arbeiter nun höhere Löhne durchsetzen oder nicht. Wenn die Arbeiter "stillhalten", dann halten sie wohl die **Löhne** still, aber es heißt bekanntlich ganz und garnicht, daß auch die **Preise** stehenbleiben. Halten die Arbeiter aber nicht still, sondern erkämpfen höhere Löhne, so heißt das umgekehrt wieder noch lange nicht, daß automatisch auch die Preise steigen müssen, es heißt lediglich, daß **zunächst einmal der Profit beschnitten** wird. Wäre es anders, dann würde kein Kapitalist was gegen allgemeine Lohnerhöhungen einzuwenden haben und keine ÖVP- oder SPÖ-Regierung würde sich um den "Nachweis" erhitzen, daß das für die "Wirtschaft" Allerschlimmste und Allergefährlichste ein massiver Kampf der Arbeiter um höhere Löhne sei...

Der entschlossene Kampf um höhere Löhne ist für die Arbeiterklasse **unerläßlich** und **unersetzbar**. Ihn erfordern nicht nur ihre wirtschaftlichen Tagesinteressen, sondern auch ihre langfristigen, politischen Interessen - das Interesse, sich **kampffähig** zu machen, um eines Tages das ganze räuberische System des Lohndrucks und der Teuerung, der kapitalistischen Ausbeutung überhaupt, zum Teufel zu werfen.

*(Auszüge aus RF 140 "Die Arbeiter haben nur **eine** Waffe gegen Teuerung und Geldentwertung: LOHNKAMPF !" , enthalten auch im Sammelband: "Dokumente des Kampfes UM DIE BEWUSSTMACHUNG UND REVOLUTIONIERUNG DER ARBEITERKLASSE", hrgg. vom ZK der MLPÖ.*

II.
DER OKTOBERSTREIK

Die große Streikbewegung, die als "Oktoberstreik" bezeichnet wird, begann in Wirklichkeit bereits Ende September 1950. Und wenn wir im weiteren der Einfachheit halber vom "Oktoberstreik" sprechen, so ist damit jener große, den "sozialen Frieden" der Ausbeuter erschütternde Kampf von hunderttausenden Arbeiterinnen und Arbeitern zwischen dem 26.September und dem 5.Oktober 1950 gemeint. Was waren nun die Gründe dafür?

Der unmittelbare Anlaß: Das 4. Lohn-Preis-Abkommen

Nach wochenlangen geheimen Verhandlungen wurde am 22.September 1950 amtlich mitgeteilt, daß die Verhandlungen über ein 4. "Lohn-Preis-Abkommen" abgeschlossen seien und sich der Ministerrat am 26.9. mit den Ergebnissen befassen werde. Die Beschlüsse der "Sozialpartner" übertrafen die vorherigen 3 Lohnraub-Pakte noch an Brutalität:

- Grundnahrungsmittel wie Brot, Zucker usw. wurden zwischen 26 und 63 Prozent teurer;

- Die Kohlenpreise wurden um durchschnittlich 50 Prozent, die Strompreise um durchschnittlich 42 Prozent erhöht.

- Die Verkehrstarife stiegen um 20 bis 25 Prozent.

Die Lohnerhöhungen betrugen demgegenüber durchschnittlich nur 10 Prozent (die meisten Rentner und Pensionisten bekamen gar nur die Hälfte!). Dabei wurden die Lohnerhöhungen noch dadurch erheblich gemindert, daß es nun erhöhte Abzüge der Lohnsteuer gab und erhöhte Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen waren.

Die Regierung schwindelte der Bevölkerung vor, daß der Mehraufwand für die Grundbedürfnisse "abgegolten" werde. Aber den Rückgang des Lebensstandards verursachten gerade auch die Steigerungen der amtlich **nicht** geregelten Preise. Den Preiserhöhungen von Fett, Fleisch, Schuhen, Textilien und anderen lebenswichtigen Artikeln war keine Grenze gesetzt.

Die Nettolöhne blieben bis einschließlich Dezember 1950 auf dem vom Abkommen festgelegten Stand, während die Preissteigerungen weitergingen, als es der Mechanismus des Lohnraub-Abkommens vorsah. Im November 1950 hatten die Preissteigerungen seit August, als die Teuerungswelle - auch im Zusammenhang mit dem Koreakrieg - begonnen hatte, die Lohnerhöhungen durch das "Lohn-Preis-Abkommen" selbst nach offiziellen Statistiken bereits aufgefressen (vgl. "Monatsberichte" 11/1950, S.534).

Ein solche Politik entsprach völlig dem Kurs des kapitalistischen Aufbaus: Durch die Preiserhöhungen für die landwirtschaftlichen Produkte konnten die Lebensmittelsubventionen praktisch beseitigt werden. Die Summe, die vorher für die Stützungen verwendet wurde, konnte nun für Kapitalinvestitionen eingesetzt werden.* Die Lohnerhöhungen, welche die Unternehmer den Arbeitern geben mußten, weil diese die volle Überwälzung der Subventionen nicht hingenommen hätten, wurden der Arbeiterschaft über die nachfolgenden Preiserhöhungen wieder gestohlen. So war der Mechanismus der Massenbelastung durch das 4.Lohnraubabkommen komplett.

Mit dem 4."Lohn-Preis-Abkommen" war der österreichischen Arbeiterschaft und den anderen Werktätigen also im Verlaufe von vier Jahren zum viertenmal eine einschneidende Herabsetzung ihrer Reallöhne und damit ihres Lebensstandards aufdiktiert worden: Mit dem Ergebnis, daß die Lebenshaltung der Werktätigen sogar weit unter jene des Jahres 1937 fiel.

Die Empörung darüber war ungeheuer groß. Jahrelang hatte man den Arbeiterinnen und Arbeitern versprochen, wenn sie aufopferungsvoll für den Wiederaufbau arbeiteten, werde es ihnen rasch immer besser gehen. Und dann als "Dank des Vaterlandes" immer frechere Lohnräubereien, während die Profite sprunghaft stiegen!

Wochenlang hatten die Spitzen der SPÖ und des ÖGB beschwichtigt mit der Losung "Abgeltung auf Heller und Pfennig". Außerdem hatte die sozialdemokratische Presse rechtzeitige Information versprochen. Am Vorabend der Beschlußfassung über das 4. "Lohn-Preis-Abkommen", am 25.9.1950, fanden die ersten Vertrauensleutekonferenzen der SPÖ statt, doch der genaue Inhalt des Lohnraub-Pakts wurde erst am folgenden Tag oder am Tag nach der Beschlußfassung bekanntgegeben und verbreitet (in Oberösterreich z.B. durch das SP-"Tagblatt" am 27.9.1950).

Die Massen der Arbeiterschaft erkannten voll Bitterkeit, daß sie schwer getäuscht worden waren. Unter diesem Druck von unten empörten sich nun auch viele sozialdemokratische Funktionäre der unteren Ebenen und in den Betriebsräten gegen das Vorgehen "ihrer" Führer.

Ein ganz besonderer Grund der massenhaften Empörung lag darin, daß mit dem 4.Lohnraub-Abkommen sämtliche Lohnforderungen, die seit dem Sommer von hunderttausenden Arbeiterinnen und Arbeitern erhoben worden waren und deren Erfüllung schon ausgemachte Sache schien, einfach vom Tisch gewischt wurden. Allein zwischen dem 2.August und dem 24.September 1950 verlangten die Belegschaften von 88 großen Betrieben aller Branchen Lohnerhöhungen zwischen 15 und 30%. Diese Forderungen wurden auch von zahlreichen Gewerkschaftskonferenzen aufgegriffen. Da alles das nun mit einem Federstrich beseitigt wurde, gerieten auch die SP-Betriebsräte und -Arbeiter in offenen Widerspruch zur Partei- und Gewerkschaftsspitze.

Einzig und allein die KPÖ prangerte damals an, daß die "Sozialpartner" hinter verschlossenen Türen einen weiteren Lohnraub auspackelten, mit dem sie die Arbeiterschaft überfallen würden. Im Zentralorgan, der "Volksstimme", wurde bereits vor der offiziellen Bekanntgabe des neuen Anschlags auf den Lebensstandard der Werktätigen darüber Alarm geschlagen - sehr zur Entrüstung der SP- und VP-Führung, aber auch des ÖGB-Vorstands, die darin "Unruhestiftung" erblickten.

Der kommunistische Vizepräsident des ÖGB Fiala stellte Mitte September fest, daß die Streikstimmung in den Betrieben von Tag zu Tag wächst (VS, 15.9.1950). Die KPÖ nahm Kurs auf die Auslösung einer breiten Protestbewegung gegen den Preistreiber-Lohnraub-Pakt. Das Politbüromitglied Honner propagierte vor Vertrauensleuten in Niederösterreich die "Anwendung der schärfsten gewerkschaftlichen Kampfmittel" (VS, 22.9.1950), ohne direkt zum Streik aufzurufen.

Wenige Tage später, unmittelbar nach der Verkündung des 4.Lohnraub-Abkommens, riß den Arbeiterinnen und Arbeitern endgültig die Geduld. Das Maß war endgültig voll.

---

* Im Tätigkeitsbericht des ÖGB 1950 heißt es: "*Der entscheidende Grund für den Abschluß des 4.LPA war die Tatsache, daß von seiten der ECA-Verwaltung* (Marshallplan-Verwaltung, Anmerkung der Redaktion) *ein Abbau der bisherigen Höhe der Lebensmittelsubventionen verlangt wurde.*" (S.76, Wien 1951). Mit dieser Betonung wollte die ÖGB-Führung davon ablenken, daß das 4.LPA wesentlich im Interesse der **einheimischen** Profitwirtschaft lag. Wenn die österreichischen Profiteure von ihren starken amerikanischen Verbündeten dazu gedrängt wurden, so gerade im Hinblick auf die Stabilisierung der kapitalistischen Verhältnisse im "Nach-Marshall-Österreich". Dies geht auch aus einer Notiz in der "New York Times" vom 8.10.1950 hervor: "*Der amerikanische Hochkommissar drängte die Regierung zu einer Revision des Lohn-Preisverhältnisses* ***im Hinblick auf den Tag, an dem die Marshallplanhilfe zu Ende ist.***"

In der vom "Kommunistischen Bund Wien" herausgegebenen Broschüre von Gruber/Hörzinger, "...bis der Preistreiberpakt fällt", die diese Stelle aus der "New York Times" zitiert (S.19/20), wird die vertuschende Darstellung des ÖGB übernommen.



Volksstimme
Zentralorgan der Kommunistischen
Nr. 214 Freitag, den 15. September 1950 Gegründet 1918

Lohn-Preis-Packelei hinter dem Rücken der Arbeiter
Warnende Rede des Vizepräsidenten des OeGB Fiala

Nr. 221 Samstag, den 23. September 1950

DerVerrat perfekt
Drastische Senkung der Lebenshaltung durch vierten Lohn-Preis-Pakt
Die Antwort muß sein: Weg mit diesem Preistreiberpakt!

Nr. 222 Sonntag, den 24. September 1950 Gegründet 1918

Der Inhalt des Preistreiberpaktes:
30 Prozent Preiserhöhung — Lohnregelung deckt nicht einmal bisherigen Lohnverlust

Der große Streik beginnt

Die antikommunistische Hetze gegen den Oktoberstreik arbeitet von jeher mit der Behauptung, daß die Streikbewegung vom russischen Sektor aus, speziell von den USIA-Betrieben aus, "angezettelt" worden sei. In Wirklichkeit reagierte unmittelbar nach Bekanntwerden der Verhandlungsergebnisse gerade die Arbeiterschaft Oberösterreichs, also keineswegs in der sowjetisch besetzten Zone,sondern in der amerikanischen, praktisch in **allen** entscheidenden Industriebetrieben mit Streiks, mächtigen Kundgebungen und Demonstrationen. Daß nahezu gleichzeitig auch in Wien und Niederösterreich die Arbeit niedergelegt wurde zum Protest gegen den Preistreiberpakt, zeigt den wirklich **universellen, von Besatzungszonen unabhängigen Charakter** dieser mächtigen Streikbewegung, die sich rasch auch auf die entscheidenden Betriebe in der Steiermark sowie auch in Salzburg und in anderen Bundesländern ausdehnte. Auch wenn wir hier nur die Brennpunkte der Kämpfe betrachten können, zeigt sich das wirklich beeindruckende gesamtösterreichische Ausmaß des Streiks.

In Oberösterreich

Im größten Betrieb Österreichs, in der VÖEST in Linz, hatten die Gewerkschaftshauptvertrauensleute schon am Vorabend, am 25.September, einstimmig einen **einstündigen Warnstreik** beschlossen, der lückenlos durchgeführt wurde. Am nächsten Tag waren neben der VÖEST alle Großbetriebe Oberösterreichs, die Steyr-Werke, die Linzer Stickstoffwerke, die Bergarbeiter des Wolfsegg-Trauntal-Kohlenreviers usw. in den Streik getreten.

Mehr als 20.000 Arbeiterinnen und Arbeiter füllten am Nachmittag des 26.September den Linzer Hauptplatz, nachdem ein starker Polizeikordon durchbrochen wurde. Sie demonstrierten leidenschaftlich gegen den neuen Preispakt.





Kundgebung auf dem Stadtplatz von Steyr

In Steyr waren die Arbeiterinnen und Arbeiter der Steyr-Werke bereits in der Früh in den Streik getreten. Ihnen schlossen sich zahlreiche weitere Mittel- und Kleinbetriebe an. Die Arbeiterinnen und Arbeiter zogen in großen Zügen auf den Hauptplatz, wo eine wuchtige und machtvolle Kundgebung von 15.000 empörten Werktätigen stattfand.

Am Mittwoch, dem 27.9., sprang in Oberösterreich von Betrieb zu Betrieb die Parole: "Streik bis der Preistreiberpakt fällt!".

In der VÖEST wurde die Arbeit am Mittwochmorgen nicht mehr aufgenommen. Unter dem Druck der Arbeiterinnen und Arbeiter wurde eine Sitzung des Betriebsrates erzwungen, in der der bereits andauernde Streik gebilligt und ein Streikkomitee aus den Betriebsräten gebildet wurde. Das Streikkomitee forderte die Zurücknahme des "Lohn-Preis-Abkommens", die Absetzung von Gewerkschaftspräsident Böhm und Arbeiterkammerpräsident Mantler, die Legalisierung des Streiks durch die Gewerkschaft und kündigte an, den Kampf bis zur Erreichung dieser Ziele zu führen. In den Linzer Betrieben verbreiteten sich die Parolen "Weg mit den Arbeiterverrätern!", "Weg mit Böhm und Mantler!".

Vor der Linzer Arbeiterkammer demonstrierten tausende Arbeiterinnen und Arbeiter, das Gebäude wurde von Delegationen und Demonstrierenden überschwemmt und die Polizei war nicht fähig, die Arbeiterkammer gemäß den Wünschen des Kammeramtsdirektors zu räumen.

Die Exekutive versuchte am Nachmittag, die Demonstrantinnen und Demonstranten vor der Arbeiterkammer zu vertreiben, hatte aber keinen Erfolg. Trotz einer Truppe von 800 Mann in Linz sah sich der Sicherheitsdirektor gezwungen, aus ganz Oberösterreich über 1000 Gendarmen nach Linz zu schaffen. Es handelte sich dabei um die mit amerikanischen Geräten bis zum Panzerwagen ausgerüsteten Alarmabteilungen der in Entstehung begriffenen Bundes-Gendarmerie, aus der später das Bundesheer hervorging.

Die Gendarmen gingen in Kompaniestärke gegen die Demonstranten vor der Arbeiterkammer vor und verletzten einige durch Bajonettstiche. Auf persönliche Anweisung des Innenministers (SPÖ) wurde schließlich das Arbeiterkammer-Gebäude gestürmt.

Um 12 Uhr stellten in Linz sämtliche Verkehrsmittel der Linzer Elektrizitäts- und Straßenbahngesellschaft den Betrieb ein und in einer Betriebsvollversammlung wurde der Beschluß gefaßt, in den unbefristeten Streik bis zur Zurückziehung des Preistreiberpakts zu treten.

Eisenbahn stillgelegt

"Ein großer Demonstrationszug zog *zum Hauptbahnhof*, stürmte in die Halle und legte den Verkehr still. Seit mehreren Stunden ist der Hauptbahnhof von Linz von den Arbeitern blockiert. Der Arlbergexpreß, in dem sich auch der neue französische Hochkommissär befand, mußte seine Fahrt unterbrechen; die Lokomotive wurde von den Arbeitern abgekoppelt.

Die Arbeiter ließen sich auch durch die **gezogenen Revolver der amerikanischen Begleitmannschaft nicht einschüchtern.**"

(Aus: "Volksstimme", 28.9.1950)

Über die Lage in Linz am 27.9. hieß es in einem Bericht der Bundespolizeidirektion Linz:

"Während des ganzen Tages ergaben sich für die Exekutive infolge der Massierung von Tausenden von Demonstranten an verschiedenen Stellen des Stadtgebietes Linz mehrmals äußerst gefährliche Situationen, so daß bei der Bevölkerung fast der Eindruck entstand, daß die Exekutive der Lage nicht Herr werden könne. Durch die Heranziehung von starken Kräften der Gendarmerie und von Abteilungen der Bundespolizei Wels und Salzburg konnte die Lage gemeistert werden. Diese bedrohliche Situation veranlaßte die zuständigen öffentlichen Funktionäre sogar, die **Verhängung des Standrechtes in Erwägung zu ziehen.** Mangels einer österreichischen Militärmacht mußte jedoch der Gedanke... fallengelassen werden." (Zitiert nach Gruber/Hörzinger, "...bis der Preistreiberpakt fällt", S.70)

Das bedeutet, daß die Herrschenden bereits in Erwägung zogen, in die demonstrierende Arbeiterschaft **hineinschießen** zu lassen!

In **Steyr** wurde am Mittwochmorgen in den Steyrwerken und in 19 anderen kleineren Betrieben der Stadt und der Umgebung die Arbeit nicht wieder aufgenommen. In den Steyrwerken beschloß eine Vollversammlung den Streik bis zur Zurückziehung des Lohn-Preis-Paktes und wählte ein Streikkomitee, dem hauptsächlich Betriebsräte angehörten.

In Wien

In Wien hatte am 26.September fast kein Großbetrieb die Arbeit aufgenommen. In den meisten Betrieben traten die Belegschaften bereits in der Früh zu Vollversammlungen zusammen, um zum Preistreiberpakt Stellung zu nehmen und Kampfbeschlüsse zu fassen. Von vielen Großbetrieben begaben sich Delegationen von Arbeiterinnen und Arbeitern in benachbarte Klein- und Mittelbetriebe und forderten deren Belegschaften zum Anschluß an den Streik auf. Die Streikbewegung dehnte sich auf 158 Betriebe mit mindestens 30.000 Arbeiterinnen und Arbeitern aus.

Die Kommunistinnen und Kommunisten agitierten überall für eine machtvolle Demonstration, für einen Sternmarsch zum Ballhausplatz am Morgen des 26.9., zur Zeit der Ministerratssitzung.

Aus den Arbeiterbezirken und den industriellen Zentren Wiens, Floridsdorf, Stadlau, Favoriten, Liesing zogen Züge mit tausenden Arbeiterinnen und Arbeitern zum Ballhausplatz. Den Weg dorthin mußten sie sich frei bahnen, indem sie entschlossen die Polizeiketten und -barrikaden durchbrachen. Besonders in der Löwelstraße vor dem Ballhausplatz hatte die Polizei mit Mannschaftswagen und Lastwagen eine hohe Barrikade gebildet, alle Tore des Volksgartens geschlossen und am Minoritenplatz einen Wasserwerfer postiert. Doch die Arbeiterinnen und Arbeiter durchbrachen alle Sperren, überkletterten Barrieren und Gatter und setzten auch den Wasserwerfer rasch außer Gefecht. Direkt am Ballhausplatz begannen sie eine machtvolle Kundgebung.

Als die Kundgebung vor dem Regierungssitz begann, war die Ministerratssitzung allerdings schon längst vorüber, in der das Abkommen beschlossen wurde. "Vorsichtshalber" hatte man sie einfach vorverlegt. Der Bundeskanzler (Figl) weigerte sich, "unter dem Druck der Straße" eine Delegation von Betriebsräten zu empfangen. Auf der Kundgebung selbst sprachen KPÖ-Redner, welche den Preistreiberpakt anprangerten und die Bedeutung der Demonstration als einen "**Auftakt zu ernsten großen Kämpfen** um Lohn und Brot" hervorhoben (siehe VS, 27.9.1950).

Nach Abschluß der Kundgebung zog die Demonstration zum Sitz des ÖGB in der Ho-

henstaufengasse. Denn am gleichen Tag sollte die Vorständekonferenz des ÖGB das Lohnraub-Abkommen absegnen. Die Sitzung fand jedoch nicht im Haus des ÖGB, sondern - ebenfalls "vorsichtshalber" - im Haus der Gewerkschaft der Lebens- und Genußmittelarbeiter statt....

Am 27.9. wurde in Wien **weitergestreikt**. Es wurden Bezirksstreikkomitees organisiert, um die Aktionen der Arbeiterinnen und Arbeiter eines ganzen Bezirks besser koordinieren zu können.

Vorbildlich stand die Streikfront der **Stadlauer** Arbeiterschaft. Alle 6 größeren Betriebe standen im Streik. Energisch wurde auf die Ausweitung der Streikbewegung in Richtung auf einen Generalstreik hingearbeitet. Es wurden auch Aktionen gesetzt, um den Verkehr, die Stromversorgung sowie öffentliche Einrichtungen lahmzulegen. Das Postamt mußte auf Grund des Druckes der Streikenden geschlossen werden. Die Brükke der Roten Armee (heute Reichsbrücke) war bis zum späten Nachmittag gesperrt. Arbeiter aus Stadlau nahmen an der von den Streikleitungen mehrerer Bezirke koordinierten Besetzung des E-Werkes Engerthstraße im 20.Bezirk teil. 600 Streikende, besonders von Siemens in Floridsdorf und Waagner-Biro in Stadlau erreichten die Stillegung des E-Werks.

An diesem Tag wurden in Wien Dutzende Straßen, Plätze und Brücken blockiert, vier Bahnhöfe besetzt (allerdings nicht die Kopfbahnhöfe) und drei Straßenbahnhöfe blockiert. Mindestens 14 Straßenbahnlinien waren zeitweise oder gänzlich stillgelegt, im 2., 10., 20. ud 22.Bezirk wurde der Straßenbahnverkehr überhaupt eingestellt.



Wien: Mit langen Latten von einer nahen Baustelle, mit denen der Durchbruch auf den Ballhausplatz gelang (Bild oben), wird der Wasserwerfer der Polizei angegriffen (Bild unten).



In Niederösterreich

Praktisch alle großen Industriegebiete Niederösterreichs standen am 26.September im Zeichen der mächtigsten Arbeiterdemonstrationen, die seit Jahrzehnten stattgefunden hatten.

- In Neunkirchen und Wiener Neustadt streikten sämtliche Betriebe. Das ungeheure Gewicht der Großbetriebe zeigte sich besonders an den vorbildlichen Aktionen der Arbeiterschaft von **Schoeller-Bleckmann** und der **Rax-Werke**, mit denen die Belegschaften der anderen, kleine-

Vorbildliche Aktionen in Neunkirchen und Wiener Neustadt

"In einer großen Betriebsversammlung beschlossen die Arbeiter von **Schoeller-Bleckmann** den Streik und wandten sich an die Belegschaft von **Semperit** in **Wimpassing**. Diese beiden größten Betriebe Niederösterreichs marschierten dann geschlossen nach Neunkirchen.

Ihnen schlossen sich die Arbeiter der Spinnerei **Rohrbach** und der Schraubenfabrik **Brevillier u. Urban** an. Die streikenden Arbeiter, denen sich weitere kleinere Betriebe angeschlossen hatten, marschierten zur Bezirkshauptmannschaft, wo **eine mächtige Demonstration** stattfand und eine Delegation gewählt wurde, die sich sofort zum **Ministerrat nach Wien** begab." (Volksstimme, 27.9.1950)

Wiener Neustadt wiederum gab ein Beispiel durch die sofortige Wahl eines **zentralen Streikkomitees:**

"Die Arbeiter des **Rax-Werkes**, der beiden **Spinnereien Wallek**, der **Radiatorenfabrik**, der **Strumpffabrik Mayer**, der **Lichtenwörther Maschinenfabrik**, der **Pappenfabrik**, der **Gießerei Nemetz**, verschiedener **Baubetriebe**, die Angestellten der **Krankenkasse**, des **Kaufhauses Riha** und die Belegschaften vieler kleinerer Betriebe zogen zum Platz vor dem Rathaus zu einer **mächtigen Demonstration**, an der mehr als 7000 Arbeiter teilnahmen.

Bei der Kundgebung wurde ein **zentrales Streikkomitee gewählt**, dem Vertreter aller streikenden Betriebe angehören." (Ebenda)

Dieses Streikkomitee trat auch sogleich in Aktion, indem es zur Stillegung der Eisenbahn aufrief:

"Das Streikkomitee rief die Demonstranten auf, den Bahnhof zu besetzen, um auch die Eisenbahner in den Kampf gegen den Preistreiberpakt einzubeziehen.

Geschlossen marschierten die tausenden Demonstranten zum Bahnhof und überfluteten dort das Gelände.

Die Züge wurden aufgehalten und die Eisenbahner löschten das Feuer in den Lokomotiven. *Die gesamte Südbahnstrecke war stillgelegt.*

Streikposten sogten dafür, daß der Bahnverkehr weiter eingestellt blieb.

Die Demonstranten marschierten dann zum städtischen Gaswerk, wo sich die **Gasarbeiter solidarisch** erklärten. Auch die Angestellten des **Finanzamtes** schlossen sich den Demonstranten an."

(VS, 26.9.1950)



Die Wiener Neustädter Arbeiterinnen und Arbeiter marschieren in einem mächtigen Demonstrationszug zum Hauptplatz

ren Betriebe für den Streik gewonnen wurden.

- Alle Erdölarbeiter Niederösterreichs waren in den Streik getreten, auch in Krems hatten alle Betriebe bis auf einen die Arbeit niedergelegt;

- Am Nachmittag des 26.9. zogen tausende streikende Arbeiter Sankt Pöltens vor das Gewerkschaftshaus. An der Demonstration nahmen auch Betriebsbelegschaften aus dem Bezirk und Arbeiterdelegationen aus dem Traisental teil. Streikende Arbeiter hatten zusammen mit Hausfrauen **den Hauptbahnhof** besetzt und dadurch den Zugverkehr der Westbahn in beiden Richtungen (vorübergehend) stillgelegt. - Das war eine wichtige Maßnahme. Denn die Wirkung einer allgemeinen Streikbewegung wird erheblich gedämpft, wenn der Verkehr ungehindert weitergehen würde.

In der Steiermark

Auch in der Steiermark hatte der Preistreiberpakt heftige Proteste und die Nachrichten von der großen Streikbewegung in Wien und Niederösterreich sowie in Oberösterreich ein starkes Echo ausgelöst. Gleich am 26.September erklärten die Belegschaften bzw. ihre Vertreter in Versammlungen und Resolutionen ihre Kampfbereitschaft. So bei den Grazer Puchwerken und der Hütte Donawitz usw. Z.B. lehnten 300 Vertrauensleute aller städtischen Betriebe von Graz auf einer Vertrauensleutekonferenz einstimmig den Raubpakt ab. Es wurde ein provisorisches Streikkomitee gewählt.

Die Belegschaft der Maschinenfabrik Andritz in Graz legte am Morgen des 26.9. kurzfristig die Arbeit nieder, ebenso in der Waggonfabrik (Simmering-Graz-Pauker-Werke).

Eine breite Streikbewegung kam in der Steiermark jedoch **langsamer** in Gang als in Ober- und Niederösterreich. Zum Beispiel ergab eine Abstimmung im Arbeiterbetriebsrat der Hütte Donawitz, wo die KPÖ über die Mehrheit der Mandate verfügte, am 26.9. ein Votum **für** den Streik, doch wurde an diesem Tag noch nicht gestreikt.

Die gleiche machtvolle Kampfbewegung wie in Wien, Niederösterreich und Oberösterreich setzte in der Steiermark jedoch am folgenden Tag ein. Am Morgen des 27.9. traten die Belegschaften alle Grazer Großbetriebe, Puch, Waagner Biro, Waggonfabrik und Maschinenfabrik Andritz usw., in den Streik.

In Graz wurde als erster Höhepunkt der Bewegung am 27.9. ein Sternmarsch der Arbeiterinnen und Arbeiter der Großbetriebe in die Innenstadt durchgeführt. 15.000 bis 20.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aller Großbetriebe und vieler Klein- und Mittelbetriebe sammelten sich auf dem Freiheitsplatz zu einer großen Kundgebung gegen das Lohnraubabkommen.

In Donawitz gab es am Mittwoch, 27.9., nur einen kurzfristigen Streik, aber schon am folgenden Tag wurde der allgemeine Streik begonnen.

Der Sternmarsch in Graz

"In der Steiermark hat gestern früh eine große Streikbewegung eingesetzt, die bereits zahlreiche Großbetriebe des Landes erfaßt hat. Alle Grazer Großbetriebe legten bereits in der Früh die Arbeit nieder. In den steirischen Fabriken formierten sich Demonstrationszüge der Arbeiter: von den Puch-Werken, von der Andritzer Maschinenfabrik, der Göstinger Glasfabrik, der Weizer Waggonfabrik, der Andritzer Papierfabrik, von Waagner-Biro und der großen Schuhfabrik Humanic.

Dem gewaltigen Zug, der von den Außenbezirken in die Innenstadt zum Rathaus führte, schlossen sich auf dem Weg die Belegschaften zahlreicher kleinerer Betriebe an. Den Weizern versuchte ein starkes Polizeiaufgebot mit Überfallswagen den Weg zu versperren. Der Kordon wude jedoch durchbrochen und die Arbeiter setzten ihren Marsch fort.

Auch den in Zwanzigerreihen marschierenden Puch-Arbeitern versuchte sich die Polizei am Griesplatz entgegenzustellen. Aber die Arbeiter durchbrachen die Polizeikette..."

(Aus: Volksstimme, 28.9.1950)

In den anderen Bundesländern

Salzburg: In Hallein, einer der wenigen größeren Industriestädte des Bundeslandes, traten am 28.9. die Betriebe in den Streik und führten eine Kundgebung auf dem Stadtplatz durch. Insgesamt zirka 4.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Zellulosefabrik, von Friedmann & Maier und der Saline Hallein und anderen Betrieben marschierten unter den Losungen "Weg mit dem Schandpakt!" und "Weg mit dem Verräter Böhm!".

Eine wichtige Rolle spielten in Salzburg die 4.000 Arbeiter der Kraftwerksbaustelle Kaprun. Am 27.September beschlossen die Betriebsräte der ARGE Kaprun und der Tauernkraftwerke eine Resolution gegen das 4. "Lohn-Preis-Abkommen", die auf nachfolgenden Baustellenversammlungen bekräftigt wurde. Am 28.9. trat eine der Baustellen mit 600 Mann in den Streik.

Auch in den übrigen Bundesländern sprachen sich die Belegschaften vor allem der größeren Betriebe vielfach gegen den Preistreiberpakt aus. In **Tirol** zum Beispiel die Belegschaft der AEG Union in Innsbruck und der Betriebsrat der Jenbacher Werke. In verschiedenen Betrieben **Vorarlbergs**, in Dornbirn, Bregenz, Lochau und Lorüns wurden Protestresolutionen gegen den Preistreiberpakt angenommen.

Insgesamt war die Streikbewegung in den westlichen Bundesländern schwächer, weil sich die wichtigsten und größten industriellen Gebiete und Zentren Österreichs, vor allem die Schwerindustrie, in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Wien befinden.

Aus der Resolution der Protestkundgebung in Hallein am 27.September 1950

"Wir bei der Protestkundgebung versammelten Halleiner Arbeiter und Angestellten, Vertrauensleute und Betriebsräte lehnen mit aller Kraft den vierten Lohn- und Preispakt ab. Wir sind entschlossen, uns allen Betrieben, die bereits im Kampf gegen diesen Schandpakt stehen, anzuschließen.

Dieses Schandabkommen wurde ohne Befragung der Arbeiter hinter verschlossenen Türen vom Präsidenten des ÖGB Böhm unterzeichnet. Funktionäre des ÖGB, welche gegen die Interessen der Arbeiter handeln, können nicht länger an der Spitze unserer Gewerkschaft stehen. **Wir fordern den Rücktritt Böhms!** Ebenso fordern wir den Rücktritt jener Mitglieder der Halleiner Gewerkschaftsleitung, die für dieses Schandabkommen eintraten und die Arbeiterschaft in ihrem Kampf hindern wollten...

Ein **Streikkomitee**, zusammengesetzt aus Vertretern aller wichtigen Betriebe Halleins, soll bei Arbeitsniederlegung den Streik führen."



Verabschiedung einer Protestresolution gegen den Lohnraubpakt

DER VERHÄNGNISVOLLE BESCHLUSS, DEN STREIK VORÜBERGEHEND ABZUBRECHEN

Bei der Einschätzung des Oktoberstreiks und seiner Lehren gibt es einen Schlüsselpunkt, der für diese mächtige Streikbewegung von sehr weitreichender Bedeutung war: Das war der Beschluß der KPÖ-Führung, die Einberufung einer *gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz* zu unterstützen, bis zu deren Beschlüssen jedoch *zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzurufen*, also den Massenstreik bis dahin *abzubrechen*.

Am Dienstag, dem 26. und Mittwoch, dem 27.September stand das wirtschaftliche und politische Leben in Österreich im Zeichen von machtvollen Streiks und Demonstrationen gegen das 4. "Lohn-Preis-Abkommen".

Allerdings, es waren **nicht sofort alle** großen Betriebe in den Streik getreten. Die Belegschaften der steirischen Industriebezirke begannen sich im wesentlichen erst am zweiten Streiktag einzureihen. Viele Betriebe protestierten zwar in Resolutionen und Telegrammen an die Regierung und an den ÖGB gegen den Raubpakt, streikten aber (noch) nicht. Zahlreiche andere, vor allem mittlere und kleine Betriebe waren praktisch noch nicht einbezogen.

In dieser Situation trat die Führung der KPÖ dafür ein, den Streik vorübergehend zu **unterbrechen**. Der Arbeiterschaft wurde dies in Form einer von der KPÖ-Führung unterstützten **Initiative der Betriebsräte von Liesing-Atzgersdorf zur Einberufung einer gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz** unterbreitet.

Die Resolution der Betriebsrätekonferenz des Industriebezirks Liesing-Atzgersdorf zur Einberufung einer gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz

Die österreichischen Arbeiter und Angestellten haben mit überwältigender Mehrheit den Preistreiberpakt, der von den Unterhändlern der Unternehmer und des Parteivorstandes der SPÖ ausgearbeitet wurde, abgelehnt. Trotzdem hat die Regierung diesen Pakt gegen das Volk beschlossen, und haben die SPÖ-Spitzenfunktionäre auf der Vorständekonferenz der Gewerkschaft ihre Zustimmung zu ihm gegeben.

Sie glauben, daß die österreichischen Arbeiter und Angestellten es mit den gewaltigen Streiks und Kundgebungen, die Dienstag und Mittwoch in Wien und in den Bundesländern stattgefunden haben, bewenden lassen werden und geduldig das Schicksal hinnehmen, das man ihnen bereiten will.

Die gewaltige Bewegung, in ganz Österreich, die am Dienstag und Mittwoch aus Empörung über den Schandpakt ausgebrochen ist, hat die Kraft der einheitlichen Arbeiterschaft gezeigt.

Um diese große Kraft noch einheitlicher und erfolgreicher einzusetzen, sind gemeinsame Beschlüsse der Arbeiter und Angestellten der österreichischen Betriebe notwendig.

Aus diesem Grund beschließt die heute tagende Betriebsrätekonferenz des Industriebezirkes von Liesing-Atzgersdorf die

Einberufung einer gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz für Samstag, den 30.September, um 13 Uhr nach Wien

und wendet sich an die Betriebsräte der Wiener Arbeiterbezirke sowie an die österreichischen Großbetriebe, diese Initiative zu unterstützen.

Schließlich fordert die Konferenz die österreichische Arbeiterschaft auf, die große österreichische Betriebsrätekonferenz, die alle weiteren Kampfmaßnahmen beschließen und einen einheitlichen Kampf aller Arbeiter ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit organisieren wird, ***abzuwarten, und bis dahin die Arbeit wieder aufzunehmen.***

(Aus: Volksstimme, 28.9.1950)

Die entscheidenden Punkte der Resolution sind also:

1) Um die Kampfkraft der Streikbewegung **einheitlicher** zu entfalten, ist eine gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz notwendig, die alle weiteren Kampfmaßnahmen beschließen soll;

2) Die Arbeiterschaft solle diese Konferenz jetzt abwarten und bis dahin die Arbeit wieder aufnehmen.

In einem Kommentar der "Volksstimme" vom 28.9.1950 wird dafür folgende Begründung gegeben:

> "Der erste Stoß hat nicht genügt, um den entscheidenden Erfolg zu bringen, den die überwältigende Mehrheit des arbeitenden Volkes in Österreich herbeisehnt. Viele zehntausende sozialistische und parteilose Arbeiter sind gemeinsam mit ihren kommunistischen Genossen in Aktion getreten, aber viele verhielten sich noch abwartend, unterschätzten die eigene Klassenkraft, hatten die langjährige, von der SP-Führung ausgehende Lähmung noch nicht überwunden. Für sie ist ein solcher großer Klassenkampf, gegen die reaktionäre Politik der SP-Führung und gegen die Weisungen der SP- und VP-Fraktion im Gewerkschaftsbund, noch zu ungewohnt. Sie verfluchten zwar den Preistreiberpakt, aber sie sind sich noch nicht bewußt, daß die Arbeiterschaft in Österreich unbesiegbar ist, wenn sie sich in ihrer ganzen Größe erhebt. Dadurch ergaben sich Ungleichmäßigkeiten in der Entwicklung der Kampfaktionen, und nichts wäre dem Klassenfeind willkommener gewesen, als wenn der im Kampf stehende Teil der Arbeiterschaft in seinem großartigen Elan die Verbindung mit den noch zögernden, noch von Widersprüchen hin- und hergezogenen Arbeitern verlieren würde, und wenn es dadurch zwar zu einer Radikalisierung, aber nicht zu einer wesentlichen Verbreiterung der Kämpfe käme."
> (VS, 28.9.1950)

Über den ersten Punkt, die Zweckmäßigkeit der Einberufung einer gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz, braucht nicht diskutiert zu werden. Ein solcher Beschluß war völlig richtig und notwendig.* Unzweifelhaft ist auch die Feststellung der Tatsache von Ungleichmäßigkeiten in der Entwicklung der Streikbewegung. Völlig falsch und geradezu verhängnisvoll war jedoch die daraus gezogene **Schlußfolgerung**, den Streik bis zu entsprechenden Beschlüssen der Konferenz **abzubrechen**.

* Falsch ist in einem solchen Kampf die weitgehende Konzentration auf die Betriebsräte, bei der die Delegierten der betrieblichen Streik- und Kampfkomitees, soferne sie nicht Betriebsratsrang hatten, faktisch in die zweite Reihe gestellt wurden. Tatsächlich nahmen an der "Betriebsrätekonferenz" dann aber auch solche Delegierte teil, die dort sogar zu den entschlossensten Vertretern der Arbeiterinteressen zählten.

In der KPÖ war damals tatsächlich die Avantgarde der österreichischen Arbeiterklasse organisiert. Die KPÖ war berufen, entschlossen den Klassenkampf des Proletariats zu leiten. Was die KPÖ in dieser Situation jedoch unternahm, wurde von der **Klasse**, bzw. ihren klassenkämpferisch aktivsten Elementen, **nicht verstanden, und konnte auch nicht verstanden werden.** Da war endlich, endlich einmal eine mächtige Kampfbewegung der Arbeiterschaft in Gang gekommen, welche wunderbare Ansätze für die Schmiedung der Einheitsfront der kommunistischen mit den sozialistischen, christlichen und parteilosen Arbeiterinnen und Arbeitern enthielt, und in welcher der KPÖ praktisch die Führung inne hatte. Wie aber übte die Leitung der KPÖ diese Führung aus? Derart, daß sie schon nach 48 Stunden den Beschluß faßte, zur vorläufigen Wiederaufnahme der Arbeit aufzurufen, den Streik also abzubrechen - mit dem Hinweis auf die gesamtösterreichische Betriebsräte-Konferenz, die bei Fortsetzung und Verbreiterung der Streikbewegung natürlich unvergleichlich **mehr** Kraft und Autorität gehabt hätte.

Wohlgemerkt: Der Aufruf zur vorläufigen Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte **nicht** in einer Situation durchgängiger Stagnation oder gar eines generellen Abbröckelns der Bewegung, sondern in einer Phase **anwachsender Empörung** der Massen, in einer Situation voll unausgeschöpfter Möglichkeiten, von der die Parteiführung später selber sagte, daß "die reale Möglichkeit bestand, die Bewegung weiter auszudehnen und zu verbreitern" (15.Parteitag).

Nicht nur bei breiten Arbeitermassen, sondern auch an der Parteibasis stieß dieser Beschluß auf breites Unverständnis. Die Versuche der Parteiführung, die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, stießen folglich auf starke Widerstände, zum Teil auch auf wütende Proteste in den Betrieben, zum Teil blieb die Aufforderung zur Arbeitsaufnahme (zunächst) ganz wirkungslos: Es wurde dennoch weitergestreikt - **gegen** die Empfehlungen der KPÖ-Führung! Andere Belegschaften waren erst am 28.9. soweit, den Streik zu beginnen, eben an dem Tag, als die KPÖ-Führung ihn auszusetzen empfahl!

Oberösterreich: In ganz Oberösterreich standen am Donnerstag, dem 28.,September, 43 Betriebe im Streik, davon allein 24 im Bezirk Steyr.

- Die in Linz am 27.9. abgehaltene Betriebsrätekonferenz beschloß, sich der Initiative für die Einberufung der Betriebsrätekonferenz in Wien anzuschließen, aber **den Streik fortzusetzen**. Als einziger größerer Betrieb nahmen die Stickstoffwerke die Arbeit wieder auf.

– In Steyr stand die Streikfront nach wie vor vorbildlich. Am Freitag, 29.9. wurde in den Steyrwerken eine Vollversammlung der streikenden Steyrer Betriebe abgehalten, an der auch 500 Streikende aus anderen Betrieben teilnahmen. Deutlich wie selten sonst zeigte sich damit die Einheitlichkeit der Arbeiterschaft einer ganzen Stadt und die Rolle des größten Betriebes als Kraftquelle und Rückgrat des Kampfes.

Noch am 28.9. waren in Oberösterreich ein Reihe weiterer Betriebe überhaupt erst in den Streik getreten. Z.B. hatten die Arbeiter der Oberösterreichischen Kraftwerke in Gmunden beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Ebenso die Kleinmünchner Spinnerei, die Papierfabrik Nettingsdorf und sämtliche Trauner Betriebe.

In den Aluminiumwerken Ranshofen nahm die Bewegung erst am 29.9. vollen Aufschwung. Trotz aller möglichen Absprachen und Tricks der SP- und VdU-Betriebsräte* stimmten in einer Vollversammlung von den 1.800 Beschäftigten nur 14 gegen eine Demonstration in die Bezirksstadt Braunau (die für den nächsten Tag angesetzte Demonstration wurde von der Gendarmerie verhindert, die in das Werk einrückte).

Wien: In einigen Wiener Bezirken, so im 21. und 22. Bezirk, wollten die Streikenden am 28.9. von einer Unterbrechung nichts wissen. So lehnten die Arbeiter von Waagner-Biro auf einer Betriebsversammlung mit einer Mehrheit von 80 Prozent die Beendigung des Streiks ab. Wieder fuhren Gruppen von Arbeitern auf LKW herum und agitierten für den Streik. – In der sowjetischen Zone Wiens stand ein Großteil der wichtigsten Betriebe, auch der Nicht-USIA-Betriebe, weiter im Streik.

Noch am Freitag, dem 29.September 1950 meldete die "Volksstimme", daß sich zahlreiche neue Betriebe der Streikbewegung und dem Protest gegen den Preistreiberpakt angeschlossen hatten, so zum Beispiel Brown Boveri in Favoriten.

Auch in **Niederösterreich**, dessen Arbeiterschaft sich von Anfang an energisch an der Streikbewegung beteiligte, wollten die Streikenden vielfach von einer Streikunterbrechung nichts wissen. Führende KPÖ-Funktionäre wurden in den Betrieben ausgebuht und beschimpft, als sie für die Wiederaufnahme der Arbeit eintraten. Die Arbeit wurde in manchen Fällen nicht deshalb aufgenommen, weil die Arbeiterinnen und Arbeiter von der Notwendigkeit der Streikunterbrechung überzeugt waren, sondern weil sie wußten, daß sie allein nicht weiterstreiken konnten.

Fest steht, daß der Unterbrechungsbeschluß dem Oktoberstreik außerordentlich viel Kraft und Schwung genommen hat. Die Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen, war in der "Volksstimme" mit der Gefahr begründet worden, daß der im Kampf stehende Teil der Arbeiterschaft die Verbindung mit den noch zögernden, noch hin- und herschwankenden Arbeiterinnen und Arbeitern verlieren würde. Doch **genau das**, was durch die Unterbrechung vermieden werden sollte, wurde durch sie **beschleunigt**. Die Voraussetzungen für die Bildung einer breiteren Kampffront gegen das "Lohn-Preis-Abkommen" hatten sich durch die Unterbrechung wesentlich **verschlechtert**.

(Wir werden im Schlußteil auf die Hintergründe und Folgen dieser katastrophalen Fehlentscheidung zurückkommen.)

* VdU ("Verband der Unabhängigen") war die Vorläuferorganisation der FPÖ.

Wichtige Artikel der ROTEN FAHNE über Streikkämpfe:

Der Kampf der Rax-Werk-Arbeiter und das Problem der Verstaatlichung
(RF 31, 1965, abgedruckt auch im Sammelband: Dokumente des Kampfes UM DIE BEWUSSTMACHUNG UND REVOLUTIONIERUNG DER ARBEITERKLASSE, hrgg. vom ZK der MLPÖ, 1989.

Am Beispiel der Böhler-Arbeiter
RF 145, 1973, abgedruckt auch im Sammelband: Dokumente des Kampfes...., s.o.

Zum Streikkampf um die 35-Stunden-Woche in Westdeutschland (Mai bis Juli 1984)
RF 216, 1985

Der heldenhafte Kampf der englischen Bergarbeiter
RF 217, 1985

DIE GESAMTÖSTERREICHISCHE BETRIEBSRÄTEKONFERENZ

Der Aufruf zur Einberufung der Gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz wurde in den streikenden und auch in anderen Betrieben breit unterstützt. Aus Wien und den Bundesländern trafen vorher schon viele Unterstützungserklärungen ein und Delegationen wurden bestimmt. Eine Konferenz der Betriebsräte der Ortsgruppe Floridsdorf-Stadlau des Berg- und Metallarbeiterverbandes hatte am 28.9. einstimmig beschlossen, als Einberufer und Gastgeber der Betriebsrätekonferenz zu fungieren, die am 30.9. in der großen Montagehalle der Floridsdorfer Lokomotivfabrik stattfand.



SPÖ- und ÖGB-Führung richteten ein wütendes Sperrfeuer gegen die Konferenz. Der ÖGB veröffentlichte einen Aufruf gegen die "Schwindelkonferenz der Kommunisten", die als "eine rein kommunistisch-faschistische Angelegenheit" (!!) bezeichnet wurde. Darin wurde erklärt, daß weder der ÖGB noch eine seiner Gewerkschaften die Konferenz einberufen hätten. "Einige Anhänger der KP" hätten dieses "Täuschungsmanöver" aufgezogen. Der ÖGB forderte dazu auf, der Konferenz fernzubleiben, "da die Beschlüsse dieser Konferenz keine Geltung haben können und eine Teilnahme daher zwecklos ist." (AZ, 30.9.). Die von auswärts ankommenden Delegierten wurden schon an den Bahnhöfen mit Flugblättern gegen die Kampfbewegung und mit Lautsprecherwagen "empfangen", die verkündeten, die Konferenz sei abgesagt.

2417 Betriebsräte und Delegierte der Streikkomitees versammelten sich am Samstag, dem 30.September, um 13 Uhr in der Halle. Den Vorsitz führte der sozialistische Obmann der Ortsgruppe der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter. Mit der Bekanntgabe der Teilnehmerzahl teilte er mit, daß 8 bis 10 Prozent der Anwesenden keine Betriebsräte waren. Da sie jedoch Delegierte von Streikkomitees waren, hatten sie selbstverständlich uneingeschränktes Recht zur Teilnahme und Mitwirkung.

Auf der Konferenz waren auch ca. 800 SP-Betriebsräte vertreten. Diese nahmen aber oft nur weitgehend passiv teil, griffen in die Diskussion nicht ein und waren mehr in der Position von Beobachtern. Nicht selten waren sie nur gekommen, um nicht das Gesicht vor den kämpferischen Belegschaften zu verlieren.

Klenner erklärte in seiner Hetzschrift "Putschversuch oder nicht?" (1951), daß es in ganz Österreich rund 35.000 gewählte Betriebsräte und Vertrauensleute gegeben habe und daher bestenfalls zwei bis drei Prozent der Betriebsräte an der Konferenz teilgenommen hätten (S.48). Das war schon deshalb eine rein demagogische Prozentrechnung, weil aus vielen Betrieben natürlich nicht alle Betriebsräte teilnahmen, sondern nur eine Delegation entsandt wurde.

Wesentlich ist, daß aus allen industriellen Zentren Österreichs und aus fast allen Großbetrieben Vertreter anwesend waren, die in den Tagen vorher in Hunderten von Betriebsversammlungen gewählt worden waren. Aus einigen Städten wie Linz und Graz hatten sämtliche Großbetriebe Vertreterinnen und Vertreter zu diesem "Parlament der Betriebe" entsandt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten am Eingang die Betriebsrätelegitimation der Gewerkschaft oder die Vollmacht eines Streikkomitees vorzuweisen und Name und Betrieb schriftlich bekanntzugeben. Den auftauchenden Polizeiorganen wurde der Einlaß verweigert.

Nach der Eröffnung durch den Betriebsrat Czernobila als Vertreter der Ortsgruppe Floridsdorf-Stadlau des Berg- und Metallarbeiterverbandes, die als Einberufer und Gastgeber zeichnete, erstattete Betriebsrat Schmidt* von den

* Während der Vorsitzende der Konferenz ein der SPÖ angehörender Gewerkschaftsfunktionär war, gehörten die Betriebsräte Czernobila und E.Schmidt der KPÖ an.

Fiat-Werken in Floridsdorf den Bericht über den "Lohn-Preis-Pakt". Daran schloß sich eine dreistündige Debatte, an der sich Betriebsräte der wichtigsten Großbetriebe und Vertreter aller Bundesländer beteiligten. Zum Schluß wurde einmütig die Erklärung der Betriebsrätekonferenz mit den Forderungen und dem Ultimatum an die Regierung sowie ein Aufruf an die Bevölkerung verabschiedet. Zur Durchführung der Konferenzbeschlüsse wurde die Exekutive der österreichischen Betriebsrätekonferenz gewählt.

Wie sind die Ergebnisse der Betriebsrätekonferenz einzuschätzen?

An den Forderungen der Betriebsräte-Konferenz fällt vor allem auf, daß sie sich völlig auf den rein ökonomischen Bereich beschränken. Diese Beschränkung hat es zweifellos sehr erleichtert, der Konferenz das Bild völliger Einmütigkeit zu verschaffen, jedoch um den Preis und nach einer Methodik, die gleicherweise unakzeptabel sind. Die Forderungen lauteten im Einzelnen:

1. Zurückziehung der Preiserhöhungen oder Verdoppelung der im Abkommen vorgesehenen Erhöhung der Löhne, Gehälter, Pensionen, Renten, Kinderzulagen usw. bei voller Steuerfreiheit für die gesamten Erhöhungen.

2. Keinerlei weitere Preiserhöhungen - gesetzlicher Preisstopp.

Fortsetzung auf Seite 30

Die Erklärung der Betriebsrätekonferenz

Österreichs Arbeiter haben in den letzten Tagen durch hunderte Streiks, Demonstrationen, Protestkundgebungen und Resolutionen in fast allen größeren Betrieben Österreichs eindeutig und einmütig bewiesen, daß sie den Preistreiberpakt auf das entschiedenste ablehnen.

Noch niemals hat es eine Frage gegeben, in der alle Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit so eines Sinnes waren, wie in der entschlossenen Ablehnung dieses Anschlages auf ihre Lebensinteressen.

Mehr noch, es ist nicht übertrieben, wenn wir sagen, daß das ganze arbeitende Volk einer Meinung ist, daß die kleinen Kaufleute, die Handwerker und die Intelligenzler voll Sympathien auf Seite der Arbeiterschaft stehen.

Wir treten daher als bevollmächtigte Sprecher aller Arbeiter und Angestellten, aller kleinen Leute auf, wenn wir der Regierung folgende

Forderungen

übermitteln und auf das entschiedenste auf ihrer raschen Durchführung bestehen:

1. Zurückziehung der Preiserhöhungen oder Verdoppelung der im Abkommen vorgesehenen Erhöhung der Löhne, Gehälter, Pensionen, Renten, Kinderzulagen usw. bei voller Steuerfreiheit für die gesamten Erhöhungen.

2. Keinerlei weitere Preiserhöhungen - gesetzlicher Preisstop.

3. Keine weitere Schillingabwertung.

Wir verlangen, daß die Regierung unverzüglich zu diesen Forderungen, hinter denen das werktätige Volk Österreichs steht, Stellung nimmt. Wir fordern die Arbeiter und Angestellten ganz Österreichs auf, die

Antwort der Regierung bis Dienstag, den 3.Oktober abzuwarten.

Wir fordern gleichzeitig alle österreichischen Arbeiter und Angestellten auf, falls die Regierung nicht bis spätestens Dienstag auf unsere Forderungen positiv antwortet und eine solche positive Antwort durch die Exekutive der österreichischen Betriebsrätekonferenz über die Rundfunksender nicht mitgeteilt wird -

ohne weitere Aufforderung am Mittwoch den Streik in ganz Österreich zu beginnen.

Wir wenden uns gleichzeitig an die Spitzenfunktionäre der österreichischen Gewerkschaften, wir fordern sie zur Besinnung auf, wir rufen ihnen mit allem Nachdruck zu: Handelt als Vertreter derjenigen, die euch gewählt haben, vertretet unsere Interessen und nicht diejenigen der Unternehmer und der Regierung, macht die Forderungen der Arbeiterschaft zu euren! Die Arbeiter und Angestellten werden euch **nach euren Handlungen** beurteilen.

Fortsetzung gegenüber

Fortsetzung von voriger Seite

Wir sind genötigt, diese Konferenz abzuhalten, weil die Gewerkschaftsspitzen sich über alle Regeln der Gewerkschaftsdemokratie hinweggesetzt haben.

Wir unterstreichen, daß wir die Gewerkschaften nicht antasten lassen, wir wollen, daß sie wieder zu wirklichen Interessenvertretern der Arbeiter und Angestellten werden.

Gleichzeitig verlangen wir im Namen der kämpfenden Arbeiter und Angestellten, daß die Gewerkschaften aus den großen Streikfonds, die durch die Beiträge der Mitglieder geschaffen wurden, die

Streikunterstützung für alle Streiktage ausbezahlen.

Arbeiter, Angestellte, Werktätige der Fabriken und der Dienststellen, Eisenbahner, Straßenbahner!

Seid euch dessen bewußt, daß wir in einem großen und gerechten Kampf stehen.

Seid euch dessen bewußt, daß von der Standhaftigkeit und der Entschlossenheit der Arbeiterschaft, ihrer Vertrauensmänner und Betriebsräte der Erfolg dieses Kampfes bestimmt wird.

Seid euch dessen bewußt, daß wir unter allen Umständen **eines** brauchen: das gemeinsame Handeln. Es mag jeder über politische oder sonstige Fragen denken wie er will, in **einem** Punkt sind wir alle einig: **der Preistreiberpakt muß fallen!**

Wir rufen deswegen allen arbeitenden Menschen zu: Gebt unseren gemeinsamen Forderungen schon in den nächsten Tagen durch eure Geschlossenheit den notwendigen Nachdruck,

laßt euch nicht verwirren und durcheinanderbringen,

tretet, wenn es notwendig sein sollte, am Mittwoch geschlossen in den Kampf! Wenn die Regierung auf ihrem schändlichen Beschluß beharrt, dann soll sie die Antwort heute schon wissen:

Am Mittwoch Streik in allen Betrieben!

Wuchtige und disziplinierte Arbeiterdemonstrationen in allen Orten Österreichs!

Wir lieben unsere Arbeit und unsere Arbeitsstätten, wir lieben unser Land, wir sind unerschütterliche Anhänger und Verfechter der Demokratie. Gerade deswegen können und werden wir dem Hungerpakt nicht zustimmen. Man gebe uns unser Recht - oder wir müssen es erkämpfen.

Arbeiter und Angestellte, Vertrauensmänner und Betriebsräte! **Hört in den kommenden Tagen nur auf die Weisungen und Beschlüsse der auf der großen österreichischen Betriebsrätekonferenz gewählten Exekutive der Betriebsräte**, hört nicht auf die Verwirrungsmanöver der Regierung und der Gewerkschaftsspitzen, die sich selbst von der Arbeiterschaft abgewendet haben. Weder Lüge noch Provokation darf die Einheit, die Würde und die Disziplin der arbeitenden Klasse stören.

Unsere Sache ist gerecht, sie ist die Sache des Volkes, sie wird siegen.

(Aus: Volksstimme, 1.10.1950)



Arbeiter lesen die Kundmachung der Gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz

Fortsetzung von Seite 28

3. Keine weitere Schillingabwertung.

Politische Forderungen blieben ausgeklammert. Die im Aufruf enthaltene Losung "Der Preistreiberpakt muß fallen!" wurde nur unter diesem Aspekt gesehen. Von den politischen Zusammenhängen der Lohnraubpolitik, von den Gründen und Urhebern des "Lohn-Preis-Pakts", von der Politik der SPÖ- und ÖGB-Führung im Dienste der Kapitalsanierung, vom Einfluß des Marshall-Plans usw. wurde nicht gesprochen.*

Auf der Konferenz gab es auch Stimmen gegen die ÖGB-Führung, welche die große Streikbewegung ja mit allen Mitteln bekämpfte und verunglimpfte. Zwischenrufe, welche die Abwahl von Böhm usw. verlangten, wurden vom Präsidium ignoriert. Dabei war die Absetzung von Böhm und Konsorten verschiedentlich in Resolutionen und Beschlüssen der Streikbewegung gefordert worden. In einem Kommentar der "Volksstimme" vom Vortag hieß es auch noch:

> "Wenn die innere Demokratie in den Gewerkschaften noch etwas gilt, dann muß Böhm und seine Clique abtreten und ihre Unterschrift, die sie ohne Befragen der Arbeiterschaft unter das Schanddokument gesetzt haben, muß gelöscht werden." (VS, 29.9.50)

In der Konferenzerklärung hieß es nun stattdessen:

> "Wir wenden uns gleichzeitig an die Spitzenfunktionäre der österreichischen Gewerkschaften, wir fordern sie zur Besinnung auf, wir rufen ihnen mit allem Nachdruck zu: Handelt als Vertreter derjenigen, die euch gewählt haben, vertretet unsere Interessen und nicht diejenigen der Unternehmer und der Regierung, macht die Forderungen der Arbeiterschaft zu euren!"

Das war ein völlig illusionärer Appell, der nur das Bewußtsein der Arbeiterschaft trüben konnte, indem die Illusion genährt wurde, daß die ÖGB-Führer eigentlich ja doch die Interessen der Arbeiterschaft vertreten könnten und es auch tun würden, wenn man sie nur zur "Besinnung" bringen würde. - Ganz gewiß kann so auch keine kluge und geschickte Taktik aussehen, um die noch unter dem Einfluß der Sozialdemokratie stehenden Arbeiterinnen und Arbeiter zu gewinnen. Im Gegenteil, dadurch wurde das bereits in die Brüche gehende Vertrauen in die ÖGB-Führung eher wieder stabilisiert.

Weiter: Der Parteivorstand der SP und die SP-Fraktion im ÖGB hatten am Vortag der Konferenz einen Aufruf veröffentlicht, in dem es hieß: "Der Verlauf dieser Woche hat gezeigt, daß die von den Kommunisten inszenierte Aktion **kein Lohnkampf** war. Sie haben vielmehr ... die Beseitigung der Demokratie und Freiheit als **politisches Ziel** angestrebt." (Zitiert nach Klenner, "Putschversuch - oder nicht?", S.49).

Offensichtlich mit Bezug darauf findet sich in der Konferenzerklärung die Passage:

> "Wir lieben unsere Arbeit und unsere Arbeitsstätten, wir lieben unser Land, wir sind unerschütterliche Anhänger und Verfechter der Demokratie."

Mit diesem patriotischen Bekenntnis wurde offensichtlich bezweckt, der antikommunistischen Hetze vom Putschversuch entgegenzutreten. Die KPÖ-Führung gab sich auf diese Weise **unter Verzicht auf den kommunistischen Standpunkt** zur ganzen Frage Mühe, die schwankenden SP-Betriebsräte bei der Stange zu halten, die oftmals nur unter dem Druck von unten zur Konferenz gekommen waren.

Das war der wenig taugliche Versuch, so einer Schwächung und weiteren Aufspaltung der Bewegung entgegenzutreten. Die Einheit der Aktion wurde auf der Konferenz nur auf der Ebene von Lohnprozenten hergestellt und wurde aufrechterhalten durch Entsagung vom kommunistischen Standpunkt.

Eine echte Kampfeinheit zwischen kommunistischen und sozialistischen sowie parteilosen Arbeiterinnen und Arbeitern hätte nur hergestellt und gefestigt werden können, wenn der massiven antikommunistischen Hetze gegen den Oktoberstreik und gegen die KPÖ **politisch offensiv** entgegengetreten worden wäre.

Der Einwand, es habe sich doch um eine überparteiliche Betriebsrätekonferenz und um keine Parteikonferenz der KPÖ gehandelt, kann in keiner Weise überzeugen. Denn selbst wenn der kommunistische Standpunkt auf der Konferenz keine Mehrheit erzielt hätte, so hätte er doch wenigstens vorgetragen und plausibel gemacht werden müssen. Indem man darauf aber "im Interesse der Einheit" völlig verzichtete, nahm man den sozialistischen und parteilosen Konferenzteilnehmern von vornherein alle Möglichkeiten, sich darüber Gedanken zu machen und ein Urteil zu bilden.

Die Reaktion blieb im übrigen von der politischen Enthaltsamkeit der Konferenz nicht nur unbeeindruckt, sondern wurde dadurch sogar ermutigt und steigerte die Hetze sowie den Terror in den Tagen danach nur noch. - Dazu bedienten sie sich noch massiver der **Putschlüge**.

* Dies wurde sogar in einer "vertraulichen Information" an die Polizei festgestellt: "Besonders zu bemerken ist die eindeutig gewerkschaftliche, völlig unpolitische Aufzäumung der Konferenz." (Zitiert in: Gruber/Hörzinger, "...bis der Preistreiberpakt fällt", S.84).

DIE PUTSCHLÜGE

Die **Putschlüge** war der entscheidende ideologische Keil der Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Sachwalter, mit dessen Hilfe die gewaltsame Zerschlagung des Oktoberstreiks vorbereitet wurde.

In den Oktobertagen 1950 erreichte die Legende vom drohenden kommunistischen Putsch, den es mit allen Mitteln zu verhindern gelte, ihren Höhepunkt. Doch die Putschlüge wurde nicht erst zu diesem Zeitpunkt hervorgezogen, sondern war und ist eine **Standardwaffe** im Repertoire der bürgerlichen Reaktion und Konterrevolution, um jede gegen ihre Profitinteressen gerichtete Bewegung niederzumachen.*

Die zentrale Rolle der Putschlüge während des Oktoberstreiks

In vielem ähneln die Ereignisse 1950 jenen vom Mai 1947 und vom September 1948, doch war die Lage noch viel stärker zugespitzt.

Bereits am 27.September 1950 beschlossen Helmer und Gruber, die drei westlichen Besatzungsmächte um deren Einschreiten gegen die Streikenden zu ersuchen.

Ein zweiter Versuch wurde bereits am nächsten Tag, am Donnerstag, den 28.9.1950, gestartet. Die westlichen Hochkommissare lehnten zwar den Einsatz ihrer Truppen ab, doch benützte der amerikanische Vertreter die Sitzung vom 29.September des Alliierten Rates zu einem Vorstoß. Er bezeichnete die Streiks als "Unruhen", die man hätte unterdrücken müssen. Gegen die sowjetischen Besatzungsbehörden brachte er eine ganze Reihe von Lügenmärchen und unhaltbaren Beschuldigungen vor (vgl. "Volksstimme", 30.9.1950).

Schon im Mai 1947 hatten die sowjetischen Vertreter im Alliierten Rat Protest erhoben gegen eine Anforderung amerikanischer Militärpolizei. Nun verhinderten sie mit ihrem Veto das Zustandekommen eines einstimmigen Beschlusses im Alliierten Rat bezüglich eines Vorgehens der Alliierten Militärpolizei gegen die Streikenden. Das veranlaßte den amerikanischen General Keyes zu Anwürfen gegen die Sowjetvertretung in Österreich.

Die Andeutungen von Keyes über "Unruhen" und sowjetische Interessen waren vorerst noch zurückhaltend im Vergleich zu dem, was die österreichische Regierung, und vor allem die SP-Politiker, vom Stapel ließen.

Die SPÖ- und ÖGB-Führung hatten den Streik von Anfang an für illegal, sinnlos und schädlich erklärt. Mit zunehmender Wucht der Streikbewegung wurden auch ihre Töne schärfer. Der SP-Minister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe Waldbrunner behauptete in einer Rede am 30.September 1950, es gehe heute nicht mehr um Schillinge oder Lohnprozente, sondern "um die Freiheit unseres Landes."

Hetzflugblatt der SPÖ-Führung gegen den Streik

Fortsetzung auf Seite 33

* In dem revisionistischen Machwerk "Die Kommunistische Partei Österreichs - Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik" (Wien 1987) wird behauptet, die Putschlüge sei im Mai 1947 als "ein Interpretationsmuster **geboren**" worden (S.357). Tatsächlich gab es dieses "Interpetationsmuster" (oh, wie hochsoziologisch!) bereits zur Zeit der Habsburgermonarchie und wurde massiv gegen die Massenkämpfe gegen die Teuerungen vor dem 1.Weltkrieg eingesetzt. Nach dem selben "Muster" wurde 1918/1919 gegen die revolutionäre proletarische Bewegung vorgegangen, ebenso im Juli 1927, vom Februar 1934 ganz zu schweigen.

Die Putschlüge – schon vor dem Oktoberstreik erprobt

Schon bei den Protestbewegungen **vor** dem 4. "Lohn-Preis-Abkommen" wurde die Putschlüge ins Spiel gebracht.

- Am 5.Mai 1947 hatte in Wien wegen der Fleisch- und Erdäpfelknappheit eine Demonstration stattgefunden, an der zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter, v.a. auch Hausfrauen, teilnahmen. Der SP-Innenminister Helmer und VP-Außenminister Gruber veranlaßten damals bereits den Wiener Polizeipräsidenten dazu, die Alliierte Militärpolizei anzufordern. Helmer rechtfertigte dies im Parlament mit der Feststellung, es sei "zu gefährlichen Ausschreitungen" gekommen, Polizeibeamte seien ernsthaft verletzt worden und unter elf verhafteten Demonstranten befänden sich 6 Ausländer, letztere als Drahtzieher, versteht sich. Bundeskanzler Figl sprach im Parlament von "Griechen und Albanern". Für die antikommunistischen Zeitungen war all dies der untrügliche Beweis für einen beabsichtigten kommunistischen Putsch. - Die ganze Kette an "Argumenten" war von vorne bis hinten erstunken und erlogen.

Noch schärfer wurde die Putschlüge im September 1948 eingesetzt, um die sich entwickelnde breite Bewegung gegen das 2. "Lohn-Preis-Abkommen" zu spalten.

Der 15.September war die Frist für die Erfüllung einer 25 %igen Lohnforderung der Kapfenberg/Donawitzer Arbeiterschaft. In dieser Situation erfanden die ÖGB-Führer eine "Anweisung" des Kommunistischen Informationsbüros*, die angebliche Pläne für einen Putsch der Kommunisten enthielt, der am 15.September 1948 in der Steiermark, einem Streikzentrum damals, seinen Ausgang nehmen sollte.

Am 12.September schrieb die Grazer SP-Tageszeitung "Neue Zeit" auf S.1 unter dem Titel "Der Durchbruch":

> "Ein paar Kominformjünglinge spielten dieser Tage den 'großen Generalstab'... (und) heckten etwa folgenden Plan aus: Einige (ferngelenkte) Frauen sammeln sich in Kapfenberg (spontan)... Dabei gehen 'irgendwo' ein paar Scheiben in Trümmer... 'irgendwo' muß ein schußartiger Laut hörbar werden, damit das Gerücht Nahrung findet, 'die Exekutive schießt auf Arbeiter'. Mit Windeseile (getragen von KP-Motorrädern) verbreitet sich das Gerücht über das ganze obersteirische Industriegebiet... Kominformanweisung Nr.46-49-27/36, streng geheim. Wer sich mit politischer Taktik beschäftigen will, der studiere sehr aufmerksam die **praktische** Durchführung solcher Kominformanweisungen in den ost- und südostwärts gelegenen Staaten unseres Landes. Dort ist sie im Laufe der letzten Jahre überall **haargenau gleich** zur Anwendung gekommen..."

Und auf Seite 2 desselben "sozialistischen" Hetzblattes wird unter dem Titel "KP-Pläne für 15.September" erläutert:

> "Nachdem die Kommunisten einsahen, daß die obersteirischen Arbeiter ihren demagogischen Schreiereien kein Gehör schenkten, änderten sie ihre Taktik und gingen zu einem vom Ausland befohlenen Terror über. Eine große Anzahl von Kommunisten mußte aus der Partei austreten, um bei den geplanten kommenden Zwischenfällen nicht als KP-Angehörige vor Gericht und in der Öffentlichkeit erscheinen zu müssen. Diese Leute werden dann nach Niederösterreich in Parteischulen (sic!!) geschickt, wo sie im Terrorhandwerk vollendet ausgebildet werden, um dann als die SS-Terrorgruppen der KPÖ (!!!!) zurückzukehren... Nach den Prinzipien des faschistischen Terrors, mit wenigen geschulten Kräften einen Umsturz in den Betrieben hervorzurufen, versucht also auch die KP Unruhe zu stiften. So wurde der Streik in Kapfenberg zum Großteil von werksfremden Kommunisten. (provoziert)... durch Einschüchterung der Arbeiter, indem ihnen mit Verschleppung und den Russen gedroht wurde... Die KP nutzt diese Situation aus und plant auf Grund eines Befehls des ZK für die Mitte des Monats in den meisten österreichischen Industrieorten größere Unruhen zu inszenieren... Wenn das geschieht, sollen die Männer aus den Betrieben geholt, zu Streik und Umsturz aufgerufen werden, um auch in Österreich eine 'Volksdemokratie' zu errichten..."

Die SPÖ gab nachträglich zu, daß dies alles zweckdienliche Erfindungen waren ("Neue Zeit", 12.9.1948).

---

* Das Kominform war ein Zusammenschluß der Kommunistischen Parteien der UdSSR, Italiens, Frankreichs, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens und - bis zur notwendigen Verurteilung der Tito-Revisionisten 1948 - Jugoslawiens. Das Kominform sollte die Zusammenarbeit und die Auseinandersetzung zwischen den KPs voranbringen. Jede marxistisch-leninistische Partei der Welt hatte prinzipiell das Recht, sich an das Kominform zu wenden. Bis zur Machtergreifung der modernen Revisionisten in der UdSSR nach dem Tod Stalins leistete das Kominform in dieser Richtung wichtige Beiträge, die es noch gründlich zu analysieren und kritisch auszuwerten gilt. Die Chruschtschow-Revisionisten und die anderen revisionistisch gewordenen Parteien lösten das Kominform 1956 auf.

Fortsetzung von Seite 31

Mit einem wahren Trommelfeuer von Schlagworten wie "Verteidigt die Freiheit des Landes!", "Sicherung der Demokratie" sollten die gerechten Forderungen der Streikbewegung übertönt und niedergeschrien werden. Wer gegen den Preistreiberpakt streikt, unterstütze die "Umsturz- und Terrorpläne der Kommunisten", die - versteht sich - geschickt "von Moskau aus gelenkt" würden.

Der Kern der Putschlüge

Die streikbrecherische SP- und Gewerkschaftsführung benützte insbesondere die Tage zwischen dem Abbruch der Streikbewegung und der Gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz zu einer wüsten Hetze gegen den angeblich beabsichtigten "kommunistischen Putsch". Sie nützten diese verhängnisvolle Kampfpause aber auch maximal zur Organisierung gelber Gewaltmaßnahmen gegen die Streikenden aus.

Als Gegengewicht zur Betriebsrätekonferenz vom 30.September trommelte die SPÖ- und ÖGB-Führung am 3.Oktober 1950 in Wien ihren Anhang zusammen, um den verlorenen Boden wiederzugewinnen und wieder die Initiative in die Hand zu kriegen. In der von der Streikbrecherkonferenz angenommenen Resolution heißt es:

> "Die Ereignisse der letzten Tage haben gezeigt, daß die Kommunistische Partei zum Schlag gegen die demokratische Republik auszuholen versucht. Ihr Plan geht dahin, die Leitung des Gewerkschaftsbundes und der angeschlossenen Gewerkschaften in ihre Hände zu bringen und damit die gesamte Gewerkschaftsbewegung, das stärkste Bollwerk der Demokratie in diesem Lande überhaupt, zu beherrschen. Mit Hilfe dieses Instruments soll dann, wie dies in unseren Nachbarländern geschah, die Regierung gestürzt und die Volksdemokratie errichtet werden."
> (Zitiert nach: Klenner, "Putschversuch - oder nicht?", S.57)

Hier haben wir die Putschlüge in ihrer plattesten, direktesten und unverschämtesten Form vor uns, wird auch ihr konterrevolutionärer Kern besonders deutlich. Doch nicht immer und überall wurde und wird so plump argumentiert. Etliche sich "objektiv" gebende Politiker und Kommentatoren gingen und gehen "diplomatischer" vor, indem sie nur Vermutungen und "Verdachtsmomente" anführen, darüber herumrätseln und spekulieren, ob und wie weit ein Putsch geplant gewesen sei usw. Die Wirkung solcher pseudoobjektiver Spekulationen aber ist die gleiche wie die der offenen und direkten Putschlüge. *

Klar, auch die hirnrissigsten Lügenmärchen über den Oktoberstreik sind immer noch im Schwange und werden auch heute noch kolportiert. Aber die antikommunistische Propaganda besteht nicht unbedingt auf jenen Märchen, die längst widerlegt sind und ihre Wirkung ohnehin schon getan haben. Selbst Olah, der damals die schmutzigsten Dienste versah, um den Oktoberstreik gewaltsam niederzuschlagen, versteift sich nicht auf die Putschthese:

> "Wenn wir damals nicht so gehandelt hätten ("Sieg über die Kommunisten-Trupps"), wie wir gehandelt haben, so wäre - darüber kann man auch heute nur spekulieren - vermutlich folgendes passiert:
>
> Wir wären nicht notwendigerweise eine Volksdemokratie geworden. Oder nicht sofort...
>
> Ob eine Trennung von Ost- und Westösterreich beabsichtigt war? Auch das muß nicht unbedingt der Wunsch gewesen sein.
>
> Aber es ist anzunehmen, daß die Kommunisten, auf diese Art und Weise versucht haben, die Wiederaufnahme in die Regierung zu erzwingen (??) und ihre Einflußnahme im ÖGB zu verstärken."
> (Olah im "Wiener", Februar 1990, S.21).

1950 hatten die kapitalistischen Machthaber Österreichs tatsächlich keine Angst vor einer angeblich drohenden "Machtergreifung" der KPÖ, bzw. vor einer siegreichen Revolution der Arbeiterklasse. Sehr wohl aber fürchteten sie, daß große Teile der Arbeiterschaft der SPÖ die Gefolgschaft aufkündigten, sehr wohl fürchteten sie, daß die ÖGB-Führung nicht nur die Kontrolle verlieren, sondern auch abgesetzt werden könnte.

Die Angst der Herrschenden vor dem Volke besteht **prinzipiell,** da dieses imperialistische Ausbeutersystem, weltgeschichtlich gesehen, völlig verfault ist. Deshalb tauchen auch stets wieder die im Kern gleichen "Interpretationsmuster" der bürgerlichen Demagogie und Hetze auf, wenn Bewegungen der Arbeiterklasse und der anderen Volksmassen entstehen. So waren es bei der wahrhaftig nicht staatsgefährdenden Aktion der Besetzung der Hainburger Au die Märchen über die "Unterwanderung" und die "Steuerung" durch "Berufsdemonstranten" aus Westdeutschland,

---

* Typisch dafür ist der demagogische "Tatsachenbericht", den der schon zitierte ÖGB-Führer Klenner 1951 unter dem Titel "Putschversuch - oder nicht?" herausgebracht hat. Klenner selbst legt sich nicht eindeutig fest, er schreibt bloß so, daß der Leser bzw. die Leserin an die Putschlüge glauben muß - und er scheut dabei nicht einmal vor offensichtlichen Lügen und plumpen Fälschungen zurück (wie z. Bsp. einem angeblichen "Rundschreiben" des ZK der KPÖ an alle Sektionen vom August 1950, das so ungeschickt erfunden ist, daß es jeder, der auch nur 3 Wochen KPÖ-Mitglied war, sofort als Fälschung erkennt - siehe S.15 des Klennerschen Machwerks) !

Klenner hat seither viele Nachfolger gefunden, darunter auch Hugo Portisch, der in seiner Fernsehserie über die Geschichte der 2.Republik im Teil "Gewitter" im Grunde nach der selben Methode vorgeht.

oder bei den Anti-Opernball-Demonstrationen die "Warnung" vor den "ausländischen Rädelsführern", die diesem traditionellen "Muster" entsprachen.

Der eigentliche **Kern** der Putschlüge ist die Verteufelung jeder fortschrittlichen Kampfbewegung des Proletariats und anderer Werktätiger, **hauptsächlich weil derartige Kämpfe, selbst wenn es sich "nur" um Lohnkämpfe und Kämpfe um demokratische Tagesforderungen handelt, die "Gefahr" in sich bergen, sich nicht nur auszudehnen, sondern auch zu radikalisieren, zu Schulen des proletarischen Klassenkampfes, der proletarischen Revolution zu werden.**

Abgesehen von den primitivsten und dümmsten Versionen der Oktober-Putschlüge zeigt die Analyse der an die Wand gemalten "Bedrohungen" und "Gefahren", daß es durchaus nicht um die Angst vor einer Art von Staatsstreich durch die KPÖ ging. Vielmehr scheint durch, daß es die Angst vor der aufbegehrenden und sich womöglich machtvoll erhebenden **Arbeiterklasse** und vor dem ganzen **Volk** unter Führung dieser objektiv einzig konsequent revolutionären Klasse ist, die hinter diesem ganzen Putschgeschrei steht.

Die defensive Zurückweisung der Putschlüge durch die KPÖ-Führung im Oktoberstreik

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß die SP-Sachwalter des österreichischen Monopolkapitals just für den Zeitpunkt des Ablaufs des Ultimatums der Betriebsrätekonferenz an die Bundesregierung, den Lohnraubpakt zurückzunehmen, einmal mehr zur Putschlüge griffen.

Am Mittwoch, dem 4.Oktober 1950, dem Tag des neuerlichen Streikbeginns, erschien in der "Arbeiterzeitung" auf der ersten Seite eine fettgedruckte Notiz:

"Plan 3 abgesagt - Knapp vor Blattschluß erfahren wir, daß das ZK der KPÖ eben die vertrauliche Weisung ausgegeben hat: Plan 3 ist abgesagt."

Die Sensationsmeldung war vom ersten bis zum letzten Wort erfunden. Es hatte weder eine "vertrauliche Weisung" noch einen "Plan 3" gegeben und so konnte auch keiner abgesagt werden. Doch die im Stile eines Politthrillers abgefaßte und als "Sensation" servierte Ente nährte die Putschlegende, stiftete Verwirrung und tat so ihren Dienst.

Die österreichische Bundesregierung hatte am Vortag einen Aufruf erlassen, in dem kaum verhüllt die Lüge von der Putschgefahr erneuert und bekärftigt wurde:

Erklärung des Zentralkomitees der KPOe

Die Regierung und die Vorstände der beiden Koalitionsparteien können gegen die gerechten Forderungen der Arbeiterschaft keine stichhältigen Argumente vorbringen und verbreiten deshalb phantastische Lügen über Umsturz- und Putschpläne der Kommunisten. Diese Methode ist nicht neu. Sie wird jedesmal angewandt, wenn die Arbeiterschaft sich gegen die Ausplünderung der arbeitenden Menschen wehrt. Hinter dem Wandschirm dieser Lügen soll die undemokratische Handlungsweise der Regierung verdeckt und der Preistreiberpakt diktatorisch der Bevölkerung aufgezwungen werden.

Das Zentralkomitee der KPOe erklärt, daß die in dem Aufruf der Regierung sowie in den Reden der Regierungsmitglieder und des Präsidenten Böhm aufgestellten Behauptungen über Putschpläne zur Ergreifung der Macht von A bis Z erlogen sind.

Das Ziel des Streiks, der Mittwoch beginnt, ist die Durchsetzung der Forderungen, die auf der Betriebsrätekonferenz beschlossen wurden; nicht mehr und nicht weniger! Gerade das wollen die Regierung und die Vorstände der Koalitionsparteien verhindern, wobei ihnen kein Mittel zu schlecht, keine Lüge zu niederträchtig ist, um die Bevölkerung zu verwirren, die Arbeiterschaft zu spalten und einzuschüchtern.

Wir Kommunisten stehen zu den Beschlüssen der Betriebsrätekonferenz und werden gemeinsam mit der übrigen Arbeiterschaft in den Streik treten, demonstrieren und alles daransetzen, um den Preistreiberpakt zu Fall zu bringen.

Das Zentralkomitee der KPOe

Aus: Volksstimme, 4.10.1950

"Sie (die Kommunisten, Anmerkung d.RF) wollen Unruhe, Zerstörung und Zerrüttung der Wirtschaft. Daher suchen sie jeden Anlaß, um die arbeitende Bevölkerung aufzuputschen. Sie reden von Teuerung, meinen Unruhe, sie reden von Lohn, meinen aber Straßenkämpfe, Sturz der Demokratie, Beseitigung der demokratischen Republik."

Die Reaktion der KPÖ-Führung auf diese Provokation bestand im wesentlichen darin, dies als **Verleumdungen** und **Lügen** zu erklären, die darauf abzielen, die gerechte Bewegung gegen das 4. "Lohn-Preis-Abkommen" zu spalten und abzuwürgen.

Das Mitglied des Politbüros der KPÖ und Nationalrat Franz Honner erklärte zur Hetze der Regierung und des ÖGB in diesen Tagen:

"Die Behauptungen, daß wir Kommunisten einen 'Putsch' beabsichtigten, daß wir die Kampfbewegung der Arbeiterschaft gegen den Preistreiberpakt zu einem gewaltsamen Umsturz ausnützen wollten, sind von A bis Z erlogen.

Ich fordere den Bundeskanzler Figl als Chef der Regierung, den Innenminister Helmer und den Präsidenten Böhm auf, den Wahrheitsbeweis zu erbringen." (VS, 10.10.1950)

Gewiß war es richtig, den provokatorischen Lügen der Regierung und der ÖGB-Spitze gegen die KPÖ und gegen die Streikbewegung auch auf dieser Ebene entgegenzutreten. Allein dadurch konnte die antikommunistische Hetze in ihrer Wirkung aber nicht prinzipiell zerschlagen werden.

Die Kommunistinnen und Kommunisten wollten die Kampfbewegung der Arbeiterschaft gegen den Preistreiberpakt tatsächlich nicht "zu einem gewaltsamen Umsturz ausnützen", **aber warum nicht**, das ist die entscheidende Frage, die **nicht** offensiv beantwortet wurde!

Dem Vorwurf der reaktionären Seite, die Kommunisten wollten mittels der Streikbewegung die "Demokratie" bzw. die "demokratische Republik" stürzen, wurde nur entgegnet, daß dies eine Verleumdung sei. Im Grunde wurde damit aber gesagt, daß das, was die Herrschenden als verdammenswert hinstellen, von den Kommunisten garnicht erstrebt sei. In der Resolution der Betriebsrätekonferenz war auch ausdrücklich bekräftigt worden: "Wir lieben unser Land, wir sind unerschütterliche Anhänger und Verfechter der Demokratie."

Damit wurde das eigentliche Problem nicht prinzipienfest angepackt, nämlich einerseits nicht in eine gestellte Falle zu laufen, andererseits nicht vor dem Druck der bürgerlichen Hetze und des bürgerlichen Repressionsapparats zurückzuweichen.

Bekanntlich ist es ein Grundsatz der Kommunisten, offen zu erklären, "daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung." (Karl Marx/Friedrich Engels, "Manifest der Kommunistischen Partei").

Im Oktober 1950 ging es jedoch **nicht** darum und konnte es nicht darum gehen, den "gewaltsamen Umsturz" durchzuführen. Aber nicht deshalb, weil etwa auch die Kommunisten ihr höchstes Ziel in der bürgerlichen Demokratie sehen, nein, sie sind für die **proletarische Demokratie**, sondern weil **die entscheidenden Voraussetzungen fehlten** sowohl in Bezug auf die Bewußtheit und Organisiertheit der Arbeiterklasse als auch in Bezug auf die objektive Situation.

Die Putschlüge wäre auch eine Gelegenheit gewesen, prinzipiell klarzustellen, daß die Kommunisten sowieso "keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen" ("Manifest") haben, daß sie sich **prinzipiell** nicht an die Macht "putschen" wollen, sondern es um das Ziel der **Errichtung der Macht des Proletariats** geht, welche nur vollzogen werden kann, wenn die **Masse des Proletariats** dies selbst wünscht und aktiv vollzieht und sich dabei auf das Bündnis mit großen Teilen der anderen Werktätigen, v.a. der armen Bauernschaft, stützen kann. Die Aufgabe der KP ist es, die subjektiven Voraussetzungen dafür zu schaffen, den Klassenkampf des Proletariats in allen seinen Formen zu **leiten**, mittels revolutionärer Theorie, Politik und Organisation als **führender Teil** der Klasse zu wirken. Von diesen subjektiven Voraussetzungen konnte aber im September/Oktober 1950 keine Rede sein.

Das Problem war weniger, was die KPÖ-Führung bzw. Franz Honner damals erklärten, sondern was sie **nicht** sagten, was unausgesprochen blieb. Mit dem Verzicht darauf brachte sich die KPÖ aber in die Defensive, zumal sich die Regierung und die Gewerkschaftsspitzen natürlich nicht im geringsten um die Beteuerungen scherten, daß der Streik ja wirklich bloß ein Lohnstreik sei und die KPÖ bei ihrer Mitwirkung keine weiterreichenden Ziele verfolge.* Schlimmer noch: eine so defensive Haltung mußte sogar unglaubwürdig und unehrlich wirken, weil jeder politisch halbwegs Gebildete natürlich wußte, daß die KPÖ (damals noch) sogar sehr weitreichende Ziele hatte und alle ihre Tätigkeiten damit natürlich in irgendeinem Zusammenhang standen.

* Auf Hintergründe dieser defensiven Haltung im Zusammenhang mit der grundlegenden politischen und ideologischen Linie der KPÖ kommen wir im Schlußteil zu sprechen.

DIE WIEDERAUFNAHME DES STREIKS NACH ABLAUF DES ULTIMATUMS AN DIE REGIERUNG

Das von der Gesamtösterreichischen Betriebräteskonferenz am 30.September beschlossene Ultimatum besagte: Der Streik wird am am 4.Oktober ohne weiteres wieder aufgenommen, wenn das 4. "Lohn-Preis-Abkommen" nicht zurückgezogen wird. Genau dieser Fall trat auch ein: die Regierung wies alle Forderungen zurück und hatte in den Tagen zuvor bereits dazu mobilisiert, den Streik mit allen Mitteln zu brechen. So wurde der Streikkampf unter den Bedingungen außerordentlich gesteigerter bürgerlicher, vor allem sozialdemokratischer Hetze und einer umfassenden militärisch-polizeilichen Mobilmachung wieder aufgenommen. Das Trommelfeuer gegen die angebliche "Putsch"-Absicht erwies sich als Begleitmusik scharfer Repressionen gegen die Bewegung gegen den Lohnraubpakt.

"Tretet einheitlich, geschlossen und diszipliniert in den Streik! Beteiligt Euch in Massen an den Demonstrationen der Arbeiterschaft!" So lauteten die Parolen der Exekutive der österreichischen Betriebsrätekonferenz. Zehntausende, ja hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter legten die Arbeit am 4.Oktober wieder nieder.

Gegen den Streik war schon in den Tagen vor seinem Beginn der gesamte Staatsapparat, der Gewerkschaftsapparat, die bürgerlichen Parteien und Medien und die Flüsterpropaganda aufgeboten worden. Polizei und Prügelgarden standen bereit. Die Reaktion hatte Zeit genug für das große Rüsten gehabt und hatte die Atempause der Streikunterbrechung fieberhaft genützt.

In Wien

Die Ausgangslage des Streiks war nun weit ungünstiger als in der Vorwoche. Das zeigte sich gleich bei Streikbeginn auch in Wien. Es war schwieriger geworden, den Streik auszulösen, obwohl Dutzende Betriebe sich nach der Betriebsrätekonferenz auf deren Plattform gestellt hatten und in Vollversammlungen und Abstimmungen der Kampf vorbereitet worden war. In manchen Betrieben mit SP-Mehrheiten hatten die Streikgegner aber die Abstimmungen gewonnen.

Trotzdem traten in Wien auch nach Polizeiberichten 145 Betriebe in den Streik. Damit konnte im Vergleich zur Vorwoche zwar keine entscheidende Ausdehnung erreicht werden, doch bedeutete der Beginn des Streiks unter derartig feindseligen Bedingungen eine gewisse Kräftigung und gewachsene Entschlossenheit bei den Streikenden.

In den wichtigsten Wiener Industriebezirken, in Stadlau, Floridsdorf, Favoriten und Atzgersdorf-Liesing streikten die meisten Großbetriebe wieder, auch zahlreiche mittlere und kleine Betriebe schlossen sich an.

Um allerdings einen allgemeinen Streik zu erreichen, war es notwendig, die nicht streikenden Betriebe "herauszuholen". Außerdem war es entscheidend wichtig, sofort den Kampf auf die Straße hinauszutragen. Mit Straßen- und Schienenblockaden sollte das gesamte öffentliche Leben lahmgelegt werden. Bereits am frühen Morgen des 4.Oktober wurden im 10., 18., 20., 21. und 22.Bezirk die Straßenbahnen an der Ausfahrt aus den Remisen gehindert. In allen sowjetisch besetzten Bezirken kam durch die Blockierung



Mit quergestellten LKW wird der Verkehr blockiert.

wichtiger Straßen und Plätze sowie beider Donaubrücken der Verkehr praktisch völlig zum Erliegen. Die Streikenden beherrschten tatsächlich die Straße. Sie hatten viel Sympathie bei der übrigen Bevölkerung. Auch viele Geschäftsläden blieben geschlossen.

Die sowjetische Militäradministration verhinderte die Zusammenziehung von Polizeieinheiten aus mehreren Bezirken. In den sowjetisch besetzten Bezirken gelang es der Polizei deshalb nur selten, und dann meist nur vorübergehend, die Sperren und Barrikaden der Streikenden abzubauen.

Olahs Prügelgarde* unternahm zwar auch im sowjetisch besetzten Teil Wiens Vorstöße, z.B. zur Brechung der Blockade der Remise Gudrunstraße durch 400 Arbeiter der Firmen Goerz und Brown-Boveri im 10.Bezirk, doch war ihnen ein längerer Aufenthalt hier zu riskant.

Anders sah es in den Besatzungszonen der imperialistischen Westmächte aus, wo Polizei und Olah-Garden brutal gegen die Streikenden vorgingen.**

Gegen 15 Uhr des 4.Oktober versammelten sich in den Zentren der großen Arbeiterbezirke viele tausende Streikende und viele tausende Hausfrauen und Werktätige zum Marsch auf die Ringstraße vor das Wiener Rathaus. Über die ganze Breite der Ringstraße wälzten sich die Züge vorbei an einem gegen das Rathaus zu immer dichteren Spalier. Die Losungen waren: "Weg mit dem Preistreiberpakt", "Preise wie bisher oder doppelte Zuschläge", "Keine Schillingabwertung", "Für gesetzlichen Preisstop". Ungefähr 20.000 Menschen versammelten sich. Kommunistische und SP-Betriebsäte sprachen zu den Demonstrantinnen und Demonstranten. Der SP-Betriebsrat Schreiblehner aus Atzgersdorf rief unter stürmischem Jubel unter anderem aus: *"Für uns Sozialisten hat es in der ganzen Geschichte unserer Bewegung nichts Schlimmeres gegeben als Streikbruch."* (VS, 5.Oktober 1950)



Demonstrationszug auf dem Ring in Wien

* Zur Rolle der von Olah befehligten Schlägertrupps siehe ausführlich weiter unten im Artikel.

** Die Blockade von Straßenbahnremisen von außen her durch streikende Arbeiter benachbarter Großbetriebe geschah im Einvernehmen und in Zusammenarbeit mit den dortigen einfachen Straßenbahnbediensteten, die jedoch unter einem gewaltigen Druck der ihnen vorgesetzten Hierarchie standen. Für die streikfreundliche Haltung der Masse der Straßenbahner ist kennzeichnend, was Olah selbst in einem Interview für die schon genannte Portisch-TV-Sendung "Gewitter" ausplauderte: Obwohl seine Schläger-Rollkommandos schon einige Remisen "befreit" hatten, wollten die Straßenbahner immer noch nicht ausfahren. Erst als Olah ihnen ein Ultimatum stellte und androhte, seine Schläger als Zugführer und Schaffner einzusetzen, hätten die Straßenbahner kapituliert.

Niederösterreich

Die Streiklage in Niederösterreich stellte sich ähnlich wie in Wien dar. Die Unterdrückung der Streikbewegung war zuvorderst von der Sozialdemokratie gut organisiert worden. In manchen Betrieben fiel das Abstimmungsergebnis deutlich gegen einen weiteren Streikkampf aus. Die Unternehmer griffen zu einer altbewährten Waffe gegen die Arbeiterschaft: Streikwillige wurden **ausgesperrt**.

Angesichts des Wütens des bestens vorbereiteten Unternehmer- und Polizeiterrors und der pausenlosen antikommunistischen "Bearbeitung" in den Tagen zuvor konnte die Streikbewegung nur mit größten Anstrengungen wieder einsetzen und konnte letztlich nicht mehr den Schwung der Vorwoche erreichen.

Eine Streikagitation war vielfach gar nicht mehr möglich. Die "Selbstschutzeinheiten" und "technischen Nothilfen" nach dem Vorbild von Olahs Schlägerbanden vertrieben Flugblattverteiler vor den Fabriktoren ebenso wie Delegationen anderer Betriebe. Die Arbeitertrupps, welche andere Betriebe zum Mitstreiken auffordern wollten, mußten sich deshalb zu ihrem Schutz mit Schlagwerkzeugen ausrüsten und konnten sich nur in größeren Gruppen bewegen. Oft mußten erst starke "Werkschutzkräfte" vertrieben werden, bevor Delegationen durchkamen. So mußten die Grünbacher Bergarbeiter erst den 200 Mann starken Werkschutz von Schoeller-Bleckmann verjagen und entwaffnen (er war mit Prügeln, Bajonetten und einigen Pistolen bewaffnet), um sich mit den 3500 Arbeitern des Werks in Verbindung setzen zu können.

Aber immerhin traten wieder annähernd 200 Betriebe in den Streik (laut VS vom 5.10.1950).

Das Rückgrat der Streikbewegung in Niederösterreich waren eindeutig die großen USIA-Betriebe, besonders die Rax-Werke in Wiener Neustadt und die Erdölbetriebe. Die Schoeller-Bleckmann-Betriebe, welche in der Vorwoche Vorkämpfer des Streiks waren, konnten eine solche mitreißende Rolle in der zweiten Streikphase jedoch nicht mehr spielen, sondern mußten selbst mehr oder weniger "herausgeholt" werden.

In St.Pölten versammmelten sich 4000 Menschen zu einer Kundgebung, in deren Anschluß zur Hauptwerkstätte der Eisenbahn demonstriert wurde, ohne die Eisenbahner jedoch länger als eine Stunde zum Streik bewegen zu können.

In Oberösterreich

Von größter Bedeutung war hier eindeutig die Streikentwicklung in Steyr einerseits und bei der VÖEST in Linz andererseits.

Mit einzigartiger Geschlossenheit und Festigkeit stand die Streikfront in Steyr. Sie erfaßte ununterbrochen, fast 10 Tage lang, nicht nur die großen Steyrwerke, sondern auch die meisten Mittel- und Kleinbetriebe. Das traditionell hohe Klassenbewußtsein der Steyrer Arbeiter zeigte sich wieder. Auch hatte die KPÖ in den Steyr-Werken eine starke Betriebsorganisation, die allerdings während des Streiks keineswegs alle Möglichkeiten ausschöpfte und nicht die nötige politische Entschlossenheit an den Tag legte.

Zum Beispiel blieb die Telefon- und Fernschreibzentrale im Werk in der Hand der Direktion, sodaß viele Telegramme an die Streikenden abgefangen und unterschlagen wurden und die Streikgegner ungeniert ihre Streikbruchtätigkeit koordinieren konnten. Auf dem nachfolgenden 3.Landesparteitag der KPÖ Oberösterreich wurde als Fehler festgestellt, "infolge technischer Überlastung bei der Durchführung des Streiks vergessen (zu) haben, die politische Arbeit während derartiger Aktionen zu berücksichtigen und zu leisten." (Protokoll, S.32) Während der ganzen Zeit des Streiks erschien auch kein einziges Flugblatt der Streikenden! Völlig versäumt wurde die entscheidende Aufgabe der rechtzeitigen Entlarvung der SP-Funktionäre.

Und dennoch, obwohl der Feind alle Kräfte anspannte, um dem Streik das Rückgrat zu brechen, brachte die Urabstimmung die Kampfbereitschaft klar zum Ausdruck: Mehr als zwei Drittel der Arbeiterschaft stimmten für den weiteren Streik. Daraufhin schieden die noch im Streikkomitee verbliebenen SP-Betriebsräte auch formell aus, welche bis dahin auch nur drin geblieben waren, um abzubremsen und abzuwiegeln.

Am Mittwoch, dem 4.Oktober, dem neuerlichen Beginn des Streiks in Wien und Niederösterreich, marschierten die Steyrer Arbeiterinnen und Arbeiter zum zweitenmal im Verlauf des Kampfes in die Stadt. 15.000 Menschen versammelten sich auf dem Stadtplatz und vertraten die Forderungen der Gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz.

Viel ungünstiger hatte sich die Lage im größten Industriebetrieb Österreichs, der VÖEST in Linz, entwickelt. Nachdem dort die SPÖ-Führung und SP-Funktionäre hemmungslose Demagogie über ein angebliches "Bündnis von Kommunisten und Faschisten" betrieben hatten, war es die Betriebsratsfraktion der SPÖ dann tatsächlich selbst, welche gemeinsam mit jener der ÖVP und des VdU gemeinsam aufrief, am Montag, 2.Oktober, den Streik in der VÖEST abzubrechen.

Arbeiter und Angestellte der VÖEST

Das vierte Lohn- und Preisabkommen hat eine Welle der Empörung der Arbeiterschaft, unabhängig der Parteirichtung, hervorgerufen.
Es ist sofort zu spontanen Kundgebungen der Arbeiterschaft in verschiedenen Großbetrieben mit dem Ziele gekommen, das Lohn- und Preisabkommen wieder rückgängig zu machen oder die einseitige Belastung der Arbeiterschaft wieder aufzuheben.
Arbeiter und Angestellte der VÖEST - die maßgeblichen und verantwortlichen Kreise Österreichs sind sich des Ernstes der Lage bewußt geworden.
Heute ist es klar, daß die Fortsetzung des Streikes nichts mehr mit den gerechten Forderungen der Arbeiterschaft zu tun hat, sondern von ferngesteuerten Elementen zu einem Politikum mißbraucht wird. Dadurch wird unser Arbeitsplatz, also die Existenz von tausenden Arbeitern und Angestellten, aufs Spiel gesetzt.

Der Betriebsrat fordert deshalb alle verantwortungsbewußten Betriebsangehörigen auf,

am Montag früh

die Arbeit wieder aufzunehmen.

Unbeschadet dessen, setzt sich der Betriebsrat geschlossen für folgende Forderungen ein:

1. **Für die Bezahlung der Ausfallstunden eine tragbare Lösung zu finden.**
2. **Steuerfreiheit für die im Lohnabkommen vorgesehenen Teuerungszulagen zu erwirken.**
3. **Rücksichtlosen Gebrauch des § 51 des Preistreibergesetzes.**
4. **Rückführung der vom Preisabkommen nicht betroffenen Preise auf den Stand vom 1.7.1950.**

Arbeiter u. Angestellte! Laßt Euch nicht durch Hetzparolen Euren klaren Verstand nehmen

Ohne Arbeit kein Brot!
Ohne Brot kein Kampf!

Arbeiter- und Angestellten-Betriebsrat

Die Fraktionen:
Unabhängige Betriebsräte
Sozialistische Betriebsräte
ÖVP. Betriebsräte

SPÖ-, ÖVP- und VdU-Betriebsräte forderten am 2.Oktober gemeinsam zum Abbruch des Streiks auf.

An diesem Montag gelang es mangels Beteiligung schon nicht mehr, eine beschlußfähige Vollversammlung durchzuführen. Der Streik wurde nach einem Bericht über die Gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz und dem Beschluß, sich nach deren Ergebnissen zu richten, "unterbrochen". Unter dem Druck der zunehmenden Repressalien, Entlassungsdrohungen und antikommunistischer Hetze gelang die Wiederaufnahme des Streiks zwei Tage später, am 4.10. 1950, natürlich nicht mehr.

In den anderen Bundesländern

Auch in den übrigen Bundesländern ging der Streik zum Teil weiter, zum Teil wurde die Arbeit am 4.Oktober erneut niedergelegt.

In **Salzburg** kam es in der Stadt noch vorher zu einer Demonstration am Montag, dem 2.Oktober. Damit wurde versucht, dem Feuer der Bewegung gegen den Lohnraubpakt auch während der Zeit der Streikunterbrechung neue Nahrung zu geben. Etliche, vor allem kleinere Betriebe, traten in den Streik und die Belegschaften marschierten geschlossen auf. Annähernd 700 Versammelte bildeten durch Zuruf ein 25-köpfiges Streikkomitee. Mit der Demonstration am 2.10. hatte die Bewegung in der Landeshauptstadt ihren Höhepunkt erreicht. Bei Beginn der zweiten Streikphase legten nur wenige, kleinere Betriebe die Arbeit nieder.

Das Rückgrat und Zentrum des Kampfes im Land Salzburg lag in Kaprun. Nach einer Urabstimmung am Morgen des 4.10. wurde auf allen Baustellen die Arbeit niedergelegt. Das Streikkomitee beschloß die Besetzung der Telefonzentrale des Kraftwerksbaus, der wegen der abgeschiedenen Lage (im Gebirge auf 2.000 m Seehöhe!) besondere Bedeutung zukam.

Der Streik war ursprünglich in ganz Salzburg auf 24 Stunden befristet worden. Daher nahmen die meisten Belegschaften am Morgen des 5.Oktober die Arbeit wieder auf. Die Arbeiter der ARGE Kaprun beschlossen aber, ihn unbefristet weiterzuführen. Sie brachen erst ab, als klar geworden war, daß überall sonst abgebrochen wurde und sie sich überzeugt hatten, daß ein isoliertes Weiterstreiken wenig Zweck hatte. Außerdem trafen die österreichische Exekutive und die amerikanischen Besatzer Vorbereitungen, um den Streik mit reaktionärer Gewalt zu erdrosseln. Amerikanische Panzer fuhren im Ort Kaprun auf und die Gendarmerie erschien mit Gewehren.

Weitere Betriebe im Pinzgau, in Kaprun, Zell/See, Saalfelden und Lend (Aluminiumwerk) schlossen sich dem Streik an. In Hallein traten die größten Betriebe in den Streik, die Zellulose und Friedmann & Mayer.

In **Vorarlberg** wurde in der zweiten Phase ebenfalls in mehreren Betrieben gestreikt, z.B. auf verschiedenen Baustellen, im Zementwerk Loruns und der Metallwarenfabrik Doppelmayr in Wolfurt.

In der **Steiermark** legten die Bergarbeiter in Fohnsdorf am Morgen des 4.Oktober die Arbeit nieder. Auch in verschiedenen anderen Betrieben wurde nochmals gestreikt. In den entscheidenden industriellen Zentren, v.a. in der Obersteiermark, kam es aber nicht nochmals zur Entwicklung einer machtvollen Streikbewegung. Hier war aber auch der bürgerliche Terror am ärgsten.

DER BÜRGERLICHE TERROR GEGEN DIE STREIKBEWEGUNG

Die Reaktion nützte die Zeit der Streikunterbrechung nicht nur zur pausenlosen antikommunistischen geistigen "Bearbeitung" der Arbeiterschaft vor allem mittels der Putschlüge, sondern traf auch alle Vorbereitungen, um den Streik unter Einsatz aller vorhandenen Mittel nunmehr gewaltsam niederzuschlagen.

Das selbst fabrizierte Gerücht vom kommunistischen "Putsch" war dabei der Hauptvorwand zum "Einschreiten" der Exekutive und zur Heranziehung aller möglichen "zivilen" Hilfstruppen, einschließlich der Mobilisierung faschistischer Kräfte. Die Regierung forderte am Vorabend des erneuten Streikbeginns direkt zum gewaltsamen Streikbruch auf: "Die staatliche Gewalt reicht aus, terroristische Aktionen im Keim zu ersticken... zerschlagt illegale Straßensperren, jagt anmaßende Eindringlinge aus dem Betrieb!". Die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter und die mit ihnen solidarischen Werktätigen wurden in diesem Aufruf in Nazimanier als "Volksschädlinge" beschimpft, die einen "verbrecherischen Anschlag" gegen "unsere Heimat" verüben.

Der in Österreich bestehende Staatsapparat – die Faust des Kapitals gegen das Proletariat

Die Streikbewegung gegen das 4. "Lohn-Preis-Abkommen" war **von Anfang an** mit der bürgerlichen Staatsgewalt konfrontiert. In der zweiten Phase der Streikbewegung **spitzte sich die Situation jedoch sehr wesentlich zu**:

"Die Ankündigung des Streiks und die Erfahrungen, die am 26.September zu sammeln gewesen waren, ermöglichten es der Bundesregierung und der Gewerkschaftsführung, sich auf den nächsten Lostag vorzubereiten. Bei der Exekutive wurde das Stichwort 'Konzert' ausgegeben, auf das hin die neuralgischen Punkte besetzt und geschützt werden sollten." (M.Rauchensteiner, Der Sonderfall, Graz-Linz 1985, S.291)

Am 3.Oktober ab 12 Uhr wurden auf Befehl Helmers die damals 28.000 Mann der Polizei und Gendarmerie in ganz Österreich in Permanenzdienst gestellt. Für die bevorstehenden "unangenehmen" Aufgaben erhielten sie Sonderzulagen. Diesem Zuckerbrot ließ Helmer sogleich die Peitsche folgen, indem er drohte, daß schärfstens gegen jeden Exekutivbeamten vorgegangen werde, der die "beschworene Pflicht der österreichischen Sicherheitsexekutive" verletze, "dieser Regierung zu gehorchen".

Und die Exekutive wurde in der zweiten Streikphase sofort auch massiv eingesetzt, mit noch größerer Härte als in der ersten Phase, um eine Eskalation der Streikbewegung zu verhindern.

In der Früh des 4.Oktober wurde das Zentralorgan der KPÖ, die "Österreichische Volksstimme", beschlagnahmt unter dem Vorwand der Nichtablieferung des vorgeschriebenen Pflichtexemplars sowie mit der grotesken Begründung, daß der Inhalt der Erklärung des ZK der KPÖ gegen die Putschlüge "beunruhigend und aufwieglerisch" wirke (vgl. VS 5.10.1950). Ganz klar sollte damit der Streikbewegung das zentrale Sprachrohr der einzigen Partei entzogen werden, welche sich mit den Streikenden solidarisierte.

Auch das damals im 9.Bezirk gelegene Gebäude des ZK der KPÖ wurde durch Störung der Telefonverbindungen, Abschaltung des Stroms usw. praktisch unverwendbar gemacht, sodaß die Parteileitung in ein anderes Quartier übersiedeln mußte, um überhaupt arbeiten zu können.

> *"Als zwei Lastautos mit Kriminalbeamten bei der kommunistischen Druckerei 'Globus' vorfuhren, um die Beschlagnahme durchzuführen, wurden sie von Sowjetoffizieren am Betreten des Gebäudes verhindert. Die Konfiskation wurde daraufhin bei den Vertriebsstellen durchgeführt.*
>
> *Die sowjetische Ortskommandantur in Schwechat beauftragte den Leiter der österreichischen Polizei, die beschlagnahmte 'Volksstimme' von Polizeibeamten plakatieren zu lassen."*
>
> *(Klenner, "Putschversuch - oder nicht?", S.61)*

Gleichzeitig trat die Exekutive in Aktion, um die entschlossensten Aktivistinnen und Aktivisten der Streikbewegung aus dem Verkehr zu ziehen. Verhaftet wurden nicht nur Kommunistinnen und Kommunisten, sondern auch viele Parteilose, welche im Kampf hervorgetreten waren. Das waren vor allem junge Arbeiterinnen und Arbeiter.

Auf den Straßen ging die Polizei mit wahren Prügelorgien gegen Demonstrationen und Straßensperren vor, versuchte Kundgebungen überhaupt zu verhindern. Vor den Betrieben wurden nicht nur Streikposten überfallen und zusammengeschlagen, sondern die Exekutive besetzte schließlich auch etliche Betriebe selbst, um so den Streik zu brechen.

Dies alles waren wohlgemerkt Aktionen einer bürgerkriegsmäßig ausgerüsteteten Exekutive, die mit Knüppeln und Bajonetten gegen die Arbeiterschaft vorging und viele Menschen brutal mißhandelt und verletzte.

Zwei Beispiele von den Brennpunkten der Kämpfe zeigen am besten, mit welcher Brutalität die Polizei zur Brechung des Streiks eingesetzt wurde:

In **Steyr** hatte die Regierung 3000 Gendarmen zusammengezogen, um dem Streik das Genick zu brechen. Nachdem die Aufforderungen von SP-Betriebsräten, die Arbeit wieder aufzunehmen, wirkungslos geblieben waren, besetzte die Gendarmerie in der Nacht vom 4. auf den 5.Oktober die Steyr-Werke. Jeder streikende Arbeiter wurde mit fristloser Entlassung und sofortiger Verhaftung bedroht. Mit knirschenden Zähnen wurde die Arbeit in dem militärisch besetzten Betrieb wiederaufgenommen, nachdem die Streikleitung aus der Erwägung heraus abbrach, daß die "unmittelbare Gefahr eines Blutvergießens" bestanden habe (siehe VS, 6.10.1950).

Donawitz: Nicht zufällig konzentrierten sich die tollwütige antikommunistische Hetze und die staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen sehr stark in den steirischen Industriezentren. Dort war die Streikbewegung zunächst langsamer in Gang gekommen, und nun fürchtete die kapitalistische Reaktion, daß die Empörung und die Kampfentschlossenheit der Arbeiterschaft in der zweiten Streikphase umso nachhaltiger zum Ausdruck kämen und die Bewegung in den anderen Bundesländern anspornen könnten.

Am 4.Oktober war eine der Schlagzeilen des steirischen SP-Blattes "Neue Zeit" eindeutig: "**Arbeiterfeinde werden liquidiert**" - damit waren natürlich nicht die Ausbeuter gemeint, sondern die Kommunistinnen und Kommunisten. Unverblümt wurde gedroht: "Wehe, wer heute die Arbeit hindert!". Die steirische Landeszeitung der KPÖ "Wahrheit" wurde gleich an drei Tagen hintereinander beschlagnahmt. In Leoben wurden 25.000 Flugblätter mit dem Aufruf der Gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz konfisziert.

Besonders arg wütete der bürgerliche Terror in der Hütte Donawitz, welche das Zentrum jedes allgemeinen Streiks in der Obersteiermark sein mußte.

Vereitelte Sabotage in Donawitz

Zehntausende Arbeiterfamilien sollten arbeitslos werden — Die Verbrecher hinter Schloß und Riegel — Kein Pardon den Terroristen!

Von unserem Leobener Korrespondenten

LEOBEN, 5. Oktober.

Der dem gesamten Volke gehörende Alpine-Großbetrieb Donawitz war Mittwoch abend, wie wir im größten Teil unserer gestrigen Ausgabe bereits kurz berichteten, Schauplatz eines niederträchtigen Sabotageversuches von führenden Kommunisten, der für mehr als 200.000 Arbeiterfamilien katastrophale Folgen hätte haben können. Der Sabotageversuch wurde schlagartig in letzter Minute durch die Verhaftung von elf kommunistischen Saboteuren unterbunden, gegen die eine Anzeige wegen Hochverrates und Vergehen nach dem Koalitionsgesetz erstattet wurde. Drei KP-Betriebsräte sind spurlos verschwunden, nach den Flüchtigen wird gefahndet. Fünf der Verhafteten, darunter der KP-Betriebsrat Sepp Filz, der wegen Mißhandlung eines Arbeiters verurteilt wurde und gegen den ein Verfahren wegen öffentlicher Gewalttätigkeit läuft, wurden fristlos entlassen.

Ein teuflischer Plan: Hochöfen stillegen!

Mittwoch bemühten sich die führenden Kommunisten, wie wir bereits berichteten, dreimal erfolglos, die Belegschaft in den Streik zu hetzen. Darauf ersannen die Kommunisten einen teuflischen Plan: Man mußte die Hochöfen stillegen, um damit die Energie- und Rohmaterialversorgung des Werkes und der anderen Betriebe der Eisen- und Metallindustrie zu unterbinden.

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag

Mittwoch abend erhielten nun die Kommunisten der Hochofen-Nachmittagschicht den Auftrag, nach Schichtschluß am Arbeitsplatz zu bleiben. Die anderen Arbeiter ließ man weggehen. So gelang es dem kommunistischen [illegible] keine Lager vorhanden sind, in kurzer Zeit ihre Arbeiter entlassen müssen.

185.000 Bauarbeiter, davon 22.000 in Steiermark, waren arbeitslos geworden. In ganz Österreich hatten mehr als 200.000 Arbeiterfamilien von der Arbeitslosenunterstützung leben müssen, auch die Donawitzer Belegschaft hätte statt einem Durchschnittslohn von 1200 S nur die Arbeitslosenunterstützung von monatlich etwa 360 bis 410 S erhalten, wenn der Plan der Saboteure und Putschisten gelungen wäre.

Die Verhaftung der Verbrecher

Es war daher höchste Zeit, daß die Sab[illegible]

Die Lüge von der Sabotage an den Donawitzer Hochöfen wurde von der SP-Presse (AZ, 6.10.) massiv verbreitet

In Donawitz waren Gendarmerie und Polizei konzentriert und die Arbeiterzüge wurden schon in der ersten Streikphase eskortiert. Im Werk wimmelte es von Kriminalpolizei und die Agitation für den Streik mußte unter den Augen der Staatsgewalt durchgeführt werden. Speziell am 4.Oktober wurden Hunderte Gendarmen, Polizisten, Kriminalbeamte und "zivile" Hilfspolizisten aufgeboten, um alle Streikversuche unter Einsatz brutaler Gewalt zu brechen. Sie hielten alle Telefone und Meisterzimmer besetzt und bewachten die Arbeiter an den Arbeitsplätzen.

In der Nacht vom 4. auf den 5.Oktober wurden alle kommunistischen Betriebsräte verhaftet bis auf einen, der sich durch Untertauchen drei Tage der Verhaftung entziehen konnte und in diesen drei Tagen noch hervorragende illegale Agitations- und Propagandaarbeit leistete.

Als die Arbeiter am Hochofen beschlossen, nach dem Anstich die Arbeit niederzulegen, erklärte die Direktion, daß dies gleichbedeutend sei mit einer "Sabotage". Überfallkommandos der Polizei und Gendarmerie besetzten daraufhin den Hochofen und zwangen, im Verein mit den Meistern, Ingenieuren und Direktoren, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit. Eine Urabstimmung wurde unter Androhung fristloser Entlassung verhindert.

Die Organisierung reaktionärer Hilfstrupps durch die SPÖ-Führer

Während die Herrschenden in den von den westlichen Alliierten besetzten Zonen Wiens und der Bundesländer ungehindert die Exekutive in "gefährdeten" Gebieten konzentrieren konnten, war dies in der sowjetischen Zone nicht möglich. Überörtliche Polizei- und Gendarmeriekonzentrationen wurden von den sowjetischen Kommandeuren verboten, ebenso der Waffengebrauch und das Verlassen der Dienstbezirke. Auf diese Weise konnten die vorhandenen bewaffneten staatlichen Kräfte, Polizei und Gendarmerie, nicht mit voller Wucht gegen die Streikenden eingesetzt werden. Überhaupt gebot die komplizierte Situation infolge der vierfachen Besetzung einen relativ beschränkten Einsatz der österreichischen Exekutive. Die Herrschenden fanden sich mit dieser Situation selbstverständlich nicht ab.

Zum einen wurde mit Hilfe aller möglichen Tricks die Exekutive selbst verstärkt. Mit einem Erlaß des SP-Innenministers Helmer wurde verfügt, daß Feuerwehr, Forstpersonal usw. als "Hilfspolizei" aufgeboten werden konnte. Diese

Fortsetzung auf S.44

Heldenhafter Kampf in Donawitz

Die Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag beginnt. Um 22 Uhr gehen die Betriebsräte der Einheitsliste Petz, Filz, Lainer, Peikler und Frisch zu den Betriebshochöfen. Sie teilen der Belegschaft die Beschlüsse der allgemeinen Betriebsrätekonferenz mit, jene Beschlüsse, die lauten: Wenn die Regierung die Forderung der Arbeiter nicht annimmt, rufen wir alle Arbeiter in Österreich auf, in den Streik zu treten.

Petz spricht zur Belegschaft. Er fordert sie auf, erst dann mit dem Streik zu beginnen, wenn der Abstich, der zwischen 10 und 11 Uhr stattfindet, durchgeführt, die Öfen von der Erzm.asse geleert und wieder mit Koks angefüllt sind. Dann erst soll man die Öfen unter Beibehaltung der normalen Hitze stillegen, die Luftzufuhr drosseln und Sicherungsmannschaften zurücklassen. Diese Verfügung bedeutet, daß schon vier Stunden nach Beendigung des Streiks die normale Produktion wiederaufgenommen werden kann. Ein Meister fragte noch einmal Petz: "Also wir sollen auf jeden Fall erst den Anstich durchführen." - "Selbstverständlich", erklärt Petz. "Wir wollen die Öfen nicht ruinieren!"

Während die Arbeiter noch über den Streik abstimmen, stürmen bewaffnete Polizei und Kriminalpolizei, stürmen Ingenieure und Direktoren, geführt vom Direktor Narbeshuber und vom Polizeimajor Weingrill, in die Halle. Der Direktor fragt die Belegschaft des ersten Hochofens drohend: "Ihr wollt also streiken?" Die Arbeiter antworten: "Ja, wir streiken."

Der Direktor rennt zum zweiten Hochofen, stellt dort in gleichem Ton die gleiche Frage und fügt hinzu:

Fortsetzung gegenüber

Fortsetzung von voriger Seite

"Der erste Ofen streikt nicht." Die Arbeiter erklären: "Wir streiken trotzdem." Und nun laufen Direktor, Polizeimajor, Kriminalbeamte und Polizisten zu den Arbeitern des dritten Hochofens, die inzwischen abgestimmt haben. Wieder erklärt der Direktor: "Ihr wollt streiken? Die anderen beiden Öfen streiken aber nicht." Und wieder anworten die Arbeiter achselzuckend: "Das macht nichts, dann streiken wir eben allein."

Einige Arbeiter, einige Werkmeister beginnen dem Direktor zu erzählen, daß alle Sicherungsmaßnahmen getroffen werden, daß kein Ofen beschädigt wird. Ohne ihnen zu antworten, wendet er sich an Polizeimajor Weingrill und sagt: "Ich mache hiermit die Anzeige gegen die Betriebsräte des Linksblocks wegen Sabotage der Hochöfen und verlange ihre sofortige Verhaftung."

Inzwischen sind die Betriebsräte ins Blechwalzwerk weitergegangen. Auf dem Weg spricht Petz mit einigen Arbeitern. Plötzlich wird er von einem Kriminalbeamten gepackt und davongeschleppt. Man sagt ihm, er sei wegen Sabotage verhaftet.

Im Blechwalzwerk hat inzwischen der Betriebsrat Filz die Pausensirene gezogen, das Zeichen zur Einberufung einer Abteilungsversammlung. Auch in dieser Versammlung sollen die Arbeiter von den Beschlüssen der allgemeinen Betriebsrätekonferenz informiert werden, wie es die Betriebsvollversammlung vor fast einer Woche beschloß. Zwei Kriminalbeamte springen auf ihn zu und versuchen, ihn von der Sirene fortzureißen. Er läßt nicht los, hält mit ganzer Kraft am Griff fest, während das Pausenzeichen über dem Getöse des Walzwerkes dahintönt. Erst nach einigen Minuten gelingt es den Kriminalbeamten, ihn fortzureißen und wegzuführen. Auch Filz wird verhaftet.

Laimer und die anderen Betriebsräte sind inzwischen in die Blechwalzwerkadjutage gegangen, wo man durch den Lärm der Scheren das Pausenzeichen nicht gehört hat, und haben den Arbeitern mitgeteilt, daß eine Abteilungsversammlung beginnt. Dabei wird Laimer von den Polizisten, die ihm folgten, ebenfalls verhaftet und abgeführt.

Inzwischen spricht Frisch in einem anderen Teil der Halle vor einer Gruppe von Arbeitern, erklärt ihnen die Beschlüsse der Betriebsrätekonferenz und fordert sie auf, die Beschlüsse der Donawitzer Betriebsvollversammlung einzuhalten. Während er noch spricht, wird die Gruppe von einem dichten Kordon von Polizisten und Ingenieuren umgeben. Polizeimajor Weingrill schreit Frisch an: "Sie haben kein Recht, während der Arbeitszeit Versammlungen abzuhalten!" Frisch antwortet ruhig: "Herr Major, Sie mögen ihre Gesetze haben, ich bin Betriebsrat und handle nach meinen Gesetzen und nach dem Auftrag meiner Belegschaft!" Dann fordert Frisch die Belegschaft auf, über den Streik abzustimmen. Direktor Narbeshuber schreit dazwischen: "Jeder, der durch Handzeichen seine Zustimmung zum Streik ausdrückt, wird fristlos entlassen!" Trotz diesen Worten hebt sich ein Wald von Armen. Während die Arbeiter noch abstimmen, wird Frisch verhaftet und aus der Halle geschleppt.

In den nächsten Stunden werden sämtliche Betriebsräte der Einheitsliste, die während der Nacht nicht im Betrieb waren, ebenfalls festgenommen. Die meisten von ihnen werden aus ihren Betten geholt, darunter der Betriebsrat Karpf, der seit mehreren Tagen krank ist und seit Anfang der Woche nicht im Betrieb war. Auch diese Betriebsräte werden beschuldigt, "Sabotage an den Hochöfen" verübt zu haben.

Donnerstag früh sind nur noch zwei Betriebsräte in Freiheit, Peikler und Tremmel. Peikler weiß, daß gegen ihn ein Haftbefehl läuft. Trotzdem geht er in den Betrieb, geht in die Werkbahnremise und führt dort eine Versammlung durch, bei der einstimmig der Streik beschlossen wird. Der SP-Meister Marek benachrichtigt telephonisch die Kriminalpolizei. Aber als die Polizei kommt, sind Peikler und Tremmel bereits verschwunden. Die Arbeiter haben sie hinausgebracht.

Inzwischen halten die von einigen hundert Kriminalbeamten im ganzen Betrieb fieberhaft gesuchten Betriebsräte Peikler und Tremmel in der Elektrowerkstätte seelenruhig eine weitere Versammlung ab. Auch hier spricht Peikler einige Minuten, auch hier wird über den Streik abgestimmt, und auch hier trifft die Polizei, die einige Minuten später hereinstürzt, nur erstaunte und ahnungslose Arbeiter. Peikler? Den hat man nicht gesehen. Niemand weiß, wo er ist. Erst zwei Tage später wird er festgenommen...

(Aus: Volksstimme, 13.10.1950)



Fortsetzung von S.42

Maßnahme blieb klarerweise nicht auf den sowjetisch besetzten Teil Österreichs beschränkt.

Zum anderen organisierten insbesondere die SPÖ und die ÖGB-Führung bewaffnete und unbewaffnete Gruppen, um den Streikbruch effektiver betreiben zu können. Die bedeutendste dieser Gruppen war die sogenannte "Olah-Garde" vor allem aus Bauarbeitern verschiedener Firmen. (Dazu speziell im nächsten Abschnitt).

Eine Erfahrung der ersten Streikphase war ja, daß die Polizeikräfte allein kaum ausreichen würden, wenn sich der Streik weiter ausdehnt und an Militanz gewinnt. In Wien zum Beispiel war es der Polizei nicht gelungen, die Massen vom Ballhausplatz fernzuhalten. Auch in Linz war sie zunächst "außerstande, auch nur die wichtigsten Gebäude zu schützen", in Graz war die Polizei am 27.9. "nicht in der Lage, die Demonstranten von der Innenstadt abzuhalten, obwohl am 27.September noch im letzten Augenblick versucht wurde, die Murbrücke von Gendarmen besetzen zu lassen." (Rauchensteiner, S.290).

Die Exekutive sollte nun vor allem die "lebenswichtigen" Einrichtungen bewachen, während Betriebe mit SP-Mehrheiten "sich selbst schützen" und gegebenenfalls anderen Betrieben zu Hilfe eilen sollten. Sie sollten ebenso den Kontakt der Streikwilligen mit den Arbeitern anderer Betriebe verhindern, indem man sie die Tore bewachen ließ.

In Wien, aber nicht nur dort, gingen sozialdemokratische Funktionäre in Absprache mit den Unternehmern und Direktionen daran, den Werkschutz zu verstärken oder sie organisierten Prügelgruppen aus verläßlichen Vertrauensleuten. Zum Beispiel wurde bei den Straßenbahnern eine Art "Werkschutz" aufgestellt, um Remisen, Werkstätten und die Straßenbahndirektionen zu "beschützen", d.h. Streiks zu verhindern bzw. sie nach Ausbruch raschest abwürgen zu können. Die betrieblichen "Selbstschutzeinheiten" (bei Schoeller-Bleckmann z.B. auch "technische Nothilfe" genannt) wurden mit verschiedenen Hiebwaffen ausgerüstet.

In Niederösterreich koordinierte die SPÖ-Führung ihre Streikbruchaktivitäten besonders mit der ÖVP. Einer internen Abmachung zwischen SPÖ und Bauernbund zufolge wurden z.B. im Bezirk Neunkirchen "Bauernbereitschaften" aufgeboten. "Die Heimattreuen standen bereit", berichtete die "Volkspresse" der ÖVP.

Nazis und Austrofaschisten, SS-ler und Heimwehrleute wurden mobilisiert gegen die Arbeiterschaft. Nur ein paar Beispiele aus Niederösterreich:

- Der SP-Bürgermeister von Mautern in Niederösterreich hatte eine Garde organisiert, "die durchwegs aus ehemaligen SS-Leuten und illegalen Nazilegionären zusammengesetzt war. Diese Bande wurde gegen die streikenden Arbeiter von Krems eingesetzt." (VS, Ausgabe für Niederösterreich, 14.10., S.6);

- "In Litschau wurde vom SP-Bürgermeister eine 'Hilfspolizei' gebildet, die mit der Gendarmerie zum Streifendienst eingesetzt wurde. Der Heimwehrgraf Sailern hat dazu einige Forstangestellte mit Jagdgewehren abkommandiert. Einige dieser Neu-Heimwehrler hatten ihre Hüte mit dem Hahnenschwanz geschmückt." (Ebenda)

- Unter dem Geläute der Kirchenglocken sammelte die ÖVP im Raum Amstetten Bauern und Landarbeiter mit Ochsenziemern und Dreschflegeln als 'Hilfspolizei' (VS, 8.10., S.5).

Die besondere Rolle der Olah-Prügelbande und ihre Hintergründe

In Wien hatte die sogenannte "Olah-Garde" in Koordination mit der Polizei einen Hauptteil bei der Ausübung des Terrors gegen die streikenden und demonstrierenden Arbeiterinnen und Arbeiter. Olah war damals SP-Nationalrat und Vorsitzender der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter.

In drei Standorten, darunter das Meidlinger SP-Bezirksheim Ruckergasse und die Straßenbahndirektion Wieden, wurden von Olah an die 2000 Bauarbeiter und andere Elemente kaserniert, verpflegt und ausgerüstet. Ihre Bewaffnung bestand aus Holzknüppeln und langen Latten, mit denen sie von Lastautos, die ihnen die Unternehmer zur Verfügung stellten, herunter auf Demonstranten eindroschen. Dolche und Pistolen wurden auch verwendet. Für die Motorisierung sorgten u.a. die Baufirmen Hofmann und Maculan. Sekretäre der Bauabeitergewerkschaft waren für die Führung der "Einsätze" eingeteilt, bei brisanteren Aktionen griffen Abgeordnete der SPÖ ein, voran Olah selbst, die im Schutz ihrer parlamentarischen Immunität die gekauften Prügelhelden befehligten. Für die Verpflegung sorgte die SP-Wohlfahrtsorganisation "Volkshilfe", für die Kosten der ÖGB. Von Bürgermeister Körner gezeichnete Ausweise wiesen die Männer als Angehörige des Straßenhilfsdienstes oder ähnlichem aus. Jeder der Männer erhielt 50 S "Taggeld", weshalb sie auch "50-Schilling-Manderln" genannt wurden. Unter ihnen befanden sich jede Menge Nazis.

Die von Olah organisierten Schlägertrupps erschienen auf ihren LKW an vielen Orten, wo die Streikenden den Verkehr blockierten und schlugen mit ihren Holzknüppeln drein. In einzelnen Betrieben brachen sie auch direkt den Streik. Zwei Beispiele:

- In der Schuhfabrik "Eldorado" im 12.Wiener Bezirk hatte sich die Belegschaft mit 175 : 25 Stimmen für den Streik entschieden. Unter dem Kommando des SP-Nationalratsabgeordneten Reismann überfiel eine Abteilung von Olahs Banden die bestreikte Fabrik, schlug den SP-Betriebsratsobmann blutig, bedrohte die großteils aus Frauen bestehende Belegschaft und zwang sie, die Arbeit wieder aufzunehmen.

- In Wien-Liesing überfiel eine Olah-Bande am 5.Oktober in den frühen Morgenstunden die streikenden Arbeiter vor der Köb-Garage, wobei ein Betriebsrat durch einen Streifschuß am Kopf verletzt wurde.

In der antikommunistischen Hetze wurde dieser Terror gegen die Streikenden so dargestellt, als habe "**die** Bevölkerung" und "**die** Arbeiterschaft" gegen die "kommunistischen Terroristen" gekämpft.

Die bewaffneten Gruppen Olahs agierten unmittelbar im Auftrag und mit Unterstützung der Regierung. Nicht zufällig war Olah selbst zwei Jahre vorher vom Bundesvorstand des ÖGB zu einem amerikanischen Gewerkschaftskongreß und zum Studium der amerikanischen "Erfahrungen" entsendet worden.

In Verbindung mit den konterrevolutionären Herrschaftserfahrungen aus der Vergangenheit der österreichischen Bourgeoisie kamen die "amerikanischen Methoden" im Oktoberstreik zur praktischen Anwendung. Und aus den Erfahrungen des Oktoberstreiks selbst zogen die kapitalistischen Machthaber und ihre Politiker die Schlußfolgerung, daß es notwendig ist, über stärkere bewaffnete Kräfte und militärische Reserven zu verfügen. Olah wurde mit einem entsprechenden "Sonderprojekt" betraut:

> "Unsere Aufgabe war damals, eine Wiederholung des Jahres 1950 möglichst am Anfang zu verhindern, um das Land nicht irgendwelchen inneren Gefahren auszusetzen." (Olah, Interview im "Falter" 38/90, S.8)

In den westlichen Besatzungszonen Österreichs baute der SP-Innenminister Helmer und

Der steile Aufstieg und Fall der Kreatur Olah

Für seine besonderen "Verdienste" als Organisator und Führer von bewaffneten Streikbrecherbanden wurde Olah reichlich belohnt und ihm eine steile Karriere gesichert. Er stieg bald zum Chef der ÖGB-Führung überhaupt auf, wurde Vorsitzender der Parlamentsfraktion der SPÖ und schließlich Innenminister. In der Zeit, als er ÖGB-Vorsitzender war, verwendete er die Millionen aus den Kassen der Gewerkschaft zur Aufpäppelung neofaschistischer Kräfte, zur Finanzierung der Wahlpropaganda der FPÖ als Nachfolgerin des VdU und machte mit diesen Millionen das erzreaktionäre Boulevardblatt "Kronenzeitung" groß. Als Innenminister baute er unter Verwendung der alten Gestapo-Akten ein umfangreiches Spitzelarchiv auf, in dem sogar führende Politiker seiner eigenen Partei "erfaßt" wurden.

Bei allen diesen Tätigkeiten arbeitete Olah eng mit dem amerikanischen Geheimdienst CIA zusammen, er selbst rühmte schon als Gewerkschaftspräsident die Notwendigkeit und Enge einer solchen Zusammenarbeit im "Kampf gegen den Kommunismus". Olah ließ im Zuge dieser Zusammenarbeit in verschiedenen Teilen Österreichs geheime Waffenlager, Funkstationen, Fuhrparks, Materialdepots usw. anlegen und betrieb materiell und personell ausgesprochene Bürgerkriegsvorbereitungen.

Heute ist ganz offensichtlich, daß die Anfang November 1990 bekanntgewordene de fakto faschistische Geheimorganisation "Gladio" unter Vorherrschaft des CIA und im Dienste der NATO, die im gesamteuropäischen Maßstab konterrevolutionäre Verbrechen vorbereitet und durchführt, schon eine jahrzehntelange Geschichte hat und einer ihrer Hauptverbindungsleute und Hauptvertrauensmänner in Österreich in den 50er und 60er Jahren Olah war.

Daß Olah schließlich gestürzt, ihm sogar ein öffentlicher Prozeß gemacht wurde, hängt nicht nur damit zusammen, daß seine eindeutig faschistischen Aktivitäten schon zu skandalös wurden, sondern auch damit, daß sich seine "Aktivitäten" zunehmend auch gegen seine "Ministerkollegen" und seine Rivalen in der eigenen Parteiführung zu richten begannen.

(Vgl. dazu auch den Artikel "Lehren aus dem Olah-Prozess", RF 106, 1969, enthalten auch im Sammelband "Dokumente des Kampfes UM DIE BEWUSSTMACHUNG UND REVOLUTIONIERUNG DER ARBEITERKLASSE")

sein ÖVP-Staatssekretär eine Bereitschaftstruppe der Gendarmerie auf, den Kern des späteren Bundesheeres. In der sowjetisch besetzten Zone wurde ein Netz geheimer Funkstationen und militärischer Stützpunkte organisiert. Olah selbst sagt darüber:

"Spezialgruppen wurden in der Handhabung moderner Schußwaffen, in der Verwendung von Plastiksprengstoffen ausgebildet, wir hatten einige Judogruppen und bauten Lastwagen zu Mannschaftstransportwagen um. Eine eigene Spezialgruppe wurde für den Wintereinsatz im Gebirge ausgerüstet, die nötigen Ausrüstungsgegenstände wurden in einem für diese Zwecke angekauften Haus in Golling verwahrt. **Viele dieser Gegenstände wurden auf den Namen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes angekauft**, weil dies weniger auffiel."
(Zitiert nach "Falter" 38/90, S.8)

Zur Zeit des Oktoberstreiks gab es noch kein Bundesheer, der Einsatz der Exekutive war durch die Besetzung in mancher Beziehung noch eingeschränkt. Aber selbst in dieser Situation war im Grunde offensichtlich, wie rasch die Verschärfung der Klassengegensätze auf den Bürgerkrieg zutreibt. Wenn eine Streikbewegung gegen ein "Lohn-Preis-Abkommen" bereits gewaltsam niedergeschlagen wird, wie kann dann jemals an eine "friedliche Entmachtung" der Bourgeoisie auch nur gedacht werden?

Die Rolle der imperialistischen Besatzungsmächte

Wäre es nach dem Willen der österreichischen Bundesregierung gegangen, dann hätte der Streik von vornherein von den westlichen Besatzungsmächten, speziell den amerikanischen Besatzern, militärisch unterdrückt werden sollen. Das hätte sogar noch den Vorteil gehabt, ihn als ausschließlich "russische" Angelegenheit abtun zu können.

Am 27. September brachte die "New York Times" die Meldung, daß Mitglieder der österreichischen Regierung am Tag des Beginns der großen Streikbewegung und der Demonstration am Ballhausplatz zur amerikanischen Besatzungsmacht gelaufen waren. Die Situation sei beunruhigend und sie flehten die amerikanische Besatzungsmacht an, Truppen gegen die streikenden und demonstrierenden Arbeiterinnen und Arbeiter einzusetzen. Das amerikanische Kommando habe es in dieser Situation aber abgelehnt, sich zwischen den Demonstranten und der österreichischen Polizei einzumischen, "obwohl von einigen Mitgliedern der Regierung Figl inoffizielle Vorstellungen erhoben wurden." (Zitiert nach VS, 3.10.1950)

Am nächsten Tag ersuchte die Regierung nochmals um Intervention. Der damalige ÖVP-Außenminister Gruber bestätigte dies ein paar Jahre später:

"Am Nachmittag (des 27.September, RF-Anmerkung) traten wir daher im Innenministerium zu einer Lagebesprechung zusammen. Das Komitee (?!) bat mich, zunächst mit den drei westlichen Besatzungsmächten zu sprechen, ob es ihnen nicht möglich wäre, ... die Straßensperren zu durchbrechen." (Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit - Der Sonderfall Österreich, Wien 1953, S.231)

Allerdings blieben die westlichen Besatzer keineswegs "neutral" gegenüber dem Streik. Am 29.September bezeichnete der amerikanische Vertreter in der Sitzung des Alliierten Rates die Streiks, Demonstrationen und Protestkundgebungen gegen den Preistreiberpakt mit unverhohlener Wut und Gereiztheit als "Unruhen", die man seiner Ansicht nach mit den Polizeikräften der Besatzungsmächte hätte unterdrücken müssen. Der englische Vertreter machte der sowjetischen Vertretung Vorhaltungen, weil diese es abgelehnt hatte, sich der amerikanischen "Initiative" anzuschließen, Militärpolizei der Besatzungsmächte gegen die Demonstrationen und zur Unterdrückung der Streiks einzusetzen. Die sowjetischen Vertreter im Alliierten Rat verhinderten das Zustandekommen eines einstimmigen Beschlusses im Alliierten Rat bezüglich eines Vorgehens gegen die Streikenden mit der Alliierten Militärpolizei.

Am 29.September hatte der amerikanische Hochkommissar die Spitzen der österreichischen Regierung Figl, Schärf und Helmer zu sich gebeten, um mit ihnen über die Situation zu sprechen. Er empfahl,

"sämtliche Register der Staatsmacht zu ziehen, die Öffentlichkeit zu mobilisieren und alle parteiinternen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten."
(Siehe: Rauchensteiner, Der Sonderfall, S.295).

Die westlichen Besatzer bereiteten den Militäreinsatz praktisch vor und drohten auch damit. In der Stiftskaserne in Wien übten die Amerikaner das Verhalten im Straßenkampf, hatten Tafeln vorbereitet, auf denen groß geschrieben stand: "Halt! Es wird geschossen!" (Rauchensteiner, ebenda, S.295). In Kaprun fuhren amerikanische Panzer auf, um die streikenden Kraftwerkarbeiter einzuschüchtern.

In der Steiermark wurde von Vertretern der SP und VP sowie dem Sicherheitsdirektor sondiert, ob mit einer Hilfe von Seiten der britischen Besatzungsmacht gerechnet werden könne. Die Besatzungsmacht war bereit, die Aufforderung zum Einsatz müsse aber der Landeshauptmann geben. Im Bericht des Sicherheitsdirektors heißt es dazu: "Für diesen Augenblick des Einsatzes von britischen Truppen würde von Seiten der britischen Kommandanten keine Warnung an Aufständische erteilt, sondern mit allen zur Verfügung stehenden Waffen eingeschritten werden." (Zitiert nach Gruber/Hörzinger, "...bis der Preistreiberpakt fällt", S.109). Man beachte: Die Streikenden bzw. demonstrierenden Arbeiterinnen und Arbeiter werden hier ungeniert als "Aufständische" bezeichnet, die ohne Warnung niederzumachen seien!

Die Haltung der sowjetischen Besatzungsmacht

Die sowjetischen Vertreter hatten ihr entschiedenes Veto gegen einen alliierten Militäreinsatz gegen die Streikbewegung eingelegt. Dafür wurden sie von den imperialistischen Besatzern heftig angegriffen. Doch nicht nur das.

Die österreichischen Reaktionäre und die westlichen Besatzer beschuldigten die Sowjets, sich unzulässig in den Streik einzumischen - auf Seiten der Streikenden, versteht sich. Minister Waldbrunner und andere krakeelten immer wieder wegen "Lastwagen mit russischem Kennzeichen", welche den Streikenden zur Verfügung gestellt würden. Tatsächlich gab es nicht einen einzigen "russischen" Lastwagen, wohl aber Lastwagen aus USIA-Betrieben, welche die Arbeiter für ihre Zwecke verwendeten.

Den österreichischen Reaktionären und westlichen Besatzern war kein Anlaß zu blöd, um die sowjetische Besatzungsmacht zu verleumden. Als z.B. ein sowjetischer Panzer ausgerechnet auf einem Bahnübergang bei Langenzersdorf in Niederösterreich ein technisches Gebrechen gehabt hatte und auf den Schienen stehenbleiben mußte, wurde dieser "Fall" sofort im Alliierten Rat von den Westmächten aufgegriffen und als Unterstützung der Streikenden hingestellt (vgl. Rauchensteiner, S.292).

Allerdings, in der Tat verhielt die Sowjetkommandantur in Österreich so, daß die österreichischen Reaktionäre und die westlichen Besatzungsmächte Grund hatten, sich zu ärgern: **Sie sicherten in ihrer Zone die Rahmenbedingungen des Streikrechts, der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, genau wie es im Alliierten Kontrollabkommen auch festgeschrieben war**. Wenn das eine "unzulässige Einmischung" war, so war die Besetzung Österreichs selbst unzulässig! Der gewiß aller Sympathien mit dem Oktoberstreik unverdächtige bürgerliche Militärexperte Rauchensteiner schreibt:

"Die Russen ließen es zu, daß Eisenbahnlinien und Straßen blockiert wurden, taten allerdings nichts, um diese Maßnahmen der Streikenden zu fördern... Die Exekutive durfte nicht zusammengezogen werden. Sie sollte im wesentlichen nur die Möglichkeit haben, den passiven Schutz der öffentlichen Einrichtungen zu gewährleisten. Es wurde von der Landeskontrollkommission ausdrücklich der Waffengebrauch* verboten."
(Rauchensteiner, Der Sonderfall, S.294, 295)

Fortsetzung auf S.49

* Dies betraf nicht nur Schußwaffen, sondern auch Schlagstöcke.

Das reaktionäre Geschrei um die "Vorfälle in Wiener Neustadt"

Besonders viel Lärm wurde um die "Vorfälle in Wiener Neustadt" am 5.Oktober gemacht. Hier glaubten die antikommunistischen Hetzer, die Sowjets wirklich einmal ertappt zu haben bei der Überschreitung ihrer Befugnisse. Die Regierung sandte darüber gar eine Note an den Alliierten Rat. Worum ging es?

In Wiener Neustadt hatten Raxwerk-Arbeiter das Postamt besetzt. Die Telefonzentrale sollte unter Kontrolle der Streikenden gebracht werden, um die Information und Koordination zwischen den am Kampf beteiligten Betrieben und Kräften zu sichern. Ein etwa 250 Mann starkes Aufgebot von Gendarmerie und Schulmannschaften der Wiener Polizei, das unter offener Verletzung der Anordnungen der sowjetischen

Fortsetzung auf der folgenden Seite

Fortsetzung von voriger Seite

Besatzungsmacht herangeschafft worden war, griff daraufhin die Gruppe von Arbeitern an, die im Auftrag des Streikkomitees im Postamt Streikwache standen. Die Gendarmen gingen äußerst brutal gegen die Arbeiter vor, zwangen sie, sich mit erhobenen Händen an die Wand zu stellen, und schlugen dann mit ihren Knüppeln auf sie ein. Die Gendarmen waren mit Revolvern, Karabinern mit aufgepflanztem Bajonett und Knüppeln bewaffnet. Die Polizisten trugen Stahlhelme.

Streikende Arbeiter eilten ihren bedrängten Kollegen zu Hilfe. Bewaffnet mit Eisenstangen und Kupferkabeln griffen sie die Gendarmerieeinheit vor dem Postamt an. Es kam zu einem heftigen Kampf, in dessen Verlauf sechs Arbeiter schwer verletzt wurden. Die Gendarmen wurden überrascht. Während sie unter dem wuchtigen Angriff der Streikenden zerstreut wurden, sangen die festgenommenen Streikposten die Internationale, bis sie befreit wurden. Es gelang den Arbeitern, den Gendarmen Karabiner, Bajonette und eine ganze Kiste Munition abzunehmen. Die Karabiner der Gendarmen waren geladen und eine Patrone in den Lauf geschoben.

Noch ehe die Gendarmerieeinheit völlig aufgelöst war, erschienen mehrere LKWs mit sowjetischen Soldaten, die durch die Reihen der erschreckten Gendarmen fuhren, die daraufhin in alle Windrichtungen zerstoben. "Die Gendarmen wurden fast zur Gänze zersplittert", hieß es in den Akten des Polizeikommissariats Wiener Neustadt. Selbst aus der "Sachverhaltsdarstellung" der Bundesregierung geht hervor, daß die sowjetische Kommandantur völlig im Rahmen ihrer Befugnisse gehandelt hatte:

"Die sowjetischen Offiziere gaben den österreichischen Beamten nach deren übereinstimmenden Aussagen den strikten Befehl, 'innerhalb von zehn Minuten den Status quo herzustellen', also den Demonstranten das Postamt wieder zu überlassen und alle nicht dem Stand der Wache in Wiener Neustadt angehörigen Exekutivorgane aus dem Stadtbereich zu verweisen, widrigenfalls die Besatzungsmacht einschreiten müßte, um das Stadtgebiet insbesondere das Postamt von auswärtigen Exekutivorganen zu räumen. Den Kommandanten der auswärtigen Abteilungen wurde befohlen, unverzüglich in ihre Standorte zurückzukehren." (Zitiert nach Klenner, "Putschversuch - oder nicht?", S.84)

D.h. die sowjetische Besatzung tat nichts anderes, als den durch das illegale Vorgehen der österreichischen Exekutive herbeigeführten Zustand wieder rückgängig zu machen.

In der Sitzung des Alliierten Kontrollrats hatte der sowjetische Hochkommissär die amerikanischen Erfindungen einer "russischen Einmischung" in diesem Zusammenhang souverän als völlig unbegründet zurückgewiesen und die Gegenoffensive ergriffen, indem er die Haltung der österreichischen Regierung als rechtswidrig und undemokratisch und deren Deckung durch die amerikanischen Besatzer brandmarkte:

"Das Sowjetelement strebt in den alliierten Organen seit jeher *einvernehmliche* Beschlüsse zur Erfüllung der im Kontrollabkommen festgelegten Grundaufgaben an, nämlich die Durchführung einer wirksamen *Demokratisierung, Entnazifizierung* und *Entmilitarisierung* sowie der Schaffung eines *gesunden und demokratischen nationalen Lebens.*"

"Der Sowjetvertreter stellte fest, daß der jüngste Streik in Österreich *eine Folge der Österreich einseitig aufgezwungenen Politik der Marshallisierung* des Landes und der Nichterfüllung der vom amerikanischen Element übernommenen Verpflichtungen auf dem Gebiet der Entwicklung eines gesunden demokratischen, nationalen Lebens ist, die eine gröbliche Verletzung des Kontrollabkommens darstellt. Er wies darauf hin, daß das wahre Ziel des amerikanischen und britischen Elements, die konstruierte, verleumderische Behauptungen im Alliierten Rat vorbringen, darin besteht, *die widerrechtliche Handlungsweise der österreichischen Regierung und ihrer Exekutivorgane* durch Anwendung *antidemokratischer Kampfmethoden* gegen die werktätige Bevölkerung zu rechtfertigen sowie in dem Versuch, *die Werktätigen ihrer elementaren Kampfmittel für die Verbesserung ihrer immer schlechter werdenden Lebensbedingungen zu berauben...* Da die gegen das Sowjetelement vorgebrachten Erfindungen zur Gänze widerlegt worden waren, wurde die weitere Behandlung dieser Frage *abgebrochen.*"
(Österreichische Zeitung, Zeitung der Sowjetarmee für die Bevölkerung Österreichs, 14.10.1950)



Die zentrale Rolle der SPÖ- und ÖGB-Führung bei der Abwürgung des Streiks

Daß der Preistreiberpakt nicht zu Fall gebracht werden konnte, hatte das österreichische Großbürgertum zuallermeist den SPÖ-Führern und ihrer Gefolgschaft zu verdanken. Und zwar in jeder Hinsicht:

- Die SP-Politiker und die SP-Zeitungen standen von Anfang an eindeutig **an der ersten Stelle bei der antikommunistischen Hetze** gegen die Streikbewegung. Das SP-"Tagblatt" in Linz z.B. beschimpfte in einem Artikel vom 29.September unter dem Titel "Landfremde" die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter als eine landfremde Minderheit, üble Faschisten, entwurzelte Elemente, Aufwiegler usw. Das Grazer SP-Blatt rief sogar im Nazijargon zur "Liquidierung der Streikführer" auf. **Sämtliche** SP-Organe waren voll mit derartigen Haß- und Hetztiraden.

- Der **physische Terror** der Polizei und "ziviler" Schlägertrupps wurde ebenfalls zuvorderst von SP-Politikern wie Innenminister Helmer, Justizminister Tschadek, dem Abgeordneten Olah usw. befehligt und organisiert.

- Die SP-Führer und ihr Funktionärsanhang waren es auch, welche den Streik am meisten **von innen her sabotierten und abwürgten**. In den Streikkomitees waren zunächst neben ehrlichen Sozialisten oft auch SP-Betriebsräte, die dort nur teilnahmen, "um einen mäßigenden Einfluß ausüben zu können" (Klenner, "Putschversuch - oder nicht?", S.46). Als sie bzw. ihre Befehlsgeber den Moment gekommen sahen, riefen sie offen zum Streikbruch auf.

So zum Beispiel in Steyr. Dort hatten die SP-Betriebsräte eine Urabstimmung über den Streik gefordert. Als sich zwei Drittel für die Weiterführung des Streiks entschieden, traten die darin noch vorhandenen SP-Betriebsräte aus dem Streikkomitee aus, indem sie - laut einem Polizeibericht - nur verblieben waren zwecks Information, also als Spione. SP-Funktionäre waren zu jeder Schandtat bereit, um die Weiterführung des Streiks zu torpedieren.

Eins der harmloseren Beispiele: In einem Ort in Niederösterreich ließen höhere SP-Funktionäre von einem Schlot bei der Bahn die Sirenen abmontieren, um zu verhindern, daß am Mittwoch, dem 4.10., zum Streik aufgerufen wird!

- Die SP-Führer waren es auch vor allem, welche die Arbeiterinnen und Arbeitern **mit Brotlosigkeit, d.h. mit dem Hunger drohten**. "Ohne Arbeit kein Brot! Ohne Brot kein Kampf!" hieß es z.B. in dem Flugblatt der SPÖ-, ÖVP und VdU-Betriebsräte der VÖEST, in dem zum Streikbruch aufgerufen wurde.

- Gleichzeitig war es auch vor allem die SP- und ÖGB-Führung, welche mit **demagogischen Versprechungen** die Arbeiterschaft zu verwirren suchte. So hieß es in der Sondernummer der SP-Betriebszeitung "Welt der Arbeit" großsprecherisch:

"Wir sagen es sehr deutlich: Wir werden ebenso wie mit den Putschisten *auch mit den Preistreibern abrechnen*. Wenn sie es wagen sollten, werden wir sie so bekämpfen, *wie sie es verdienen*. Die österreichische Arbeiterschaft will von allen Blutsaugern frei werden!" (Sondernummer Oktober 1950)

Mit diesen Sprüchen knüpfte die SP-Führung in gewisser Weise noch an ihrer "austromarxistischen" Tradition mit ihren hohlen "Drohgebärden" an. Die wesentliche Rolle der österreichischen Sozialdemokratie in der 1.österreichischen Republik bestand ja darin, sich an die Spitze der Arbeiterbewegung zu setzen, um diese Spitze abzubrechen. Nur insoferne war sie damals Teil der Arbeiterbewegung und betrieb als solcher Teil eine "Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie", wie Dimitroff sagte, die sie mit ziemlich viel Geschick "austromarxistisch" bemäntelte. Tatsächlich aber gab sie ohne Widerstand eine Position nach der anderen auf und verurteilte das österreichische Proletariat durch ihre Kapitulationspolitik im Februar 1934 zur Niederlage.

Gerade der Oktoberstreik zeigte sehr deutlich, daß die SPÖ seither die Merkmale einer solchen reformistischen Partei im wesentlichen **bereits abgestreift** hatte. Die SPÖ der 2.Republik hat die unmittelbare Funktion der wütendsten Verteidigung und Durchsetzung der kapitalistischen Reaktion übernommen. Sie konnte im Oktober 1950 garnicht mehr vor der Bourgeoisie **kapitulieren**, weil sie nach 1945 von vornherein als eine Partei zur Wahrung der Interessen der Großbourgeoisie, **nicht anders als die ÖVP**, gegründet wurde.

Nur daraus ist zu erklären, warum die SPÖ-Führung mit einem so wilden antikommunistischen Haß gegen eine Streikbewegung vorging, die zu großen Teilen auch von SP-Arbeiterinnen und Arbeitern mitgetragen wurde. Und nur so ist erklärbar, warum die SPÖ-Führung im Oktober 1950 nun selbst mit ähnlichen Mitteln gegen die Streikbewegung hetzte und vorging, wie seinerzeit die erzreaktionären bürgerlichen Parteien und sogar wie die Dollfuß-Faschisten 1933 gegen die großteils SP-geführte Arbeiterbewegung der 1.Republik.

Daran ändert nichts, daß die SPÖ **nach wie**

vor die führende Position in der Arbeiteraristokratie und der Arbeiterbürokratie, speziell in der Gewerkschaftsbürokratie einnahm bzw. immer noch einnimmt. Im Gegenteil, nur daraus erklärt sich, warum die SPÖ-Führung damals eine noch wildere Hetze als die ÖVP entfalten, ja sogar ihre "eigene" Basis wüst beschimpfen und gewaltsam bekämpfen **mußte**. Die Durchsetzung der Politik der verschärften Ausbeutung hing im Oktober 1950 entscheidend davon ab, daß die "Sozialisten" als Vorreiter des Antikommunismus, als Vorposten der amerikanischen "Freedom and democracy"-Demagogie in der Arbeiterbewegung auftraten. Daher nahm die SP-Führung auch in Kauf, daß Teile ihrer Anhängerschaft verlorengingen und SP-Arbeiterinnen und SP-Arbeiter aus Protest und Empörung ihre Mitgliedsbücher zerrissen.

Ja, die SPÖ-Führung war überaus stolz auf ihre schmutzigen Dienste als Sachwalter des österreichischen Monopolkapitals. Sie brüsteten sich:

"Die demokratischen Sozialisten Österreichs sind der Vorposten für das ganze freie Europa!"

"In Korea mußten die Truppen der Vereinten Nationen gegen den aggressiven Kommunismus eingesetzt werden. In Österreich haben die Sozialisten die Demokratie gerettet."

"Die Volksdemokratie wäre schon da, wenn wir Sozialisten nicht wären."

(Alles aus: "Welt der Arbeit", Oktober 1950)

"Ich trete aus"

Mit dem heutigen Tag erkläre ich meinen **Austritt aus der SPÖ.**

Begründung: Der vierte Lohn-Preis-Pakt hat mir gezeigt, daß die Führung der SPÖ und im ÖGB nicht die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Anstatt sich an die Spitze des berechtigten Kampfes der Arbeiterschaft gegen diesen Lohn-Preis-Pakt zu stellen, haben sich die Führer der SPÖ dazu hergegeben, daß sie in den Betrieben Knüppelgarden gegen die streikenden Arbeiter im Interesse der Kapitalisten organisierten.

Diese Knüppelgarden hatten die Aufgabe, **wie seinerzeit die Heimwehren**, der Arbeiterschaft in dem Lohnkampf in den Rücken zu fallen.

Dazu kommt noch, daß bei der sogenannten 'Siegesfeier' in Wiener Neustadt zum erstenmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung unseres Bezirkes die Sozialistische Partei **gemeinsam mit der Kapitalistenpartei**, der ÖVP, marschierte.

Bei dieser Kundgebung wurde auch der bei den Sozialisten so verhaßte ehemalige **Heimwehrbürgermeister Zach** vom sozialistischen Vorsitzenden besonders herzlich begrüßt.

Kein ehrlicher Abeiter, kein aufrechter Sozialist kann mehr in den Reihen einer solchen Partei bleiben, die sich zwar sozialistisch nennt, aber wie die Ereignisse der letzten Tage gezeigt haben, ausschließlich die Interessen der Kapitalisten vertritt.

Daher habe ich mich entschlossen, aus der Sozialistischen Partei, die einmal eine Arbeiterpartei war, auszutreten.

Josef Kovatsch, Betriebsratsobmann der Erlacher Wollwarenfabrik

*

Ich Unterfertigter erkläre mit dem heutigen Tag meinen **Austritt aus der Sozialistischen Partei** Österreichs.

Als **sozialistischer Betriebsratsobmann** habe ich es immer als meine Pflicht betrachtet, im Kampf der Arbeiter um ein größeres Stück Brot auf ihrer Seite zu stehen. So habe ich es auch im jetzigen Kampf gehalten. Dafür wurde ich vom SP-Sekretär der Bau- und Holzarbeiter in Wiener Neustadt Höbling als Schwein beschimpft. Dieser Auch-Sozialist Höbling verlangte von meiner Firma, daß ich entlassen werden soll.

Ich kann als **ehrlicher Sozialist** und Arbeiterfunktionär **nicht mehr länger** einer Partei angehören, die mit der reaktionären Volkspartei gemeinsame Aufmärsche gegen die kämpfenden Arbeiter veranstaltet und faschistische Methoden gegen ehrliche Arbeiterfunktionäre anwendet.

Johann Pichl, Betriebsratsobmann der Firma Burgweg, Erlach

*

An die Bezirksleitung der SPÖ Wiener-Neustadt.

Hiermit bringe ich euch zur Kenntnis, daß ich aufgrund des 4.Lohn-Preis-Paktes und eurer schändlichen Haltung vorgenannten Paktes wegen in Verbindung mit dem heute stattgehabten Verbrüderungsmarsch mit der ÖVP meinen sofortigen Austritt aus der SPÖ erkläre.

Adolf Friedrich, Betriebsratsobmann der Firma Huber-Sollenau

Die ÖVP und bürgerliche Medien wie die "Presse" oder die "Oberösterreichischen Nachrichten" wurden von SPÖ-Seite sogar - sozusagen "von rechts" - kritisiert, weil sie von "Fehlern der Regierung" geschrieben und damit "staatspolitisch destruktiv" gewirkt hätten. Das SP-Organ "Demokratisches Volksblatt" vom 9.Oktober 1950 erklärte gar, "daß angesichts der schwierigen Lage, die durch die wilde Propaganda und durch die Terrorversuche der Kommunisten in der Ostzone Österreichs entstanden war, das **österreichische Bürgertum mit Blindheit geschlagen war"**, also angeblich nicht energisch genug gegen die Streikenden vorgegangen sei.

Der Chefredakteur der SP-"Arbeiterzeitung" Oscar Pollak verkündete Monate später recht deutlich:

"Wäre das österreichische Bürgertum besser beraten, es müßte täglich seinem Gott auf den Knien danken und **beten, daß die österreichische Sozialistische Partei recht stark bleibe**."

Zur Rolle des "VdU", der Vorläuferorganisation der FPÖ, während des Oktoberstreiks

Eine nicht zu vernachlässigende reaktionäre Rolle spielte während des Oktoberstreiks, vor allem in Oberösterreich, auch der "VdU", der sogenannte "Verband der Unabhängigen".

Die Gründung und Formierung des VdU erfolgte 1949 unter intensiver und direkter Hilfe der SPÖ-Führung, speziell des SP-Innenministers Helmer. Der VdU unter Führung von Herbert Kraus und Viktor Reimann war Sammelbecken alter und neuer Faschisten. (Das VdU-Organ "Berichte und Informationen" wurde wegen offen faschistischer Propaganda zeitweilig vom Alliierten Rat verboten).

Der VdU übernahm sowohl die Rolle eines stillen Teilhabers der Regierungskoalition als auch die eines Auffangbeckens für Unzufriedene.

Das bedeutete einerseits, daß der VdU die arbeiterfeindliche Lohnraubpolitik der SP/VP-Koalition erklärtermaßen unterstützte. Schon am 24.Dezember 1949 schrieb der VdU-Nationalrat Hartleb im "Alpenruf":

"Mehr Lohn zu fordern, das bedeutet Diebstahl an fremder Leistung. Lebt eine Familie vielleicht dadurch besser, daß der Sohn aus der Tasche des Vaters Geld stiehlt?".

Am 15.Dezember 1949 hatte der "Führer" des VdU, Kraus, eine Rede vor dem Österreichischen Industriellenverband gehalten, in der er sagte:

"Wir sind in einer Lage, in der die Unternehmer und die Arbeiter einen gemeinsamen Kampf führen müssen. Unter den derzeitigen Verhältnissen ist jede Forderung nach höheren Löhnen und weiteren sozialen Leistungen des Unternehmers reine Demagogie. Denn woher sollten wir das Geld dafür hernehmen? Das Sozialprodukt ist eben so klein, daß für den Arbeiter einfach nichts mehr herausgeholt werden kann."

Die Führungen der Koalitionsparteien hatten die Rolle des VdU als stillen Kompagnon wiederholt auch anerkannt. Zwei Beispiele:

- Im September 1950 ließ der Wiener SP-Bürgermeister Körner gegen den Widerstand der arbeitenden Bevölkerung Wiens 43 VdU-Leute als Wiener Bezirksräte einsetzen (auf Kosten von 43 SP-Bezirksräten!), obwohl dafür keinerlei gesetzliche Grundlage vorhanden war und keine Bezirksrätewahlen stattgefunden hatten;

- Bei den niederösterreichischen Gemeindewahlen am 7.Mai 1950 wurden von VdU und ÖVP gemeinsame Listen aufgestellt. In einigen niederösterreichischen Gemeinden waren 50 Prozent der ÖVP-Kandidaten VdU-Faschisten.

Die Doppelfunktion des VdU, einerseits der Regierungskoalition als faschistischer Stoßtrupp die Durchführung ihrer arbeiterfeindlichen Politik zu erleichtern, andererseits als Auffangbecken zu dienen, um ein Abwandern der Unzufriedenen nach links zu verhindern, kam während des Oktoberstreiks sehr deutlich zutage.

In der ersten Streikphase versuchte der VdU, auf die Protestbewegung der Arbeiterschaft aufzuspringen, um sie in ein reaktionäres Fahrwasser zu bringen. Das scheinradikale Auftreten der VdU-ler gegen SP-Gewerkschaftsführer wie Böhm war nur Demagogie, hinter der sich der Haß gegen die Gewerkschaftsbewegung überhaupt versteckte.

Am deutlichsten wurde die streikbrecherische Rolle des VdU bei der VÖEST, dem größten österreichischen Industriebetrieb. * Dort hatte der VdU zunächst sogar

---

* Der große Einfluß des VdU gerade bei der VÖEST in Linz hängt sicherlich mit Besonderheiten der sozialen und politischen Struktur dieses Betriebs und seines Umfelds zusammen, wie zum Beispiel einem überproportional hohen Anteil von sogenannten "Vertriebenen".

Die SP-Führer benützten dieses Faktum völlig demagogisch. Sie "erklärten", daß die oberösterreichischen Arbeiterinnen und Arbeiter, darunter jene der VÖEST, als erste gestreikt hätten, weil sie besonders rückständig gewesen seien, weil sie zu einem erheblichen Teil erst in jüngster Zeit proletarisiert worden seien usw. In Wirklichkeit erklärt sich daraus keineswegs die große Streikbereitschaft, sondern umgekehrt die Schwäche des Streiks etwa bei der VÖEST. Am stärksten stand die Streikfront in Oberösterreich bekanntlich auch in den Steyrwerken, deren Belegschaft einer der kampferprobtesten Kerne der österreichischen Arbeiterschaft war und über sehr hohes Klassenbewußtsein verfügte.

eine relative Mehrheit in der Streikleitung. Er benützte seinen Einfluß zunächst, um den Streikkampf zu desorganisieren, zu desorientieren und zu diskreditieren. Die SPÖ-Führung nutzte gleichzeitig die demagogische Schaumschlägerei des VdU aus, um den Streik als "kommunofaschistisches Bündnis" zu beschimpfen.

Bei der Abwürgung des Streiks kam die zutiefst arbeiterfeindliche Rolle des VdU offen zum Vorschein. In einem gemeinsamen Flugblatt mit den Fraktionen der SP- und ÖVP-Betriebsräte rief die Fraktion der VdU-Betriebsräte in der VÖEST offen zum Streikbruch auf und die VdU-ler traten aus dem Streikkomitee aus.

Voll Stolz schrieb das VdU-Blatt "Die Neue Front" nach dem Ende des Streiks am 7.Oktober 1950, daß der VdU, so wie die Regierungsparteien, alles daran gesetzt hatte, den Oktoberstreik abzuwürgen:

"Wir sind überzeugt, daß ohne VdU die Streiks noch ganz andere Ausmaße angenommen hätten."

Und am 14.Oktober stand in dem selben braunen Organ:

"Der Protest gegen das vierte Lohn-Preis-Abkommen hat gezeigt, **wie notwendig eine nichtkommunistische Opposition in Österreich ist**. Der VdU hat diese Aufgabe übernommen und bewiesen, daß er imstande ist, Disziplin zu halten und seine Anhänger **in die antikommunistische Abwehrfront zu rufen**."

Als direkte Nachfolgerin des VdU hat die FPÖ heute im Kern die selbe reaktionäre Funktion als Auffangbecken für Unzufriedene, als Partei der "Protestwähler", welche demagogisch gegen die "Bonzen" der "Altparteien" redet, und gleichzeitig als Einpeitscher der verschärften Reaktion auftritt. Die österreichischen Arbeiterinnen und Arbeiter dürfen die Gefährlichkeit dieses Auftretens von solchen Kettenhunden des Kapitals wie der FPÖ keineswegs unterschätzen.

DAS ENDE DES STREIKS

Die Situation am letzten Streiktag

Am Donnerstag, dem 5.Oktober 1950, stand auf der ersten Seite des Zentralorgans der KPÖ: "**Noch eine letzte Anstrengung und der Streik ist lückenlos**."

Dies erwies sich leider als blamable Fehleinschätzung, war eine totale Verkennung der Situation. Vor allem mit Hilfe der SP-Sozialreaktionäre war es den Herrschenden gelungen, die Ausdehnung und Vertiefung der Streikbewegung weitgehend zu stoppen. Das antikommunistische Trommelfeuer, der polizeiliche Terror, die zahlreichen Verhaftungen und die ökonomischen Drohungen zeigten Wirkung und wurden gleichzeitig noch weiter gesteigert. Auch in einer solchen Bastion der Bewegung wie Steyr wurde die Arbeit in den praktisch militarisierten Steyr-Werken wieder aufgenommen. Von den wenigen neu in den Streik tretenden Betrieben konnte nicht mehr jene Steigerung der Kampfkraft ausgehen, welche für die Durchsetzung der Streikziele notwendig gewesen wäre.

Die entstandene Situation zeigte aber zugleich auch, daß sich eine Streikbewegung eben nicht erst abdrehen und dann wieder aufdrehen läßt wie ein Wasserhahn. Die katastrophale Fehlentscheidung der Streikunterbrechung hatte der Bewegung ungeheuer viel an Schwung und Durchschlagskraft genommen, der Reaktion aber zugleich die nötige Zeit zur Gegenmobilisierung verschafft.

Umso mehr war der letzte Streiktag vor allem in Wien und Niederösterreich geprägt von außerordentlichen, manchmal geradezu erbitterten Anstrengungen der Streikenden, den Streik nicht nur nicht abbröckeln zu lassen, sondern noch zu steigern, auszudehnen und zu verschärfen, um die Regierung doch noch zum Rückzug zu zwingen.

Nochmals wurde der Versuch gemacht, das öffentliche Leben lahmzulegen. An diesem Tag wurden in Wien allein 122 Straßen und Plätze blockiert, das Straßenpflaster wurde aufgerissen, LKWs umgestürzt oder quergestellt. Viele Sperren erfolgten durch Abladen von Sand und Schutt.

Dies alles geschah in der Atmosphäre der schärfsten Hetze und ständiger Überfälle, in Wien vor allem durch die Olah-Banden. Die Regierung hatte ja eine regelrechte Pogromstimmung gegen die "Terroristen" entfacht und direkt zum gewaltsamen Streikbruch aufgerufen. Die Streikenden mußten in größeren Gruppen auftreten und sich notdürftig bewaffnen, um sich gegen Überfälle zu schützen.

Die Streikenden oder Streikwilligen in Wien und Niederösterreich hatten erfahren, daß in Steyr

und in Donawitz während der Nacht der Streik durch den Terror der Exekutive und der SP-Streikbrecher niedergeschlagen worden war.

Ihr Haß, ihre Wut, ihre Empörung, aber auch ihre Verbitterung führten da und dort auch zu Aktionen, die kaum noch mobilisierend wirkten. Dazu gehörte die Stillegung einiger Betriebe lediglich von außen her und ohne direkte Zusammenarbeit mit den dort Beschäftigten selbst, die Verhinderung des Verkehrs einfach durch technische Mittel wie Schotter abladen, Geleise ausgießen oder Eisenbahnweichen zubetonieren - unter Bedingungen, in denen das Verständnis der arbeitenden Menschen dafür schon fehlte.

Diese Aktionen wurden in vielen Fällen durchgeführt von Leuten mit großartigem Kampfgeist, höchster Einsatz- und Opferbereitschaft. Kampfentschlossene Arbeiterinnen und Arbeiter unternahmen damit eben jene von der KPÖ geforderte "letzte Anstrengung", um den Streik vollständig zu machen. Doch dadurch konnte das Abbröckeln nicht verhindert, das Ruder nicht mehr herumgerissen werden. Und gleichzeitig wuchs die Gefahr, daß die Reaktion die schwierige Situation, den sich nun tatsächlich vertiefenden Riß zwischen streikenden und nicht streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern ausnützte, um gerade die Entschlossensten und Aktivsten zu isolieren und fertig zu machen.

Andererseits gab es selbstverständlich auch Provokateure, Polizeiagenten, Agenten der diversen westlichen Geheimdienste usw., die alles daransetzten, um Verwirrung zu stiften und die Kampfbewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter zu diskreditieren. Bereits bei der Wiederaufnahme des Streiks am Vortag hatte das Zentralorgan der KPÖ vor Provokateuren gewarnt, deren Aufträge darauf hinausliefen, "Streit unter die Arbeiter zu tragen, Zusammenstöße zu provozieren und irgendwelchen sinnlosen Zerstörungen das Wort zu reden." (VS, 4.10.1950) Dieses Gesindel hatte in diesem großen Kampf Hochbetrieb, so wie das immer in solchen Kämpfen war und immer sein wird. In der allerletzten Kampfphase nahm die von diesen Provokateuren und Agenten ausgehende Gefahr rasch zu, besonders in Verbindung mit der sich dramatisch verschärfenden staatlichen Repressionswelle.

Der Beschluß, den Streik abzubrechen

Am Abend des 5.Oktober trat in der Floridsdorfer Lokomotivfabrik nochmals das Präsidium der gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz zusammen, um die Lage zu beraten. Mit 400 gegen 3 Stimmen wurde eine Resolution beschlossen, in der empfohlen wurde, den Streik abzubrechen, in Betriebsversammlungen die Aufnahme der Arbeit zu beschließen. Als entscheidende Begründung wurde genannt, daß es angesichts des Terrors und der Gefahr blutiger Zusammenstöße bis hin zum Bürgerkrieg im gegebenen Augenblick nicht mehr möglich sei, eine einheitliche Bewegung in ganz Österreich zu entfalten. Gleichzeitig wurde dazu aufgerufen, in den Betriebsversammlungen den Preistreiberpakt neuerlich abzulehnen und den Terror gegen die Arbei-



Sand und Schutt auf den Gleisen in Wien - wenn die Straßenbahner selbst nicht mehr mittun, nützt auch der Sand nichts mehr

terschaft zu verurteilen. Dies geschah auch in breitem Umfang. Der Kampf sollte in anderen Formen weitergeführt werden, "bis der Zeitpunkt kommt, in dem die österreichischen Arbeiter und Angestellten **mit noch größerer Kraft** die schärfsten gewerkschaftlichen Mittel anwenden werden, um ihre gerechten Forderungen durchzusetzen." (VS, 6.10.1950)

Unserer Meinung nach gibt es keinen Grund, den Beschluß des organisierten Abbruchs des Streiks selbst zu kritisieren. In der entstandenen Situation war diese Entscheidung zweifellos **richtig**, d.h. notwendig.

Leider ist die dafür gegebene Begründung aber höchst fragwürdig. Wenn die - noch dazu von der Reaktion ausgehende - "Gefahr blutiger Zusammenstöße bis hin zum Bürgerkrieg" **an sich** ein hinreichender Grund für den Abbruch eines großen Klassenkampfes der Arbeiter wäre, so wären sie zu ewiger Sklaverei verurteilt. Wie die Geschichte lehrt, steht vor jedem größeren Kampf der Arbeiterklasse die "Gefahr blutiger Zusammenstöße" mitunter auch "bis hin zum Bürgerkrieg". Aber für revolutionäre Arbeiterinnen und Arbeiter ist das kein Grund, solche Kämpfe aufzugeben, sondern die notwendigen Voraussetzungen schaffen zu helfen, daß der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter auch und erst recht im Falle einer solchen Zuspitzung siegreich bleibt, bis hin zur siegreichen proletarischen Revolution.*

Empfehlung der Exekutive der Gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz:

Heute Beendigung des Streiks

Die Exekutive der österreichischen Betriebsrätekonferenz stellt fest, daß seit dem 26.September hunderttausende Arbeiter, darunter die Arbeiter der größten Betriebe Österreichs, in voller Einheit kürzere oder längere Zeit im Streik gestanden sind.

Es war die mächtigste und stärkste Willenskundgebung der österreichischen Arbeiterschaft seit Bestand der zweiten Republik.

Die Arbeiter haben diszipliniert den Kampf für ihre Forderungen geführt. Diese Bewegung und die Sympathien, auf die sie in der Bevölkerung gestoßen sind, waren der Ausdruck dafür, daß die Arbeiterschaft und die große Mehrheit des Volkes den Preistreiberpakt ablehnen.

Die Regierung und der Bundesvorstand des ÖGB haben sich über den eindeutigen Willen der Arbeiterschaft und des ganzen Volkes hinweggesetzt. Sie haben den Kampf der Arbeiterschaft verleumdet, indem sie die Lüge verbreiteten, daß es ein politischer Kampf mit dem Ziel der Machteroberung sei. Sie haben insbesondere Terrorgarden nach dem Muster der Heimwehr organisiert, um den Streik der Arbeiterschaft zu brechen. In Donawitz, Steyr, Wiener Neustadt und an vielen anderen Stellen haben sie Gendarmerie und Polizei eingesetzt, um das Streikrecht außer Kraft zu setzen und durch Anwendung von Waffengewalt die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen.

Der Bundesvorstand des ÖGB und die Führung er SPÖ haben sich voll und ganz in den Dienst der Kapitalisten gestellt. Sie sind als Streikbrecher und Unternehmerknechte der Arbeiterschaft in den Rücken gefallen und haben eine Front mit den alten und neuen Anhängern des Faschismus, mit Raab, Graf und dem VdU, gebildet. Die Arbeiterschaft ist mit Streik und friedlichen Demonstrationen für ihre gerechten Forderungen in den Kampf getreten. Die Regierung will blutige Zusammenstöße bis zum Bürgerkrieg provozieren. Durch die Anwendung von Waffengewalt unter dem Schutz der Besatzungsmächte wurde in den westlichen Bundesländern die Arbeiterschaft nach dem heroischen Kampf zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen.

Dadurch ist es im gegebenen Augenblick nicht mehr möglich, eine einheitliche Bewegung in ganz Österreich zu entfalten.

Aus diesen Gründen empfiehlt die Exekutive der österreichischen Betriebsrätekonferenz der Arbeiterschaft, den Streik **abzubrechen** und heute, Freitag, in **Betriebsversammlungen** die Aufnahme der Arbeit zu beschließen.

In diesen Betriebsversammlungen wird die Arbeiterschaft den Preistreiberpakt neuerlich ablehnen, die Gewalt und Terrormethoden, die gegen die streikenden Arbeiter angewandt wurden, verurteilen und den Kampf in anderen Formen weiterzuführen.

Der Kampf gegen den Preistreiberpakt, der Kampf gegen die Senkung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse ist **nicht zu Ende**. Er wird in jedem Betrieb, in jeder Branche **weitergeführt** werden, bis der Zeitpunkt kommt, in dem die österreichischen Arbeiter und Angestellten mit **noch größerer Kraft** die schärfsten gewerkschaftlichen Mittel anwenden werden, um ihre gerechten Forderungen durchzusetzen.

(Aus: Volksstimme, 6.10.1950)

Die Rache der Herrschenden und die Solidarität des Proletariats

Mit der Wiederaufnahme der Arbeit waren die Ereignisse um den Oktoberstreik nicht abgeschlossen. Jetzt folgte eine vielfältige infame Rache der "Sieger".

Die Regierung inszenierte im Verein mit all den "Wölfen, Schweinen und gemeinen Hunden der alten Gesellschaft" widerliche Siegesveranstaltungen, zu denen sie ihre Getreuen aufmarschieren ließ.

Den "braven Arbeitern", welchen der "Sieg des Anständigen über das Unanständige" mitzudanken sei, würden einige Lobesworte und manchen auch ein paar Schillinge hingeworfen. Gegen die anderen aber, welche sich gegen die verschärfte Ausbeutung aufgelehnt hatten, richtete sich nun eine vielgestaltige Rache der Herrschenden.

- Insgesamt wurden nach dem Streik an die 1.000 Arbeiterinnen und Arbeiter **entlassen oder gekündigt**, darunter auch Betriebsräte. Allein bei der VÖEST Linz und den Steyrwerken wurden je 350 hinausgeworfen. Bei den Aluminiumwerken Ranshofen gab es 90 Kündigungen. Klarerweise wurden gerade die Aktivsten, vor allem Kommunistinnen und Kommunisten entlassen. In Steyr versuchte man z.B., die KPÖ-Betriebsorganisation mit ihren 560 Mitgliedern aller Aktivisten zu berauben. - Bezeichnenderweise erfolgten die Maßregelungen vor allem in der **verstaatlichten Industrie** unter Führung des SP-Ministers Waldbrunner.

Die **Verhaftungen** einer Reihe von Betriebsräten und Streikenden erfolgte nach dem Koalitionsgesetz von 1870! Letzteres wurde geschaffen in den schwärzesten Tagen der Habsburgermonarchie unter dem berüchtigten Ministerium Taaffe, und zwar gleichzeitig mit dem sogenannten "Sozialistengesetz", das alle sozialdemokratischen Arbeiter- und Bildungsvereine auflöste. Unter der direkten Verantwortung des SP-Justizministers Tschadek erfolgten auch Anklagen aufgrund des Dollfuß-Staatsschutzgesetzes, das seinerzeit geschaffen wurde, um die Arbeiterbewegung und auch jene Partei, welcher der Justizminister selbst angehörte, zu unterdrücken!

- Des weiteren folgte eine ganze Serie von **Gewerkschaftsausschlüssen**. Insgesamt wurden 85 Mitglieder aus dem ÖGB ausgeschlossen, darunter eine Reihe von kommunistischen Gewerkschaftssekretären und -angestellten, die sich durch ihre Teilnahme am Streik und seine Unterstützung gegen die Geheimpackelei der Gewerkschaftsführung gestellt hatten. Bei den Metall- und Bergarbeitern wurden aus dem Zentralvorstand 4 von 8 Kommunisten hinausgeworfen. Gottlieb Fiala, der kommunistische Vizevorsitzende des ÖGB und Fritz Neubauer, der kommunistische Vizevorsitzende der Bau-Holzarbeitergewerkschaft waren die höchstrangigen Entlassungen und Ausschlüsse. In letzterer Gewerkschaft hatte Olah überhaupt verfügt, daß Kommunisten keine Funktionen in dieser Gewerkschaft bekleiden dürften!

Hinzu kamen Aufrufe, alle zu **denunzieren**, welche sich am Streik beteiligt oder ihn unterstützt hatten. Das Ganze ging tatsächlich in die Richtung eines sozialfaschistischen Terrors - Maßnahmen mit faschistischem Charakter, veranlaßt und durchgeführt von sogenannten "Sozialisten".

Alle von Helmer und Tschadek befohlenen Prozesse endeten jedoch mit dem Freispruch der Beschuldigten, denen keinerlei Gesetzesverletzungen angelastet werden konnten! Tschadek, unter Hitler Marine-Kriegsgerichtsrat in Kiel, befahl mit voller Härte durchzugreifen. Doch viele der versuchten Terrormaßnahmen der Regierung konnten durch die **Wachsamkeit und Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter** abgewehrt werden.

* Weiters bleibt die Frage: Wie kam es, daß die KPÖ einen Tag vorher noch die Einschätzung haben konnte: "Noch eine letzte Anstrengung und der Streik ist **lückenlos**", während am nächsten Tag bereits die Beendigung des Streiks erklärt werden mußte. Dies ist jedoch eine Frage, die nur im Zusammenhang mit der gesamten politischen Linie der KPÖ von damals richtig eingeschätzt werden kann (siehe dazu den Teil über die Hintergründe der Fehler und Schwächen der KPÖ im Oktoberstreik).

SPENDET FÜR DEN RF-FONDS!

DIE BILANZ DES STREIKS

Die Zahl der Streikenden

Um die Größe der Bewegung gegen den 4. "Lohn-Preis-Pakt" zu ermessen, ist es nützlich, die Zahlen über die Streikenden zusammenzufassen. Zunächst in den einzelnen Bundesländern:

Wien: In beiden Streikphasen streikten mindestens je 40.000.

Niederösterreich: In der ersten Phase waren es zwischen 38.000 und 55.000 und in der zweiten zwischen 42.000 und 55.000.

Oberösterreich: Hier legten im September ca. 60.000 und im Oktober ungefähr 10.000 die Arbeit nieder. (Die letzte Zahl ist aber sicherlich zu niedrig eingeschätzt.*

Steiermark: In der ersten Phase streikten 25.000 und in der zweiten rund 7.000. (Hier gilt dasselbe wie bei den Zahlen von Oberösterreich)

Salzburg: Zuerst legten 7.000 die Arbeit nieder, dann 8.000.



Die Zahlen in den **anderen Bundesländern** liegen erheblich darunter.

In der ersten Phase traten demnach ca. 170.000 - 190.000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige in den Streik, in der zweiten zwischen 110.000 und 125.000. Es wäre jedoch verfehlt, daraus eine Gesamtsumme zu bilden, da in den Zahlen zehntausende Streikende enthalten sind, die in **beiden** Phasen die Arbeit niederlegten. Jedenfalls haben mindestens 200.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gestreikt. Zu dieser Zahl kommt noch eine erhebliche Zahl von Arbeiterinnen und Arbeitern, die zwar nicht aktiv streikten, deren Betriebe aber durch die Streiks in anderen Betrieben praktisch stillgelegt waren.**

Der Gesamtumfang der Streikbewegung gegen das 4. "Lohn-Preis-Abkommen" wird deutlich beim Vergleich der Zahl der Streikenden mit der Gesamtzahl der österreichischen Industriebeschäftigten.

In der österreichischen Industrie waren 1950 ungefähr 500.000 Menschen beschäftigt. Selbst

* Sofern nicht anders angegeben, haben wir die Zahlen übernommen aus: R.Gruber/M. Hörzinger, "...bis der Preistreiberpakt fällt", S.120/121). Gruber/Hörzinger stützen sich auf Angaben von Epler "Der Große Streik", der Arbeiterkammer, sowie auf KPÖ-Dokumente.

** Die KPÖ gab am 11.10. in der "Volksstimme" an, daß insgesamt fast 400.000 Arbeiterinnen und Arbeiter und andere Werktätige im Streik gestanden hätten. Diese Zahl schließt offenbar auch die passiv streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter ein, dürfte aber dennoch zu hoch gegriffen sein.

wenn wir nur von 200.000 Streikenden ausgehen, ergibt sich, daß immerhin an die 40% der in der Industrie Beschäftigten gestreikt hatten. Denn die meisten der Streikenden waren in der Industrie beschäftigt.

Ein noch viel höherer Prozentsatz der Streikenden ergibt sich, wenn wir die Zahl der Streikenden in den **Großbetrieben** mit mehr als 1.000 Beschäftigten mit der Gesamtzahl der Beschäftigten dieser Betriebe vergleichen. In den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Wien standen **fast alle Großbetriebe** mindestens einmal im Streik.

Damit steht fest, daß die **Kernschichten** der österreichischen Arbeiterklasse zu einem beträchtlichen Teil am Kampf beteiligt waren. Die Bewegung gegen den Lohnraubpakt reichte aber noch weit über diese Streikzahlen hinaus, denn Zehntausende traten zwar nicht in den Streik, waren aber dennoch aktiv am Kampf beteiligt, indem sie Ablehnungsbeschlüsse faßten oder demonstrierten. **Der Regierung, der SPÖ- und ÖGB-Führung, war es in keinem einzigen Betrieb Österreichs gelungen, eine Zustimmungserklärung zum 4. "Lohn-Preis-Abkommen" zu erhalten!**

Die großartigste Massenbewegung seit dem Bestand der 2.Republik

Der damalige KPÖ-Vorsitzende Koplenig stellte auf dem ZK-Plenum am 12.Oktober 1950 mit Recht fest:

"Im Kampf gegen diesen Schandpakt ist in Österreich jene Bewegung ausgelöst worden, von der man heute ohne Übertreibung sagen kann, daß es **die größte Massenbewegung ist, die Österreich seit dem Bestand der zweiten Republik erlebt hat.** Mehr noch: Wenn man bedenkt, daß die letzten größeren wirtschaftlichen Massenstreiks im Jahre 1924 stattgefunden haben; daß die Gewerkschaftsführer, deren Aufgabe es ja gewesen wäre, an der Spitze dieser Massenbewegung gegen den Preistreiberpakt zu stehen, sich auf die Seite der Kapitalisten gestellt haben und Streikbrecherdienste geleistet haben; wenn man bedenkt, daß die Regierungsparteien und die westlichen Besatzungsmächte alle Mittel in Bewegung gesetzt haben, um die Arbeiter einzuschüchtern, zu verwirren und vom Kampf abzuhalten; wenn man all dies überlegt, dann wird uns die gewaltige Bedeutung des Kampfes erst recht bewußt. Noch nie in der Geschichte der Zweiten Republik sind so viele Arbeiter - es waren alles in allem mehrere Hunderttausend - gemeinsam in den Kampf und in den Streik getreten. Noch nie hat der Kampf eine so hohe Form erreicht wie in diesen wuchtigen Massenstreiks, Massendemonstrationen und den mutigen Auseinandersetzungen mit Polizeiprügelgarden und Heimwehrbanden. Noch nie haben so viele zehntausende *Sozialisten* gemeinsam mit uns Kommunisten gekämpft. Zehntausende *junge Arbeiter* haben zum ersten Mal an einem großen Kampf teilgenommen, und das große Erlebnis der proletarischen Solidarität einerseits und des Streikbruchs der SP-Führer andererseits wird für ihre weitere Entwicklung von entscheidender Bedeutung sein." (Zitiert nach "Weg und Ziel" 11/1950, S.738)

Lenin über die Bedeutung der Massenstreikbewegung

"Insbesondere müssen die kommunistische Partei und das ganze fortgeschrittene Proletariat allseitig und selbstaufopfernd die breite, elementare Massenstreikbewegung unterstützen, die unter dem Joch des Kapitals allein imstande ist, die Massen wirklich aufzurütteln, in Bewegung zu bringen, aufzuklären und zu organisieren und in ihnen volles Vertrauen zur führenden Rolle des revolutionären Proletariats zu wecken. Ohne eine solche Vorbereitung ist keinerlei Diktatur des Proletariats möglich."

(Lenin, Thesen über die Hauptaufgaben des 2.Kongresses der Kommunistischen Internationale, Werke Bd.31, S.182/183)

In der Tat war dieser gewaltige Massenstreik eine ungeheure **Schule des Klassenkampfes**, erwarben die streikenden und kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter in wenigen Tagen mehr Erfahrungen mit der Regierung, der Polizei, den SP-Sachwaltern des Kapitals, der Gewerkschaftsführung usw. wie sonst in vielen Jahren.

● Äußerst bedeutsam war, daß die Arbeiterklasse, v.a. das Industrieproletariat der Großbetriebe, ansatzweise als **Führerin aller Werktätigen** auftrat. So wandte sich die Gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz in einem Aufruf an die gesamte arbeitende Bevölkerung und erklärte: "Unser Kampf ist ein Kampf für das ganze Volk" (VS, 1.10.1950).* Die Exekutive der österreichischen Betriebsrätekonferenz gab auch einen speziellen Aufruf an die Bauern heraus.

In der Tat riß der Kampf des Industrieproleta-

* In diesen Appell an das ganze **Volk** wurden auch die "Gewerbetreibenden" eingeschlossen (vgl. VS, 1.10. 1950, S.2) Damit waren vor allem die Handwerker gemeint. Diese sind teilweise mehr dem Kleinbürgertum

Fortsetzung der Fußnote auf S.58

riats auch andere werktätige Schichten mit und stieß auf Sympathie bis hinein in die untere Beamtenschaft. In Linz zum Beispiel kam es zu einem befristeten Streik sämtlicher Magistratsbeamter.

Über die Notwendigkeit des Bündnisses mit den Mittelschichten, va. auf dem Land, stellte Franz Honner nach dem Oktoberstreik fest:

> "Zur Sicherung des Streikkampfes gehört auch die Herstellung eines engen Kontakts mit der *ländlichen Bevölkerung* und den Mittelschichten in den Städten und industriellen Zentren. Haben doch die Koalitionsparteien, vor allem die ÖVP, im letzten Streikkampf starke Anstrengungen gemacht, um diese Schichten, vor allem die Bauern, gegen die streikenden Arbeiter aufzuhetzen und durch sie einen Druck auf die Streikenden auszuüben. Es ist unerläßlich, diese Schichten unseres Volkes von der Not und der elenden Lage der Arbeiter in den Fabriken zu informieren und davon zu überzeugen, daß der Kampf der Arbeiter um mehr Brot und Lohn auch in ihrem eigensten Interesse gelegen ist, daß sie nicht gegen die Arbeiter, sondern mit den Arbeitern gemeinsam gegen die in- und ausländischen großkapitalistischen Ausbeuter und Volksfeinde kämpfen müssen." (Franz Honner, Der Streik als Waffe, Weg und Ziel 12/50, S.846/847)

Dabei war von großer Bedeutung, den Betrug an der Masse der kleinen Bauern zu entlarven. Die im 4. "Lohn-Preis-Abkommen" enthaltene Erhöhung der Getreidepreise nützte nämlich vor allem den **Großbauern** und **Großagrariern** (Gutsbesitzer) sowie dem kapitalistischen Zwischenhandel, den Mühlen und Brotfabriken, **nicht** aber der Masse der Kleinbauern, welche den Eigenbedarf an Brotgetreide nicht decken konnten und auf den Zukauf von Futtermitteln angewiesen waren, d.h. selbst erheblich unter den Teuerungen zu leiden hatten. Die "Volksstimme" versuchte dies während des Streiks in speziellen Artikeln aufzuzeigen.

Auch praktisch wurden von der kämpfenden Arbeiterschaft Schritte zur Herstellung des Bündnisses mit der kleinen Bauernschaft unternommen. Darüber schreibt Franz Honner:

> "Es empfiehlt sich, die schon geübte Praxis, daß die **Betriebe regelmäßig Agitationsgruppen aufs Land hinausschicken**, verstärkt fortzusetzen. Ein solcher ständiger Kontakt ist auch wichtig vom Gesichtspunkt der Solidaritätsbewegung, derer ein Streikkampf dringend bedarf." (Weg und Ziel 12/50, S.847)

● Eine wichtige positive Erfahrung des Oktoberstreiks war die **starke Beteiligung der Frauen** sowie auch der Arbeiterjugend:

> "Eine neue Erscheinung im letzten Streikkampf war die außerordentlich starke und aktive Teilnahme der *Frauen* und der *Arbeiterjugend*. Es muß auch in der Zukunft so sein, daß die Frauen der in einem Betrieb beschäftigten Arbeiter und Angestellten im Falle des Streiks und während seiner ganzen Dauer in den Kampf miteinbezogen und mit Aufgaben betraut werden: für Streikpostendienste, Agitation, Solidaritätsaktionen u. dgl." (Honner, ebenda, S.847)

Bei den mächtigen Kampfdemonstrationen wie am 26.September 1950 in Wien beteiligten sich viele Hausfrauen aus Arbeiterhaushalten. Bei der zweiten Kundgebung vor dem Wiener Rathaus waren - laut SP-Angaben - 40 Prozent Frauen. * Die Exekutive der Gesamtösterreichischen Betriebsratskonferenz hat auch ein besonderes Flugblatt mit einem Appell an die Frauen herausgegeben.

Allerdings nahmen die Frauen nicht nur als Hausfrauen teil, sondern standen selbst als **Proletarierinnen** in großer Zahl im Streik. Es streikten ja auch Betriebe mit überwiegender Frauen-Belegschaft wie etwa bei der Firma "Eldorado" im 12.Wiener Bezirk, wo sich Olahs Knüppelgarden auch besonders widerlich aufführten.'

● Ein herausragendes Moment des Streiks war die Tatsache, daß die kämpfende Arbeiterschaft sehr häufig den Rahmen der "Rechtstaatlichkeit" der bürgerlichen Ausbeuterordnung und ihres Staates **durchbrach**, gegen die reaktionäre Gewalt zu Mitteln der **revolutionären Gewalt** griff. Nichts hat die Sachwalter des österreichischen Monopolkapitals so sehr in Aufregung gesetzt wie diese "Mißachtung der Gesetze". Die Besetzung des Wiener Neustädter Postamts und seiner Telegrafenzentrale, die gewaltsame Vertreibung der Polizeieinheiten auf dem Ballhausplatz und anderswo hatte die österreichische Bourgeoisie entsetzt und zu sofortigen Hilferufen bei den imperialistischen Besatzungsmächten veranlaßt.

Der Kampf ging unmittelbar zwar "nur" um die Abwehr der verschärften Ausbeutungspolitik. Aber dahinter sahen die Herrschenden, deutlicher wohl als die Masse der Ausgebeuteten selbst, die drohende Riesengestalt des Proletariats, das sich seiner Lage, seiner Interessen und seiner Klassenmacht bewußt zu werden und sich wirklich mit aller Gewalt, mit **revolutionärer Gewalt**, gegen die kapitalistische Lohnsklaverei selbst zu erheben beginnt.

> "Die großen Fragen der politischen Freiheit und des Klassenkampfes werden letzten Endes nur durch Gewalt entschieden und wir müssen für die Vorbereitung, für die Organisierung dieser Gewalt und für ihre **aktive**, nicht nur defensive, sondern auch **offensive** Anwendung Sorge tragen."
> (Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, 1905, Werke Bd.9, S.17)

Die KPÖ über konkrete Schwächen und Fehler im Streikkampf

Bei der Auswertung der Erfahrungen und Lehren des Oktoberstreiks ergibt sich auch die Feststellung einer Reihe von Schwächen und Fehlern. Diese waren zum Teil unvermeidlich aufgrund der Unerfahrenheit großer Teile der Arbeiterschaft. Zum Teil hängen sie allerdings unmittelbar mit **Fehlern der KPÖ**, besonders ihrer Führung, zusammen (siehe dazu weiter unten). Bei der Darstellung der Mängel, Schwächen und Fehler auf der Ebene der unmittelbaren (operativen) Streikführung können wir uns im wesentlichen auf die Auswertung stützen, welche Franz Honner in dem Artikel "Der Streik als Waffe" vorgenommen hat.**

● Unklarheiten über das **Streikziel**:

> "Bevor man einen Streik beginnt, muß man sich über seine Ziele wie über seine voraussichtliche Dauer im Klaren sein. Der Streik kann entweder als Protestaktion geführt werden, wobei er in einem solchen Fall von Anbeginn befristet sein muß (beispielsweise eine Stunde, einen halben Tag, ganztägig), oder er ist von vornherein als Kampf bis zur Erfüllung der ihm zugrunde liegenden Forderungen gedacht. **Darüber gab es im letzten Streik Unklarheiten, die dazu führten, daß der Streikkampf auf und ab ebbte.**" (Honner, Weg und Ziel, 12/50, S.845)

● Nicht rechtzeitig **Streikleitungen** eingerichtet:

> "Im jüngsten Streikkampf hat sich als hemmend herausgestellt, daß bei Ausbruch des Streiks nicht überall sofort *Streikleitungen* gewählt wurden, oder daß dort, wo dies geschah, sich diese Leitungen über ihre Aufgaben und Obliegenheiten nicht im Klaren waren. Es fehlte nicht selten die notwendige Erfahrung, die man sich nur im Kampf selbst erwirbt. Nicht selten hat man sich begnügt, die Betriebsräte aufzufordern, als Streikleitung zu fungier

---

Fortsetzung der Fußnote von S.57

zuzuordnen, weil sie zwar Produktionsmittel besitzen (zumindest formell, da infolge der Verschuldung die wirklichen Besitzer oft bereits die Banken sind), zugleich aber selbst Werktätige und in verschiedenen Formen vom Kapital Ausgebeutete. Teilweise sind "Gewerbetreibende" aber auch Unternehmer, welche Lohnarbeit anwenden, ihre Lehrlinge und Gesellen in ärgster Weise auspressen und sich nicht selten zu großen Kapitalisten entwickeln.

Eine Einschätzung der Bündnislinie der KPÖ damals kann in diesem Rahmen nicht geleistet werden. Bei einer genaueren Untersuchung muß v.a. darauf geachtet werden, daß die revolutionäre Partei des Proletariats im Kampf taktisch zwar den Unterschied zwischen dem Monopolkapital und den anderen Teilen des Kapitals berücksichtigen muß, dabei aber stets den grundlegenden Klassengegensatz zwischen dem Proletariats und der Bourgeoisie, das Ziel der allumfassenden Errichtung der Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie und die Vernichtung **jeglicher** Ausbeutung des Menschen durch den Menschen im Auge haben muß.

* Diese Angabe stammt aus der SPÖ-Hetzschrift "Anschlag auf Österreich". Der hohe Anteil von Frauen wird dort allerdings hervorgehoben mit dem Ziel, die Bedeutung dieser Kundgebung herabzusetzen: "Kaum zehntausend Menschen, unter ihnen 40 Prozent Frauen." (S.43) Frauen sind für den SP-Vorstand offenbar weniger wert als Männer.

* In der Propaganda der KPÖ wurde auch versucht, die Frauen der streikenden Arbeiter anzusprechen, sie in den Kampf "ihrer" Männer aktiv einzubeziehen. Das war richtig, zumal die Reaktion von jeher die besondere Lage der Hausfrauen ausnützt, um bei ihnen rückschrittliche Ideen zu nähren. Im Hinblick auf die Arbeiterfrauen gab es in der "Volksstimme" Parolen wie: "Die Männer kämpfen für ihre Frauen, die Frauen gemeinsam mit den Männern" (VS, 4.10., S.2), mit denen die Frauen hauptsächlich als Hausfrauen angesprochen wurden. Tatsächlich gab es in der Propaganda und Agitation der KPÖ während des Streiks kaum Anstrengungen, die **Proletarierinnen** als Teil des Mehrwert produzierenden Proletariats anzusprechen, auf denen die **Doppelbelastung von Beruf und Familie** ruht.

** Der Artikel Franz Honners ist im Grunde auch der **einzige,** der wenigstens einigermaßen konkret die Erfahrungen und Lehren aus dem Oktoberstreik behandelt. Die KPÖ hat nach dem Oktoberstreik nie den Versuch unternommen, die Kampferfahrungen dieser größten Klassenbewegung des Proletariats nach 1945 umfassend auszuwerten. Das ist angesichts der Fülle wertvoller Erfahrungen wahrhaft unverzeihlich, allerdings auch nicht zufällig (siehe dazu weiter unten im Abschnitt über die Hintergründe der Fehler und Schwächen der KPÖ im Oktoberstreik). Kleinere Broschüren erschienen erst viel später (Epler, "Der große Streik", 1965 und E.Priester, "Der große Streik", 1980), als die KPÖ bereits vollkommen revisionistisch war.

ren. Da ein Teil von ihnen den Befehlen der streikbrecherischen SP- und Gewerkschaftsinstanzen folgte, gerieten sie zwangsläufig in einen Gegensatz zur streikenden Arbeiterschaft, und vor die Wahl gestellt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten oder den Befehlen von oben zu gehorchen, entschieden sie sich in manchen Fällen für das letztere. In anderen Fällen war es wieder so, daß zwar eine Streikleitung gewählt wurde, die eigentliche Führung des Kampfes aber den Betriebsräten überlassen blieb, die zum Teil nicht immer das anordneten, was für den Erfolg des Kampfes nötig gewesen wäre. Dadurch entstand eine Doppelgleisigkeit in der Streikführung und schließlich auch Konflikte innerhalb der Streikenden selbst. Durch diese aufgezeigten Mängel war der Streikkampf von seinem Beginn an mit verschiedenen Schwächen belastet, die sich in seinem Ablauf auch ungünstig ausgewirkt haben. Es ist klar, daß im Streikkampf die Streikleitung von entscheidender Bedeutung ist. Sie muß daher in der Versammlung, in der der Streik beschlossen wird, *gewählt* werden." (Honner, WuZ 12/50, S.845/846)

● Keine **überörtliche** Zusammenfassung:

"Als eine weitere Schwäche im Streikkampf hat sich herausgestellt, daß in den meisten Fällen übersehen wurde, die betrieblichen Streikkomitees gebiets- oder bezirksweise zu einer Konferenz zusammenzurufen und aus dieser ein *Gebiets- oder Bezirksstreikkomitee* wählen zu lassen. Dies ist eine Voraussetzung dafür, daß alle Maßnahmen, die der Kampf erfordert, nicht nur im einzelnen Betrieb, sondern auch gebiets- und bezirksweise einheitlich durchgeführt werden." (Honner, WuZ 12/50, S.846)

● Keine **aktive** "Verwendung" der Streikenden:

"Die Erfahrung hat ferner gezeigt, daß während des jüngsten Streikkampfes die Streikkomitees vielfach nicht gewußt haben, was sie mit der streikenden Belegschaft anfangen sollten. Vielfach wurden die Streikenden nach Hause geschickt, statt sie mit bestimmten Aufgaben zu betrauen: z.B. Streikpostendienste, Aufklärungsarbeit unter der übrigen Bevölkerung, Entsendung von Delegationen zu den Gewerkschaften und den nicht streikenden Betrieben, Verteilung von Flugblättern usw. Darüber hinaus müssen gerade während eines Streikkampfes täglich Versammlungen der Streikenden abgehalten werden, um sie zu informieren und die Teilnehmer am Streik über ihre jeweiligen Aufgaben zu instruieren. Ein gut funktionierender Informations- und Nachrichtendienst, sowohl für die Streikenden des eigenen Betriebes, wie auch zwischen den verschiedenen streikenden Betrieben, und auch zwischen den einzelnen Streikleitungen ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Führung des Kampfes." (Honner, WuZ, 12/50, S.846)

Zu all diesen völlig richtigen Feststellungen muß allerdings auch angemerkt werden, daß die zeitweilige Unterbrechung der Streikbewegung die Erfüllung der genannten Aufgaben sehr erschwerte, zum Teil sogar verunmöglichte.



Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 238 November 1989 Preis S 10,-

DIE SKANDALÖSE PLEITE DER REVISIONISTISCHEN VERRÄTER-REGIMES UND IHRE FOLGEN

Wessen Pleite?

Aus dem Inhalt

* Zur Entwicklung in der DDR
* "Neuordnung Europas" - das heißt heute Annullierung der Ergebnisse des Siegs über den Hitlerfaschismus
* Das Trugbild der "Entspannung" und die Tatsache der Vorbereitung des Szenarios für einen 3.Weltkrieg
* Zur Rolle des österreichischen Imperialismus

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 237 Ausgabe September 1989 Preis S 10,-

Lucona, Noricum, Bundesländerversicherung, Salzburger Wohnbau...

DIESES VERFAULTE SYSTEM IST NUR WERT, ZERSCHLAGEN ZU WERDEN!

Aus dem Inhalt

III. ZUR EINSCHÄTZUNG DER ROLLE DER KPÖ IM OKTOBERSTREIK

Der Oktoberstreik bildet ein wichtiges Kapitel in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, er ist aber auch ein entscheidendes Kapitel in der Geschichte der KPÖ in der 2.Republik! Dieser mächtige Massenkampf war für diese Partei, vor allem aber für ihre Führung, eine große *Bewährungsprobe.*

Der Oktoberstreik als praktischer Prüfstein für die KPÖ

Ein Jahr nach dem Oktoberstreik fand der 15.Parteitag der KPÖ statt, der selbstverständlich auch den Oktoberstreik und die Rolle der KPÖ dabei einzuschätzen hatte. Im Referat des Parteivorsitzenden Koplenig heißt es dazu:

"Von außerordentlicher Bedeutung war der große Oktoberstreik. Zum erstenmal seit Jahrzehnten nahmen so große Massen sozialistischer, kommunistischer und parteiloser Arbeiter an einem Kampf teil, der sie in Gegensatz zum Staatsapparat und zu den Regierungsparteien, zum SP-Vorstand und zur Gewerkschaftsbürokratie brachte. Zum erstenmal in ihrer Geschichte stand unsere Partei an der Spitze einer so gewaltigen Bewegung als Leiterin, Führerin und konsequente Verteidigerin der elementaren Bedürfnisse und des Streikrechts der österreichischen Arbeiterklasse.

Der große Oktoberstreik war ein Prüfstein für die Partei. In den zehn Streiktagen bewährten sich tausende Kommunisten in den Betrieben als Führer und Leiter der Massen, als furchtlose Kämpfer... Ohne jede Übertreibung kann man konstatieren, daß die Partei die Probe bestanden... hat...

Der Oktoberstreik, Genossen, war das bedeutendste Ereignis in der Geschichte der Zweiten Republik und einer der größten Kämpfe der österreichischen Arbeiterbewegung überhaupt. Unsere Partei ist stolz darauf, Organisator und rückhaltloser Verteidiger dieser gewaltigen Massenbewegung zu sein."

(15.Parteitag der KP, Referat von Johann Koplenig: Bericht des ZK über die politische Lage und die Aufgaben der Partei, S.61/62, Fettdruck-Hervorhebungen im Original)

Hält man sich an die Fakten, so kann man dieser Einschätzung keinesfalls in allen Punkten zustimmen.

Es stimmt: In der KPÖ organisierte Kommunistinnen und Kommunisten, insbesondere jene an der Basis, in den Betrieben und Wohnorganisationen, waren die hervorragendsten Aktivistinnen und Aktivisten der Streikbewegung, standen überall an vorderster Front, spielten oft eine heroische Rolle.

Was viele dieser einfachen, sozusagen "namenlosen" Kommunistinnen und Kommunisten (aber auch viele parteilose und der SP nahestehenden Arbeiterinnen und Arbeiter) taten, war einfach grandios, gab eine eindrucksvolle Vorstellung von den grenzenlosen Möglichkeiten, wenn sich der Riese Arbeiterklasse unter Führung einer konsequent marxistisch-leninistischen Partei erhebt.

Die KPÖ hatte **als Partei** ohne Zweifel auch den entscheidenden Anteil an der Organisation und Führung der Streikbewegung. **ABER**:

- Hat die KPÖ insgesamt die Prüfung als "**konsequente** Verteidigerin" der Streikbewegung tatsächlich bestanden, d.h. hat sie sich 1950 wirklich konsequent **als marxistisch-leninistische Vorhut des Proletariats** bewährt?

- Haben vor allem die Führungsorgane der Partei wirklich dem Anspruch genügt, furchtlos "**die Masseninitiative zu wecken und zu entfalten**"?

Koplenig umgeht die wesentliche Frage, ob sich auch die **Parteiführung** bewährt hat, wenn er nur davon spricht, daß sich die Kommunisten **in den Betrieben** als Führer und Leiter der Massen, als furchtlose Kämpfer bewährt haben.

Die Beantwortung der genannten beiden Fragen ergibt jedoch eindeutig und unwiderlegbar: **Die KPÖ-Führung hat diese große Prüfung nicht bestanden**, sie hat dem Anspruch, ent-

schlossene und zielklare "Leiterin, Führerin und konsequente Verteidigerin der Arbeiterklasse" zu sein, **nicht wirklich genügt!**

Versagen gegenüber der Aufgabe, den Lohnkämpfen eine klare Führung zu geben und sie mit dem politischen Kampf zu verbinden

Ein Jahr vor dem Oktoberstreik fand der 14.Parteitag der KPÖ statt, auf den wir weiter unten noch zurückkommen werden. Dieser Parteitag setzte in Bezug auf die Aufgaben der Kommunistischen Partei in den Lohnkämpfen **richtige Ausgangspunkte**.
Im Abschnitt des Berichts des ZK "**Die Lohnkämpfe müssen zu politischen Kämpfen werden**", wird bewußt an Lenins Werk "Was tun?" anknüpfend, prinzipiell richtig ausgeführt:

"Lenin, der die Bedeutung des Kampfes für die wirtschaftlichen Tagesfragen im Klassenkampf der Arbeiter immer unterstrichen hat, ist auch stets dem Irrtum entgegengetreten, daß die Arbeiter allein durch den Kampf für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, durch den Kampf für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit usw. von selbst und automatisch zu Klassenkämpfern werden. In seiner Schrift 'Was tun?' setzte er sich mit der Auffassung auseinander, die da meinte, der Arbeiter könnte durch Lohnkämpfe allein zum Kämpfer für den Sozialismus werden. Er hob hervor, daß das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, das Gebiet der Beziehungen aller Klassen und Schichten *zum Staat* und *der Regierung*, das Gebiet der Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen ist.

Für uns in Österreich ist es heute von ganz besonderer Bedeutung, diese Lehren Lenins im Auge zu behalten." (S.60)

Selbstkritisch ging Koplenig damals auf die Haltung der KPÖ in den sich 1947/48 entfaltenden Lohnkämpfen ein:

"Gerade hier hat uns der letzte Lohnkampf nicht nur die Stärken, sondern auch die Schwächen in der Arbeit der Partei gezeigt.

Die Bewegung in den Betrieben hat sich **ungleichmäßig** (!) entwickelt und sie war gewissermaßen ein Spiegelbild des Zustandes unserer Parteiorganisationen. Es gelingt unserer Partei in steigendem Maße in den unmittelbaren Tagesfragen das Ohr der Massen zu finden... Es ist uns noch nicht gelungen, auch in den politischen Fragen... überall aus der Defensive in die Offensive überzugehen. Dies wird uns umso besser gelingen, je besser wir es verstehen werden, den Kampf für die unmittelbaren Lebensinteressen der Arbeiter und der werktätigen Massen mit dem politischen Kampf, mit dem Kampf gegen Kapitalismus und Reaktion - für die Freiheit und Unabhängigkeit zu verbinden...

Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß unsere Partei in der gegenwärtigen Situation eine ihrer wesentlichen Aufgaben darin sehen muß, den Klassencharakter der Vorgänge in unserem Lande aufzudecken und der Arbeiterklasse und allen Werktätigen ihre Lage und ihre politischen Aufgaben zum Bewußtsein zu bringen." (Koplenig, S.59)

Diese grundlegend richtigen Ausgangspunkte boten die Chance, grundlegende Fehler und Abweichungen in der Linie und Politik der KPÖ zu korrigieren, und zweifelsohne war der Oktoberstreik der entscheidende praktische **Prüfstein**, ob und inwieweit dies geschehen war.

Zu Beginn des Oktoberstreiks erklärte der KPÖ-Vorsitzende Koplenig noch:

"So wie die Anschläge auf die Lebenshaltung **politische Hintergründe** haben, so kann auch der Kampf um die Verteidigung und Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter *nicht allein als gewerkschaftlicher und wirtschaftlicher Kampf, sondern er muß als* **politischer Kampf** *geführt werden.*" (VS.27.9.50, Kursivschrift ist Hervorhebung im Original)

Davon war aber dann keine Rede mehr, ganz im Gegenteil. Gegenüber der Putsch-Hetze wurde nicht in die Offensive gegangen, sondern zurückgewichen. Die Forderungen der Gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz blieben gänzlich auf der Ebene des gewerkschaftlichen Lohnkampfes. Nach dem Streik bekräftigte KPÖ-Generalsekretär Fürnberg:

"In diesem Kampf... ging es um die **wirtschaftlichen** Forderungen der Arbeiterschaft, wie sie die Betriebsrätekonferenz niedergelegt hat." (VS, 11.10.1950)

Noch ärger steht es dann in der Resolution der Plenartagung des ZK der KPÖ "Die Aufgaben der Kommunisten nach dem großen Streik":

"Die Arbeiter kämpften um Lohn und Brot und nicht für irgendwelche machtpolitische Forderungen. Es hat sich jedoch gezeigt, daß **die Regierung** aus jedem Kampf der Arbeiter für wirtschaftliche Forderungen einen **politischen** Kampf macht." (VS, 14.10.1950)

Somit wurde geradezu beklagt, daß wirtschaftliche Kämpfe zu politischen gemacht würden - von der Regierung!

Unter dem Druck der Putschlüge hatte die KPÖ-Führung sich in die Defensive begeben. Das gleiche zeigte sich auch in der Haltung zur Gewerkschaftsführung. Im Beschluß der Betriebsräte der Gewerkschaftlichen Einheit vom 26.9.1950, also vom ersten Streiktag, hieß es noch:

"Der heutige Tag hat gezeigt, daß die Böhm & Co. nicht das Recht haben, im Namen der Arbeiterschaft zu sprechen und Übereinkommen abzuschließen. Aber es genügt nicht, wenn ihnen das moralische Recht dazu genommen ist. Die Arbeiter- und Angestelltenschaft muß **erzwingen**, daß sie von den leitenden Gewerkschaftsposten, die ihnen nicht mehr zustehen, verschwinden. Eine entscheidende Aufgabe haben dabei die sozialistischen Arbeiter" (VS 27.9.1050)

In der Erklärung der Gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz 4 Tage später wird aber bereits Passagen zugestimmt, die mit dem soeben Festgestellten völlig unvereinbar sind:

"Wir wenden uns gleichzeitig an die Spitzenfunktionäre der österreichischen Gewerkschaften, wir fordern sie zur Besinnung auf, wir rufen ihnen mit allem Nachdruck zu: Handelt als Vertreter derjenigen, die euch gewählt haben, vertretet unsere Interessen (!) und nicht diejenigen der Unternehmer und der Regierung, macht die Forderungen der Arbeiterschaft zu euren!" (VS, 1.10.1950)

Auch dies ist Ausdruck des Zurückweichens vor der Putsch-Hetze, wonach die KPÖ angeblich zuerst die Gewerkschaftsführung "usurpieren" wollte, um dann die ganze Macht im Staate an sich zu reißen.

Die große Prüfung während des Oktoberstreiks, in leninistischer Weise politisch und ideologisch in die Offensive zu gehen gegen die Hetze und Demagogie der Bourgeoisie, hat die KPÖ-Führung offenbar **nicht bestanden**.

Versagen bei der Aufgabe, "die Masseninitiative zu wecken und zu entfalten"

Auf dem 15.Parteitag machte der KPÖ-Vorsitzende auch einige selbstkritische Ausführungen, die sich im Grunde nur auf die Rolle des ZK und des Politischen Büros des Zentralkomitees beziehen können, obwohl Koplenig das nicht ausspricht:

"Selbstkritisch müssen wir aber auch eine Reihe von Schwächen feststellen, um daraus die notwendigen Lehren zu ziehen. Wir haben in der ersten Woche, in der ersten Phase der Bewegung die Kraft der Partei und vor allem **die Kampfbereitschaft der Massen unterschätzt**. Wir empfahlen in der ersten Woche, zu einer Zeit, da sich die Empörung der Massen in Arbeitsniederlegungen Luft machte und die reale Möglichkeit bestand, die Bewegung weiter auszudehnen und zu verbreitern, den **Abbruch** der Bewegung und die Beschlüsse der großen Gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz in Floridsdorf abzuwarten. Dieser unser Fehler hat zweifellos **der Massenbewegung einen Teil ihres Schwunges genommen**.

Die Schlußfolgerung, die wir daraus zu ziehen haben, ist: uns noch fester mit den Massen in den Betrieben, den Gewerkschaften und in allen Massenorganisationen zu verbinden, noch aufmerksamer und genauer auf die Stimme und Stimmung der Massen zu horchen, noch mehr bei den Massen zu lernen und auf der Hut zu sein, um nicht hinter der Entwicklung der Massen zurückzubleiben, sondern immer an der Spitze zu stehen." (S.62)*

Das ist eine Selbstkritik nach der Art: "Wasch' mir den Pelz, aber mach' mich nicht naß!"

Mit dieser Darstellung wird total bagatellisiert, was durch den Abbruch-Beschluß angerichtet worden ist. Der als "Empfehlung" an die Öffentlichkeit getragene Beschluß hat tatsächlich nämlich nicht nur "der Massenbewegung einen Teil ihres Schwunges genommen". Der Abbruchbeschluß, wohlgemerkt in der Phase des Anwachsens der Streikbewegung, hat in der Konsequenz verheerende Wirkungen gehabt, hat ihre Niederlage praktisch vorprogrammiert, und hat auf längere Sicht betrachtet dem Selbstvertrauen und der Kampfentschlossenheit der österreichischen Arbeiterschaft einen schweren Schlag versetzt. Die KPÖ-Führung hat es damit eindeutig **nicht** "verstanden, die **Masseninitiative** zu wecken und zu entfalten", sie hat im Gegenteil dieser sich eben entfaltenden Masseninitiative einen schweren Schaden zugefügt!

Rosa Luxemburg hat am Beispiel des belgischen Massenstreiks 1913 über dieses Problem außerordentlich treffend festgestellt:

"Die revolutionäre Energie der Massen läßt sich nicht auf Flaschen ziehen und ein großer Volkskampf läßt sich nicht wie eine Militärparade führen. Hier heißt es: entweder - oder. Entweder führt man einen politischen Sturm der Massen herbei, richtiger - da sich ein solcher nicht künstlich herbeiführen läßt - entweder läßt man die erregten Massen im Sturm ausziehen, dann muß alles getan werden, was diesen Sturm unwiderstehlicher, gewaltiger, konzentrierter macht, dann darf man den Sturm nicht just, wenn er losbricht, ... vertagen, um ihm inzwischen eine Marschroute vorzubereiten. Oder man will keinen Massensturm - dann ist ein Massenstreik aber im voraus ein verlorenes Spiel." (Zitiert nach: P.Langner, Der Massenstreik im Kampf

---

* In der ZK-Resolution "Die Aufgaben der Kommunisten nach dem großen Streik" vom 12.10.1950 hieß es noch nebelhafter, "daß das Sekretariat zu Beginn des Kampfes die Kampfentschlossenheit der breiten Arbeitermassen unterschätzte, woraus sich bestimmte Schwächen und Fehler ergaben." (VS, 14.10.1950)

des Proletariats, Berlin 1931, Nachdruck Münster 1971, S.22)

Sogar wenn man es dabei bewenden läßt, daß die KPÖ-Führung halt leider "die Kampfbereitschaft der Massen unterschätzt" habe, wäre das schon eine erschütternde Aussage. Doch in Wahrheit geht es bei weitem nicht nur um eine solche "Unterschätzung". Die "Selbstkritik" beantwortet mit ihrer oberflächlichen Feststellung der bloßen **Tatsache** der "Unterschätzung" **nicht** die zentrale Frage, um die sich alles dreht: **WARUM hat die KPÖ-Führung die Streikbewegung gleich in ihrer ANFANGSPHASE, schon in der ersten Woche, nicht bloß "unterschätzt", sondern abgebrochen – ohne sich um die Meinung und den Willen der Kämpfenden, insbesondere der Parteibasis zu kümmern, ohne sie überhaupt zu fragen?**

Ohne Zweifel läßt sich das nicht mit mangelnder Unerfahrenheit erklären und begründen, die bei einem großen Teil der streikenden Arbeiterschaft und auch einem Teil der Parteibasis sehr wohl vorhanden war. Führungskader der Partei wie Koplenig, Honner und Fürnberg jedoch brachten schon die Erfahrung der erbitterten Klassenkämpfe in der Ersten Republik, des Februar 1934, mit. Sie hatten auch die Schulung der Kommunistischen Internationale durchlaufen, Koplenig hatte sogar dem Exekutivkomitee der Komintern angehört. Der Oktoberstreik kam auch nicht völlig unerwartet. Der 14.Parteitag hatte bereits weitere Kämpfe gegen die Teuerung und den Lohnraub vorhergesagt. In den Lohnkämpfen vor dem 14.Parteitag hatte sich außerdem auch schon als ein Charakteristikum herausgestellt, daß sich die Bewegung in den Betrieben "**ungleichmäßig entwickelt**" (14.Parteitag, S.59), weshalb die "verspätete" Entwicklung des Streikkampfes in der Steiermark und anderswo auch nicht unerwartet kommen durfte.

Zu den Hintergründen der katastrophalen Abbruch-Entscheidung der KPÖ-Führung gelangen wir nur, wenn wir diese **im Lichte der politischen Linie der KPÖ überhaupt**, der politischen Strategie und Zielsetzung der damaligen Partei insgesamt betrachten.

ZU DEN HINTERGRÜNDEN DER FEHLER UND SCHWÄCHEN DER KPÖ IM OKTOBERSTREIK

Der 14. Parteitag der KPÖ

Ein Jahr vor dem Oktoberstreik, vom 29.Oktober bis zum 1.November 1949, fand der 14.Parteitag der KPÖ statt. Für die Einschätzung der Rolle der KPÖ im Oktoberstreik war dieser Parteitag maßgeblich, weil er ja die **Richtlinien** gab für die Kampfperiode, in welche der Oktoberstreik als bedeutendste proletarische Klassenkampfbewegung fiel.

Die Untersuchung der Dokumente des 14.Parteitags und ihr Vergleich mit denen anderer Parteitage ergibt, daß es überhaupt **der relativ beste** Parteitag der Nachkriegs-KPÖ war. Daß er es war, dafür gab es mehrere wichtige Gründe. Einer war sicher, daß die Illusionen der KPÖ-Führung von 1945* nun schon so offensichtlich unhaltbar geworden waren, daß man an ihnen einfach nicht unverändert festhalten konnte. Die bittere Wahrheit war allzu deutlich. Die sog. "Währungsreform" hatte auch den Naivsten gezeigt, wo es jetzt wieder lang ging und das Politbüro-Mitglied Altmann hatte 1947 im Zusammenhang damit aus der Regierung austreten müssen, in der er sowieso nur "Energieminister" mit minimalsten Kompetenzen war.

Ein aber vielleicht noch zwingenderer Grund war die Kritik der KPdSU und der Kominform am Tito-Revisionismus von 1947/48. Im Zusammenhang damit wurde in der kommunistischen Weltbewegung der Kampf gegen den **Rechtsopportunismus** forciert, welcher sich in verschiedenen Kommunistischen Parteien Westeuropas, aber auch anderswo, immer breiter machte.

Diese von der Stalinschen KPdSU initiierte Offensive gegen Erscheinungen des aufkommenden **modernen Revisionismus** fand auch in einer Reihe von richtigen Thesen des 14.Parteitags der KPÖ ihren Niederschlag.

* Richtige Thesen und Ausgangspunkte des 14.Parteitags

In seiner Eröffnungsansprache stellte Franz Honner im Abschnitt "**Der Klassenkampf spitzt sich zu**" im Zusammenhang mit dem "Kalten Krieg", dem "Marshall-Plan" und dem Kampf zwischen den "2 Lagern" die "Ausrichtung der Klassenfronten", die "**Zuspitzung der Klassengegensätze**" und die "**Verschärfung des Klassenkampfes**" auch in Österreich fest (S.8). Fürnberg konstatierte als Bilanz der drei Nachkriegsjahre "die **Wiederherstellung der kapitalistischen Profitwirtschaft**" (S.121). Und Koplenig erklärte, daß die Arbeiterschaft auf diese Wirtschaft "**keinen Einfluß**" hat (S.57).

Selbstkritisch stellte Koplenig fest:

> "Wir haben die Veränderungen in der Lage in Österreich im Zusammenhang mit den internationalen Veränderungen, die uns heute klar und deutlich vor Augen stehen, zu spät erkannt. Wir haben die entscheidenden Probleme unserer Politik nicht immer im Rahmen des allgemeinen Klassenkampfes und der auch in Österreich verschärften Frontenbildung gesehen...
>
> Da wir verspätet erkannten, daß sich der Charakter der Regierung und ihrer Politik grundlegend geändert hatten, waren wir auch nicht imstande, unsere ganze Sprache und unsere Argumente rechtzeitig auf die Perspektive verschärfter Klassenkämpfe umzustellen." (S.52/53)

Nun gelte es,

> "die sozialistischen Arbeiter davon zu überzeugen, daß es **keinen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus** gibt und daß die rechte SP-Führung endgültig dem Klassenkampf abgeschworen und den kapitalistischen Weg beschritten hat" (S.62).

Fortsetzung auf Seite 67

---

*Die genannten Illusionen der KPÖ von 1945 stützten sich auf die Vorstellung, daß die bewaffnete Zerschlagung der Hitlerherrschaft vor allem durch die Rote Armee und insbesondere die damit verbundene weitgehende Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates in Österreich den Weg für eine relativ friedliche, ohne proletarische Revolution und ohne Diktatur des Proletariats auskommende Entwicklung zum Sozialismus freigelegt hätte.

Diese Vorstellung war zum einen auch mit einer sehr euphorischen Einschätzung der internationalen Lage verbunden, zum anderen aber auch mit der nicht weniger euphorischen Ansicht, auf Grund der bitteren Erfahrungen mit dem Faschismus hätten sich innerhalb der SPÖ und ÖVP so starke antifaschistische, demokratische und fortschrittliche Kräfte etabliert, daß in Zusammenarbeit mit ihnen eine volksdemokratische Entwicklung in Österreich gewährleistet werden könnte.

Trotz ihrer außerordentlichen Wichtigkeit steht eine detaillierte Untersuchung und kritische Aufarbeitung der politischen Linie und Strategie der KPÖ vom Jahre 1945 und in den folgenden Jahren leider noch aus, doch sind Vorarbeiten dazu innerhalb der MLPÖ schon seit längerer Zeit im gange.

Die Bedeutung und der Inhalt des Kampfes Stalins, der KPdSU(B) und des Kommunistischen Informationsbüros gegen den Tito-Revisionismus

Bei dem 1947 - 1949 gegen die Titoisten geführten Kampf ging es absolut nicht um irgendeine "Unterwerfung" Jugoslawiens unter die Sowjetunion, sondern um einen prinzipiellen ideologischen und politischen Kampf gegen den proimperialistischen politischen Kurs und die antimarxistische Ideologie, welche die Titoisten unter dem Schlagwort des "eigenen jugoslawischen Wegs" verbreiteten.

1948 wurde durch den Kampf des **Kommunistischen Informationsbüros** unter Führung J.W. Stalins die revisionistische Linie Titos und der KP Jugoslawiens grundsätzlich und unwiderlegbar entlarvt. In den Briefen des ZK der KPdSU(B) und den Resolutionen des Kominformbüros von 1948 wird das Wesen der antimarxistischen Theorie und Praxis der Tito-Revisionisten aufgedeckt:

- **Leugnung der Hegemonie des Proletariats** und Propagierung, daß die Bauern "die festeste Grundlage" des sozialistischen Staates darstellten;

- **Ablehnung** der marxistisch-leninistischen These, daß sich der **Klassenkampf beim Aufbau des Sozialismus verschärft**, und Weigerung, die Großbauern als Klasse zu liquidieren - stattdessen eine sich festigende Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Elementen in Stadt und Land;

- **Verneinung der Notwendigkeit der Führung der Arbeiterklasse und ihres Staates durch die kommunistische Partei**, statt dessen Aufgehen in der Volksfront als der angeblich "führenden Kraft der Revolution";

- **Errichtung eines militärisch-bürokratischen Regimes in der Partei**, die Erstickung der innerparteilichen Demokratie, die Abschaffung des Prinzips von Kritik und Selbstkritik, Kontrolle der Parteikader durch die Geheimpolizei;

- Abtötung der gegenseitigen Hilfe und Kritik zwischen den kommunistischen Parteien, sowie **Verrat am proletarischen Internationalismus**, Großmachtchauvinismus gegenüber dem volksdemokratischen Albanien, das die Tito-Revisionisten annektieren und kolonialisieren wollen;

- **Übergang in das Lager des Imperialismus** als Folge des nationalistischen und auf Festigung des Kapitalismus orientierten Weges unter der demagogischen Berufung auf die "Sicherung der jugoslawischen Unabhängigkeit".

Als Ergebnis des Verrats am Marxismus-Leninismus degenerierte Jugoslawien zu einem revisionistischen Land, welches völlig vom Imperialismus abhängig ist und in dem der Kapitalismus allseitig gefördert wird, das in seinem Innern gegen Marxisten-Leninisten, gegen alle Revolutionäre mit faschistischem Terror vorgeht und zu einem Völkergefängnis wurde.

Die frühzeitige Aufdeckung der revisionistischen Linie der KP Jugoslawiens durch die KPdSU(B) mit J.W. Stalin an der Spitze, die sich in ihrem Kampf auf die grundlegenden ideologischen und politischen Meinungsverschiedenheiten konzentrierte, **führte 1948 zur einhelligen Verurteilung der KP Jugoslawiens**, des späteren "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens", durch das Kominformbüro.

Die Richtigkeit seiner Resolutionen von 1948 und 1949 wurde durch die weitere Entwicklung in der KP Jugoslawiens und dem ganzen Land vollauf bestätigt.



Fortsetzung von Seite 65

Koplenig bekräftigte den grundsätzlichen Ausgangspunkt für die Bestimmung der Aufgaben der Kommunisten:

> "Der Klassenkampf ist das Gesetz des geschichtlichen Fortschrittes und unsere entscheidende Aufgabe ist es, die österreichische Arbeiterschaft mit revolutionärem Klassenbewußtsein zu erfüllen." (S.48)

★ Faule Thesen über die Klassenverhältnisse in Österreich

Zugleich muß aber auch gesehen werden, daß der 14.Parteitag keineswegs tiefgehend und wirklich selbstkritisch mit jenen Thesen aus der Zeit des 13.Parteitags der KPÖ (April 1946) aufräumte, die sich inzwischen nicht bloß als überholt, sondern direkt als falsch erwiesen hatten und die de fakto revisionistischen und rechtsopportunistischen Charakter hatten.

Schlimmer noch: eine selbstkritische Auseinandersetzung mit den unhaltbar gewordenen bzw. direkt revisionistischen Positionen des 13.Parteitags fand überhaupt **nicht** statt. Stattdessen wurde im Grunde nur mit den Veränderungen der internationalen Lage argumentiert, welche lediglich zu spät berücksichtigt worden seien.

Darüber hinaus werden richtige Aussagen des 14.Parteitags über die kapitalistische Klassenrealität und die Verschärfung des Klassenkampfes dadurch völlig entwertet, daß direkt neben ihnen illusionäre Formulierungen stehen, die den Eindruck erwecken, als ob die Frage des Klassencharakters der österreichischen Wirtschaft und des bestehenden Staates 1948 immer noch nicht entschieden sei. So sagte Koplenig:

> "Wir haben vom Wiederaufbau der Wirtschaft gesprochen, ohne die **Bestrebungen** zum Wiederaufbau des Kapitalismus klar und rechtzeitig zu entlarven." (S.53)

Honner ignorierte ebenso, daß die Macht des Kapitals in Österreich 1948 **bereits wiederhergestellt** war:

> "Wenn die SP-Führer davon reden, daß es gilt, zunächst einmal 'unsere Wirtschaft' wieder aufzubauen, so meinen sie damit den Wiederaufbau der alten kapitalistischen Profitwirtschaft, so **fördern sie** damit lediglich die **Wiederherstellung** der Macht des Kapitals." (S.75)

So als ob man noch das Jahr 1945 schreiben würde, wandte sich Fürnberg "gegen die **Bestrebungen**, den Staatsapparat den alten reaktionären Elementen **auszuliefern**" (S.145) - als ob das nicht schon längst der Fall gewesen wäre!*

Diese faulen und falschen Formulierungen hängen damit zusammen, daß letztlich trotz der schon zwingend gewordenen Neueinschätzung und Neubewertung der Situation **die politische Linie und Strategie von 1945 weitestgehend beibehalten und gerechtfertigt werden sollte!**

★ Statt verschärfter Klassenkampf - "ein österreichischer Wirtschaftsplan"

Honner hat in seinem Referat auf dem 14.Parteitag der KPÖ die SP-Führer angegriffen, welche davon faselten, daß zunächst einmal "unsere Wirtschaft" wieder aufzubauen sei. Im Referat "Der Kampf gegen den Marshall-Plan und der Wirtschaftsplan der KPÖ" verkündet Honner jedoch selbst:

> "Unser Plan ist ein Plan der *wirtschaftlichen Selbsthilfe* und der *allseitigen Entwicklung* **unserer** Wirtschaft." (S.78)"

Dieser "österreichische Wirtschaftsplan", der kurz nach dem 14.Parteitag veröffentlicht wurde, setzte sich komplett über die kapitalistische Klassenwirklichkeit Österreichs hinweg. Auf fast 100 Seiten wird darin ein "Plan" für Investitionen, für den Export usw. entwickelt, auf dessen Grundlage es angeblich möglich sei, nicht nur die bestehende Profitwirtschaft gesunden zu lassen, sondern auch die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung zu heben. Und dies alles **ohne** eine radikale Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse, ohne Enteignung der Kapitalisten, vor allem des Großkapitals!

Die "Volksstimme" schrieb unmittelbar vor dem Oktoberstreik 1950 über ein von den KPÖ-Vorstandsmitgliedern des ÖGB ausgearbeitetes "Programm der Vollbeschäftigung", welches eben auf diesem "Österreichischen Wirtschaftsplan" beruhte:

> "Das kommunistische Programm zur Sicherung der Vollbeschäftigung ist alles andere als etwa eine kurzfristige Notlösung. Durch seine Verwirklichung **würde das Übel an der Wurzel gepackt** und die *Vollbeschäftigung auf lange Sicht* gesichert werden, weil damit der gesamten Volkswirtschaft ein gewaltiger Auftrieb gesichert würde."
> (VS, 23.9.1950)

Wozu ist noch die proletarische Revolution notwendig, wenn auch ein reformerischer Wirt-

* Sogar 1945, unmittelbar nach der Zerschlagung des Faschismus, war der Staatsapparat nur zu einem kleinen Teil in der Hand fortschrittlicher Kräfte gewesen.

schaftsplan auf der Grundlage der bestehenden Ausbeutungsverhältnisse "das Übel an der Wurzel packen" kann?

* Fraktisches Gleichstellen oder sogar Voranstellen der nationalen Frage gegenüber der sozialen, der Klassenfrage

Ungeachtet der Betonung des Klassenkampfes als Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung im allgemeinen und der Betonung der Verschärfung des Klassenkampfes in Österreich im besonderen fällt auf, wie sehr der Kampf gegen den längst wiedererstandenen österreichischen Kapitalismus fast ausschließlich als Kampf gegen eine sich erst vollziehende Marshallisierung und Amerikanisierung geführt wurde, als ob entweder garkein bodenständiger österreichischer Kapitalismus existiere oder **an ihm bloß die Abhängigkeit vom Ausland schlimm wäre!**

> "Unser Plan ist ein *österreichischer* Plan. Er sorgt für eine Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft, für einen Ausbau unserer Industrie und Verkehrswirtschaft, die unseren EIGENEN - und nicht FREMDEN - Interessen entspricht. Während die jetzige Regierungspolitik darauf gerichtet ist, Österreich entsprechend den amerikanischen Wünschen zu einem Anhängsel 'Bizonesiens' zu machen, zielt *unser* Plan darauf ab, Österreich zu einer **starken selbständigen Einheit** zu machen" (S.78/79)

Ganz offensichtlich ist das eine **nationalistische** Linie, die keineswegs zufällig mit einer auffallenden Ignoanz in bezug auf die Frage des **Staatsapparats** verbunden ist.

* Statt Kurs auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats - Regierungswechsel!

Der 14.Parteitag orientierte die KPÖ nicht auf das Ziel der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats, sondern auf den "volksdemokratischen Weg", auf eine Art revolutionär-demokratischer Herrschaftsform noch ganz ohne direkt sozialistische Aufgabenstellungen und Zielsetzungen, auf eine Übergangsform also, wie sie in den volksdemokratischen Nachbarländern aus der besonderen Situation von 1945 hervorgegangen war, **aus einer Situation also, die in Österreich zugegebenermaßen überhaupt nicht mehr bestand**, ja die es hier selbst 1945 **nicht** in der selben Form gegeben hatte, schon weil hier auch 3 imperialistische Besatzungsmächte saßen.

Honner stellte in seinem Referat auf dem 14.Parteitag fest, daß sich an der kapitalistischen Ausbeutung nichts ändern wird,

> "solange die Arbeiterklasse keinen entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaft hat, das heißt, solange sich die Schlüsselstellungen der Wirtschaft und der Staatsapparat in der Hand von Kapitalisten befinden, wobei es vollkommen gleichgültig ist, ob der Privatkapitalismus in der althergebrachten Form offen auftritt oder sich hinter einer der 'Verstaatlichung', unter der Führung der *Krauland* und *Joham*, versteckt." (S.57)

Diese Feststellung ist zwar nicht direkt falsch, läßt aber Platz für die völlig falsche, reformistische Vorstellung, daß die Arbeiterklasse den **bestehenden** Staatsapparat nur den Händen der Kapitalisten "entwinden" müsse, um ihn dann für ihre eigenen Zwecke in Gang zu setzen. Das ABC des Marxismus besagt dagegen, daß das Proletariat nicht mit dem alten Staatsapparat "fortwirtschaften" kann, sondern diese ihrem Wesen nach ausbeuterische Unterdrückungsmaschinerie des Kapitals **gewaltsam zerschlagen**, einen völlig neuen Staat der Diktatur des Proletariats errichten muß. Diese Erkenntnis ist buchstäblich das Herzstück des Marxismus-Leninismus überhaupt.

Auch in Fürnbergs Referat "Zum Programm der Partei" (!) wird mit keinem Wort die Notwendigkeit der **gewaltsamen Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparats** erwähnt. Stattdessen wird die faule Formel der II.Internationale von der "Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse" (S.143) aufgewärmt, welche von jeher die Brücke zur offen revisionistischen These vom friedlich-parlamentarischen Weg zum Sozialismus bildet.*

Wie sollte die "Volksdemokratie" erkämpft werden? Dazu macht Fürnberg im Grundsatzreferat über das Parteiprogramm nur äußerst vage Andeutungen:

> "Es läßt sich heute nicht voraussagen, in welchen konkreten Formen sich in Österreich der Übergang zur Volksdemokratie vollziehen wird. Jedoch ist es klar, daß er infolge des Verrates der SP-Führung viel schmerzvoller und härter sein wird, als er in den benachbarten Ländern der Volksdemokratie war und daß er nur nach schwerstem Kampf errungen werden kann, einen Kampf, der gegen die kapitalistischen Klassen, gegen den Machtapparat, den sie im Begriff sind aufzubauen*, gegen die verräterische Führung der SPÖ und gegen den ausländischen Imperialismus geführt werden muß." (S.131)

* (Vgl. Lenins Ausführungen in "Staat und Revoluton", LW 25, S.491-506, die Fürnberg natürlich wohlbekannt waren).

"Schwerster Kampf" gegen die kapitalistischen Klassen und ihren Machtapparat - damit wird die Grundfrage, die Frage der Aufgaben des Proletariats bezüglich des Staats immer noch umgangen. Und dies ist auch kein Zufall. **Konkret** wird unter diesem "schwersten Kampf" nämlich nur verstanden, eine fortschrittliche **Regierung** zustandezubringen! Koplenig sagte dazu in seinem Parteitagsreferat:

> "Österreich braucht eine Regierung, die das Volk zur Mitarbeit und Mitverwaltung heranzieht, die den Staatsapparat von reaktionären Bürokraten säubert, die das Volk vor allen Anschlägen neofaschistischer Gruppierungen und Verschwörungen sichert...
>
> **Vor unserer Partei steht somit die Aufgabe, an der Sammlung der Kräfte zu arbeiten, die gewillt sind, gegen den Marshall-Kurs in Österreich und ihren Träger, die Regierung Figl-Schärf zu kämpfen, für eine Regierung, die nicht den Interessen des ausländischen Kapitals, sondern dem Volke dient."** (S.61, Fettdruck im Original, vgl. auch Honner, S.80)

Unzweifelhaft werden hier die Aufgaben im Grunde immer noch im Rahmen der Vorstellungen unmittelbar nach der Befreiung im Jahre 1945 gestellt. Eine **revolutionäre** Perspektive wurde vom 14.Parteitag somit **nicht** gegeben.

Kommen wir vor diesem Hintergrund nochmals auf die Rede des KPÖ-Vorsitzenden Koplenig zu Beginn des Oktobersteiks 1950 zurück, die mit den Worten endete:

> "Die österreichische Arbeiterschaft steht heute vor der Alternative: *Entweder* die Politik der Regierung und der Spitzen der beiden Koalitionsparteien, die zu einem willenlosen Werkzeug in den Händen des amerikanischen Großkapitals geworden sind, geduldig hinzunehmen und dadurch nicht nur die Unabhängigkeit Österreichs preiszugeben, sondern auch in immer größeres Elend zu versinken; *oder* aber durch die mächtige Einheit der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes dieser Politik Einhalt zu gebieten und den Weg freizulegen zu einem Österreich, das unter der Führung der arbeitenden Menschen steht." (VS, 27.9.1950)

Wie oft mußte diese Passage herhalten zur Stützung der Putschlegende. In Wirklichkeit "paßt" diese scheinbar radikale "Alternative" voll in den Rahmen der reformistischen Haltung der KPÖ-Führung damals. Offensichtlich stand dahinter die Vorstellung, daß durch Druck von unten, durch die Herstellung der "Arbeitereinheit" im Tageskampf eine Änderung der **Politik**, sprich der **Regierung** herbeigeführt werden könnte und **damit** der Weg freigelegt werde für ein Österreich "unter Führung der arbeitenden Menschen", was auch immer das sein soll.

* Dies ist eine Halbwahrheit. Denn zwar war der Gewaltapparat der österreichischen Bourgeoisie 1948 noch nicht vollständig aufgebaut, v.a. gab es noch kein Bundesheer, doch der bestehende Machtapparat war eindeutig und unbestreitbar eine wesentlich kapitalistische Maschinerie.

* Ideologische und organisatorische Verlotterung der Parteiorganisation der KPÖ

Koplenig ging in seinem Referat auf dem 14.Parteitag auch auf den Zustand der Parteiorganisation der KPÖ ein. Unter der geradezu verharmlosenden Überschrift "Es gibt noch Mängel zu überwinden" heißt es:

> "Wir können uns als kommunistische Partei auch nicht mit der Tatsache abfinden, daß **ein bedeutender Teil** unserer Parteimitglieder, außer der Bezahlung der Mitgliedsbeiträge und gelegentlicher Teilnahme an Parteiversammlungen, am Leben und an der tagtäglichen Arbeit der Partei **keinen Anteil nimmt**. Es ist klar, daß sich auch darin der Umstand widerspiegelt, daß in der Partei noch **starke sozialdemokratische Überreste und Traditionen** vorhanden sind." (S.67/68)

Fürnberg schätzte ein, daß die KPÖ noch keine bolschewistische Partei war:

> "Die Partei ist dann eine leninistische Partei, wenn sie eine organisatorisch festgefügte, organisatorisch und ideologisch einheitliche Partei ist. Können wir das heute von unserer Partei schon sagen? Ich glaube **nicht**. Gewiß, wir haben auch in dieser Beziehung unleugbar bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Wir brauchen uns nur an den Zustand unserer Partei im Jahre 1945 zu erinnern, um das zu erkennen. Aber wir sind noch weit von dem entfernt, was notwendig ist." (S.139/140, vgl. ebenso S.137)

Der ideologische und organisatorische Zustand der Partei war teilweise erschreckend:

> "Ich glaube, daß niemand bestreiten wird,.. daß wir an manchen Stellen Parteimitglieder haben, die mehr überholte sozialdemokratische Auffassungen haben, mehr anfällig sind für die feindliche Lügenpropaganda als gar mancher Arbeiterfunktionär, der noch in der SP steht." (S.139)

Fürnberg sprach nur eine Tatsache aus, wenn er bemerkte, es gebe "noch sehr viele (!) Organisationen, die nur auf dem Papier stehen und in denen bestenfalls der Beitrag kassiert wird." (S.140)

Die notwendigen Schlußfolgerungen daraus wurden aber nicht gezogen, zum Teil wurde direkt gegen erforderliche Konsequenzen polemisiert.

Fürnberg deutete mit äußerster Sanftheit an, daß es für die Partei besser und notwendig sei, im

Falle von alteingefressenem Opportunismus oder Sektierertum "dem Betreffenden zu helfen, die Partei zu verlassen", während im Falle von politischer Schwäche im Rahmen der Partei geholfen werden müsse, auf den richtigen Weg zu kommen (S.142).

Ein **richtiger Schritt** war die Änderung des § 2 des bis dahin bestehenden Parteistatuts. Das Statut des 13.Parteitags enthielt nämlich **nicht** die Verpflichtung, sich an der Arbeit einer Parteiorganisation zu beteiligen, stand diesbezüglich also auf direkt antileninistischen, menschewistischen Positionen. Diese Anforderung wurde nun in das Parteistatut genommen.

Aber schon das Referat von Altmann zu den Änderungen im Statut machte deutlich, daß dies für den wirklichen Zustand der Parteiorganisationen ohne einschneidende Auswirkungen bleiben sollte. Das Statut dürfe "kein Kerker" sein (S.182), die Statutänderung sei "keine Grundlage für unberechtigte und unbegründete 'Säuberungsaktionen'" (S.191). Faktisch wurden damit Säuberungen überhaupt als unberechtigt und unbegründet hingestellt, denn von berechtigten und begründeten Ausschlüssen untauglicher und schädlicher Elemente sprach Altmann mit keinem Wort! In der Praxis wurden die leninistischen Mitgliedsanforderungen in der KPÖ nach 1945 nie verwirklicht, auch nach ihrem 14.Parteitag nicht.

Eine Halbheit blieb auch die organisatorische Aufwertung der Betriebsorganisation. Das Statut des 13.Parteitags sah vor, daß die Betriebsorganisation der untersten örtlichen Organisation, also der Ortsgruppe oder Sektion, angehörte, in deren Bereich der Betrieb sich befindet (Ausnahmen bildeten nur Betriebe von größerer Bedeutung). Nunmehr sollte die Betriebsorganisation grundsätzlich im Parteiaufbau den untersten örtlichen Organisationen "mindestens gleichgestellt" (S.186) werden. Mit dieser Gleichrangigkeit wurde immer noch nicht der leninistische Grundsatz verwirklicht, daß die Betriebsorganisation die Grundlage der Parteiorganisation" ist. - Die organisatorische Inkonsequenz auf diesem Gebiet, die fehlende Entschlossenheit, die Parteiaktivitäten darauf zu konzentrieren, daß wirklich "jeder Betrieb unsere Festung" (Lenin) wird, mußte sich in der Führung der Klassenkämpfe stark auswirken.*

Fazit

Mit alledem steht fest, daß die KPÖ, vor allem ihre Führung, in Wirklichkeit ideologisch, politisch und organisatorisch **nicht gerüstet** war, um im Oktoberstreik 1950 als marxistisch-leninistische Avantgarde des Proletariats zu führen, um die Masseninitiative zu fördern und mit revolutionärer Konsequenz zu entfalten.

Mehr noch, die KPÖ-Führung, welche mehr oder minder immer noch in den Kategorien von 1945 dachte, nämlich immer noch in der Vorstellung lebte, daß der Klassencharakter des Staates und der Wirtschaft in Österreich noch nicht entschieden sei und daß es die Möglichkeit gebe, ohne proletarische Revolution, einfach durch den "Druck von unten" eine "dem Volke dienende Regierung" und ein Österreich unter Führung der "arbeitenden Menschen" zu erreichen - eine solche Parteiführung **konnte** die wuchtig hervorbrechende Massenbewegung garnicht zu einem wirklichen Sieg führen, wußte mit ihr im Grunde nichts Gescheites anzufangen, konnte sie nicht konsequent fördern, weil sie ihr keine revolutionäre Perspektive, kein revolutionäres Ziel zu weisen vermochte.

Sowohl die Vorstellung, ohne proletarische Revolution auskommen zu können als auch das Voranstellen der nationalen Frage gegenüber der Klassenfrage ergeben unvermeidlich eine mehr oder weniger starke Tendenz zu Befürchtungen, daß breite Massenbewegungen und Klassenkämpfe "zu weit gehen" könnten, daß sie der eigenen Kontrolle entgleiten und den eigenen Zielen schaden könnten, daß man sie daher sorgsam kanalisieren und eingrenzen müsse.

Somit trägt die KPÖ-Führung von 1950 eine schwere Verantwortung, daß aus diesem großartigsten Klassenkampf des österreichischen Proletariats seit 1945, auch bei einer Niederlage bezüglich des unmittelbaren Kampfziels, keine längerfristige Stärkung der revolutionären Kräfte erfolgt ist.



* Die Frage, ob sich die Partei vor allem betrieblich organisiert oder vor allem nach dem Wohngebiet, ist im Grunde identisch mit der Frage, ob sie kommunistisch oder sozialdemokratisch sein will. Die Betriebsorganisation als Basis - das bedeutet Orientierung auf den Klassenkampf des Proletariats dort, wo es am stärksten ist. Das Wohngebiet als organisatorische Basis, das heißt die Organisierung in den Grenzen eines oder mehrerer Wahlsprengel - das bedeutet Orientierung auf den Wahlkampf, auf die Gewinnung möglichst vieler Wählerstimmen als Hauptsache. Im ersteren Fall wird der Rolle der Arbeiterklasse als einziger konsequent revolutionären Klasse Rechnung getragen, im anderen Fall erscheint die Arbeiterklasse nur noch als irgendein Teil des "Volkes" im allgemeinen.

Die KPÖ von 1950, und das gilt im Grunde seit 1945, kann auf Grund der vorgenannten Tatsachen und Fakten nicht als leninistische Partei des neuen Typus, nicht als Partei der proletarischen Revolution eingeschätzt werden.

Und dennoch wäre es aus mehreren Gründen **falsch**, die KPÖ von damals insgesamt bereits als revisionistische Partei einzuschätzen:

- Die KPÖ war zu dieser Zeit ohne Zweifel immer noch die Partei, in der sich die österreichischen Kommunistinnen und Kommunisten organisiert hatten. Der Oktoberstreik zeigte einerseits das weitgehende Versagen der Parteiführung, andererseits zeigte er aber, daß es ein großes Potential von kommunistischen Arbeiterinnen und Arbeitern gab, welche hingebungsvoll für die revolutionäre Sache zu kämpfen bereit waren.

- Ein Kampf für eine konsequent marxistisch-leninistische Linie und Politik der Partei zu dieser Zeit darf keineswegs von vornherein als chancenlos betrachtet werden. Der gegen den Titoismus begonnene ideologische Kampf, in dem Stalin persönlich und das ZK der KPdSU(B) führend waren, bot den Kommunistinnen und Kommunisten in Österreich, den in der KPÖ organisierten Marxisten-Leninisten, **günstige Voraussetzungen** für einen Kampf gegen die bereits auch in der KPÖ massiv vorhandenen Einflüsse des modernen Revisionismus. Einen solchen Kampf abzuwürgen wäre unter den damaligen Umständen keineswegs so einfach gewesen. Auch die richtigen Thesen des 14.Parteitags hätten Ansatzpunkte sein können, um darüber hinaus und tiefer zu gehen.

- Was die ideologische **Linie** der Partei angeht, ist ein für den Kampf zur Bolschewisierung der Partei nicht unwesentliches Faktum, daß immerhin noch nicht erklärtermaßen Grunderkenntnisse des Marxismus-Leninismus attackiert wurden, auch wenn in der Praxis die Sache darauf hinauslief. Gerade beim 14.Parteitag fällt auf, daß der Reformismus und Nationalismus sozusagen "tagespolitisch" daher kam, während die prinzipiellen Punkte umgangen, vertuscht bzw. auch ausgeklammert wurden. Als Lenin die **Wurzeln** des Verrats der Führer der II.Internationale aufgedeckt hat, hat er darauf hingewiesen, daß die Vertuschung ein wesentlicher Ausgangspunkt des Opportunismus ist und sich daraus der vollendete Revisionismus entwickelt hat, entwickeln mußte, wenn der opportunistische Eiter nicht rechtzeitig radikal entfernt wurde.

Von diesen Ausgangspunkten bis zum vollendeten, frech antimarxistisch und antileninistisch auftrumpfenden Revisionismus war noch ein weiter Weg. Die KPÖ ist ihn leider gegangen. Aus einer Partei, die 1950 immerhin noch von Persönlichkeiten wie Honner, Koplenig usw. repräsentiert wurde, ist die Liquidationsfima Silbermayer und Sohn geworden. Sie hat mit der KPÖ von 1950 wirklich nur noch den offiziellen Namen gemein und wird sogar diesen wahrscheinlich demnächst ablegen.